

Zeitschrift: Bericht an den Grossen Rath der Stadt und Republik Bern über die Staats-Verwaltung ...
Band: - (1814-1830)
Artikel: Finanz-Departement
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-415769>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

5.

Finanz-Departement.

Der Finanzrath, unstreitig eine der wichtigsten obern Behörden in einem Staate, dessen Verwaltung in ruhigen Zeiten mit einem wohlgeordneten Haushalte viel Aehnliches hat, behielt den ihm 1803 angewiesenen Geschäftskreis fast unverändert. Es war wesentlich derjenige der ehemaligen Vennerkammer, nur mit neuen Attributen vermehrt.

Als Finanzrath hatte er alle Zweige der Staatseinkünfte unter seiner Aufsicht; die verschiedenen, denselben unmittelbar vorgesetzten Kollegien und Beamtungen standen unter ihm; namentlich die Salzkammer, die Münz-Kommission, die Forst-Kommission, der Bergrath, die Jagd-Kommission, die Ohm-geldner, die Stempel-Direktion, die Pulver- und Salpeter-Handlung, die Verwaltung des obrigkeitlichen Zinsrodels, die Holzspeiditions-Anstalt. Auch das Zollwesen und die Postverwaltung, obgleich in den Fundamentalgesetzen nicht mit obigen aufgezählt, standen doch wirklich in seinem Bereiche; ihm gehörte gesetzlich der Entscheid in erster Instanz über alle den Loskauf von Zehnten und Grundzinsen betreffende oder zwischen abziehenden obrigkeitlichen Schaffnern und Pächtern und ihren Nachfolgern entstehende Streitigkeiten. Er leitete den Verkauf der Naturalien, ordnete die Vermessung und Ausmarchung der Domainen, und ernannte die untergeordneten Beamten der Salzhandlung.

Als Rechnungskammer hatte der Finanzrath alle Staatsrechnungen zu prüfen, und diejenigen, welche die höheren Behörden sich nicht ausdrücklich vorbehalten, endlich zu passiren.

Wegen seiner vielen Geschäfte war der Finanzrath durch ein besonderes Vorrecht auf einen Tag in jeder Woche von den Rathssitzungen dispensirt. — Nebst seinem eigentlichen Sekretariate, der Seckelschreiberei, gehörten noch zu seiner Kanzlei das Lehen-Kommissariat und die Standesbuchhaltung.

Der nachfolgende Bericht wird zuerst eine kurze Geschichte unserer Finanzen überhaupt enthalten, um nachher zu einer speziellern Darstellung der verschiedenen Staatseinkünfte und ihrer Verwaltung überzugehen.

A. Allgemeine Finanz-Geschichte.

Als die gegenwärtige Regierung Anfangs des Jahrs 1814 die Verwaltung des Landes übernahm, fand sie laut vorhandenen Rechnungen vor: Folgendes

Vermögens-
Stat beim An-
tritt der Regie-
rung.

Staats-Vermögen in Gelde, Naturalien und Zinschriften.

A. Wirkliches Vermögen.

1) Kassa-Restanz und ausständige	Fr.	Rp.
Anforderungen	464,025.	17
2) Naturalien. Getreide = Vorräthe	Fr.	Rp.
46,093 Mütt 5 Maß 3 S.		
verschiedener Art	465,349.	3
Molken	274.	25
Wein-Vorräthe 47,788 Maß	9557.	60
	475,180.	88
3) Münzfonds. In vorhandenem		
Gelde, Medaillen und Ringots	47,064.	62
4) Handelsfonds. Holz-Expedi-		
tions-Anstalt	27,446.	58
Salzhandlung	1,077,532.	24
Pulver- u. Salpeterhandlung	186,749.	88
Bergwerke	32,308.	26
	1,324,036.	96

	Fr.	Rp.
5) Zinsrödel. In direkter Verwaltung	293,829.	13
In Verwaltung der Pfarrer	169,550.	70
	<u>463,379.</u>	83
6) Verschiedene Ansprachen mit Einschluß der Ansprache von	106,517.	15
an die Auszügler-Kassa laut Standesrechnung	146,564.	51
Summa .	<u>2,920,251.</u>	97

B. S c h u l d e n.

1) Der Standes-Kassa mit Einschluß der Fr. 176,194 Rp. 93, welche sie der Domainen-Kasse schuldig war	527,622.	5
Fr. Rp.		
2) Domainen-Kassa. Restanzliche Schulden für angekaufte Domainen, Zehnten und Zollgerechtigkeiten	406,296.	17
Fr. Rp.		
Anforderung an Privaten	168,453.	10
Anforderung an die Standes-Kassa	176,194.	93
	<u>344,648.</u>	3
	<u>61,648.</u>	14
Summa .	<u>589,270.</u>	67

C. Das übernommene Staatsvermögen

in Geld, Naturalien und Zinschriften betrug daher reine	2,330,981.	30
Summa .	<u>2,920,251.</u>	97
In obigem Etat sind nicht enthalten:		

1) Das ganze unbewegliche Staatsvermögen mit Einschluß der Bodenzinse, Zehnten, Primizen und angekauften Zollgerechtigkeiten, deren, übrigens beständigen Schwankungen unterworfen, und verschiedener Verhältnisse wegen äußerst schwer zu bestimmender Kapital-Werth bis dahin nie berechnet worden war.

2) An beweglichem Staatsvermögen denn, die sämtlichen Kriegsvorräthe, die Vorräthe für obrigkeitliche Bauten, (Hochbau, Straßen- und Wasserbau) alle zum Staatshaushalt und der Staatsverwaltung gehörigen obrigkeitlichen Effekten, und die wissenschaftlichen Sammlungen; alles Gegenstände, die zwar inventorisiert, aber nie nach ihrem Geldwerth angeschlagen wurden.

3) An Staatsschulden, die auf obrigkeitlichen Besizungen haftenden Bodenzinse und verschiedenartigen Beschwerden.

In jenem Zeitpunkte des Regierungsantritts befanden sich fast alle Mächte Europas in einem verheerenden Kriege begriffen, in welchen zuletzt auch die Schweiz hineingerissen wurde.

Die außerordentlichen Kosten, welche dadurch dem Staats-Schatze auffielen, und in welchen diejenigen für die hiesige Garnison, Bewaffnung, Kleidung und Instruktion der Truppen, und die übrigen gewöhnlichen Militärausgaben, die zusammen in 1814 und 1815, ohne die Gemeindsleistungen, Fr. 716,346 Bg. 6 erforderten, nicht enthalten sind, beliefen sich auf die Summe von

Kriegslasten
von 1814 und
1815.

Fr. Rp.
1,788,379. 35

und hierbei ist alles abgezogen worden, was dem Staate durch die nachherige Ausgleichungssteuer ersetzt wurde.

Zu einiger Deckung derselben wurden 1814 und 1815 außerordentliche Kriegssteuern auf verschiedene Weise ausgeschrieben, deren Ertrag 1814, 1815 und 1816 folgender war:

	Fr.	Rp.
Visa-Gebühren der Zinsschriften	184,074.	91
Auflagen auf die Besoldungen	32,020.	10
„ „ Handel u. Gewerbe	87,414.	7
2 doppelte Kriegssteuern	379,491.	52

683,000. 60

Restanzlicher Betrag der außerordentlichen Kriegslasten von 1814 und 1815 mit Einschluß derjenigen, welche zwar dem Winter 1813 angehörten, aber erst in 1814 zur Zahlung und Verrechnung kamen 1,105,378. 75

In dieser Summe sind aber, wie schon gesagt, die oben bemerkten Fr. 716,346 Rp. 60 für die Ausrüstung und Instruktion unserer Truppen und die hiesige Garnison in den Jahren 1814 und 1815 nicht enthalten, und eben so wenig alle diejenigen Kosten, welche durch die Speisung der Auszüglergelder-Kassa den Gemeinden direkt auffielen.

Restitution der
englischen Geld-
der; Erstattun-
gen von Frank-
reich; Abzahl-
lung der helve-
tischen Schuld.

Durch die Stipulationen des Wiener-Rezesses von 1815 wurde dem Stände Bern wieder gegeben: das Kapital der vor 1798 in England angelegten Gelder, wie solches im Jahre 1803 zur Zeit der Auflösung der helvetischen Regierung bestanden, sammt Zinsgenuße vom 1. Januar 1815 an, aber mit der Verpflichtung, aus den seit 1798 bis und mit 1814 aufgelaufenen Zinsen, in Verbindung mit dem Stände Zürich, der unter gleichen Bedingungen seine englischen Staatseffekten zurück-erhalten hatte, den (in dem Bundesvertrage auf Fr. 3,118,336 angenommenen) Kapitalbetrag der helvetischen Nationalschuld zu bezahlen. Der allfällige Mehrbetrag dieser Schuld sollte von den übrigen Kantonen getragen, so wie der allfällige Ueberschuß jener Zinse zwischen Bern und Zürich, nach dem Verhältniß ihres besitzenden Kapitals vertheilt werden.

Die Vollziehung dieser Stipulationen wurde angeordnet durch den Tagsatzungs-Beschluß vom 30. August 1815, die Konvention mit dem Präsidio der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 13., 14. und 27. November 1815, und die Uebereinkunft zwischen Bern und Zürich vom 14. und 27. November 1815, und diese gaben für Bern folgende Resultate.

Am 5. März 1798 hatte Bern in den	St. Liv. s. d.
englischen Fonds ein Nominal-Kapital von	401,310. 16. 10
davon veräußerte die helvetische Regierung	109,350. — —
Es blieben also	291,960. 16. 10

St. Liv. s. d.
Transp. 291,960. 16. 10

Durch aufgelaufene Zinse, Marchzinse
und Erstattung kamen hinzu 150,017. 19. 11

Summa Nominal-Betrag . 441,978. 16. 9

Dieses Nominal-Kapital wurde nach und nach zu den verschiedenen damaligen Kursen verkauft, und daraus laut den vorhandenen Rechnungen im Ganzen erlöst, Fr. Rp.
in Schweizergeld 5,331,245. 70

Hiezu kamen noch im Jahr 1822 die
vom Hause Gérard und Josue Bannek in
London von rückständigen Zinsen erhaltenen . . 121,983. 75

Der Stand Bern hat also von den englischen Fonds, welche seiner frühern Regierung angehört hatten, erhalten 5,453,229. 45

Dagegen fiel dem Stande Bern nun, wie oben erwähnt, in Verbindung mit Zürich die Bezahlung der helvetischen Schulden auf. Beide Stände vertheilten sie unter sich in Verhältniß ihrer gegenseitig in den englischen Fonds gehaltenen Summen, aus deren Ertrag eben diese Liquidation statt finden sollte, und Bern bewerkstelligte seine Liquidation in vier Terminen*) in den Jahren 1816, 17, 18 und 19, wobei durch Eskomptirung eines Theils der spätern Termine Fr. 93,936 Rp. 44 dem Staate erspart wurden. In gedachten vier Terminen wurde nach Abzug dieser Ersparniß mit Einschluß der Kosten Fr. Rp.
baar bezahlt: in Bern direkt 1,433,803. 38
an Zürich der hierseitige Antheil an den dort
stattgefundenen Zahlungen 318,898. 87

1,752,702. 25

*) Durch eine Uebereinkunft, welche der um diese ganze Angelegenheit hoch verdiente Rathsherr A. G. v. Haller sel. Namens der Stände Zürich und Bern mit den Bevollmächtigten der übrigen, für ihre Angehörigen in der helvetischen Nationalschuld theilhaftigen Stände abgeschlossen, hatten einerseits jene zwei Stände sich als Schuldner anerkannt, und anderseits vier jährliche Termine ohne Zins zu Abtragung der Schuld ausgewirkt.

	Fr.	Rp.
Transp.	1,752,702.	25
Ausstehend waren damals noch geblieben . . .	16,047.	05
Da von diesen Fr. 16,047. Rp. 05 der damaligen Ausstände seither alles bis auf einen werthlos gewordenen Rest von . . .	1,670.	10

getilgt worden ist, so hat die Liquidation der
helvetischen Schuld dem Stande Bern wirk-
lich und baar gekostet 1,767,679. 20

In Folge der auf den Pariser Frieden sich gründenden
Liquidations-Verträge sollte Frankreich an den Stand Bern ver-
güten 13% derjenigen Summen, welche Frankreich nach seinen
eigenen Rechnungen in 1798 aus den obrigkeitlichen Kassen des
hiesigen Standes sich zugeeignet hatte. So erhielt Bern fran-
zösische Franken 46,967 Renten 5%, welche damals in Kurs
von 70% und im Geldwerth von 40 Franken für 27 Schweizer-
franken werth waren Fr. 469,529 Rp. 90.

Wie der größte Theil des ehemaligen Bisthums Basel an
Bern gekommen, ist in der historischen Einleitung zu diesem
Verwaltungsberichte bereits erzählt worden.*) Bei der Ueber-
gabe des Landes forderten die vereinigten hohen Mächte von
dem Stande Bern die baare Bezahlung oder die Einkassierung
zu ihren Händen von allen ihren rückständigen Anforderungen
an die Bewohner des Leberbergs. Bern mußte dieser Anforde-
rung ein Genüge leisten, und dafür an die Bevollmächtigten der
vereinigten Mächte bezahlen eine Summe von Fr. 694,634 Rp. 16.

	Fr.	Rp.
Davon sind dem Stande Bern an ein- kassierten Rückständen wieder eingegangen, in Folge Rechnungen der Herren von Escher, von Jenner und von Grandvillers bis Ende 1820	305,673.	83
durch die von Herrn von Andlau bezogenen, aber nicht hieher verrechneten Summen, — welche in Bezahlung obiger Fr. 694,634. Rp. 16 abgerechnet wurden	57,673.	64

*) Oben S. 20 u. f.

	Fr.	Rp.
	Transp.	363,347. 47
Am 1. Januar 1821 blieben noch zu beziehen . . .		4,616. 60
		<u>367,964. 07</u>

Der Staatsschatz hat daher auf dieser Liquidation eingebüßt:*) 326,670. 09

Bilanz . 694,634. 16

Die Jahre, welche die Standeskasse mit diesen außerordentlichen Ausgaben beladen hatten, waren noch nicht vorübergegangen, als der gänzliche Mißwachs in 1816 und 1817 den Staat zu neuen Opfern nöthigte.

Hülfsanstalten
in den Theu-
rungs-Jahren
1816 und 1817.

Die Kriegsjahre von 1813, 1814 und 1815 hatten alle frühern Vorräthe erschöpft, und dieß vermehrte nun die große Noth, welche ein zweijähriger, darauf unmittelbar folgender und über einen großen Theil von Europa verbreiteter Mißwachs verursachte, eine Noth, welche wohl noch in jedermanns Angedenken liegen wird. Die Regierung suchte pflichtgemäß das eingebrochene Elend, so viel sie vermochte, zu mildern. Sie ließ daher große Getreidevorräthe und andere Nahrungsmittel aus dem Auslande herbeischaffen, errichtete verschiedenartige Hülfsanstalten, verkaufte ihren Angehörigen sowohl das ange-

*) Die gemachten Verluste auf der leberbergischen Liquidation waren folgende:

	Fr.	Rp.
Nachlaß sämmtlicher Konscriptionsbußen . . .	151,030.	73
„ „ Desertionsbußen . . .	47,822.	75
„ des Sechstheils auf dem Bezug einiger		
Summen	19,816.	46
Nachlässe verschiedener Art	2,628.	14
Schenkungen aus obrigkeitlicher Nachsicht . .	29,587.	36
Verluste durch angebliche Mittellosigkeit der		
Schuldner	45,989.	57
Verluste wegen irrig befundener Anforderung .	27,098.	85
„ „ vorgeblich enthebender Berufs-		
änderung	473.	46
Verluste wegen bestrittener Bezahlung u. . .	2,222.	77
Summa der Verluste des Staats auf der leber-		
bergischen Liquidation	326,670.	09

schaffte, als auch das von Zehnten und Grundzinsen eingehende Getreide, in Dinkel, Mehl, Brod, Haberkerne, weit unter den Marktpreisen, und ließ die Bedürftigen auf mannigfaltige Weise unterstützen.

Den vorhandenen Rechnungen zufolge
verwandte die Regierung dazu außerordent- Fr. Rp.
lich in Gelde 779,390. 49
an eigenen Kornvorräthen nach den jedes-
maligen Marktpreisen berechnet 426,769. 47

1,206,159. 96

davon hat sie zurückerhalten: Ertrag von
verkauften Lebensmitteln und Fr. Rp.
Ausfuhrgebühren 596,277. 99
Kassa- und Fruchtrestanzen,
letztere nach ihrem Werth am
Schluß der Rechnungen . . . 129,853. 07

726,131. 06

Verlust auf den Hülfsanstalten . 480,028. 90

Hiezu kam denn noch ein Verlust auf den
Besoldungen, welcher dadurch entstand, daß
dasjenige Getreide, welches gesetzmäßig im
Preise von Fr. 10 per Mütt Dinkel einen
Theil der Beamten-Besoldungen ausmachte,
nun einen Mehrwerth von Fr. 591,376 erreichte,
der ihnen vergütet werden
mußte, während die Regie-
rung wegen dem absichtlich
niedrigern Verkaufe nur
einen Mehrwerth von Fr. 430,556 erhielt,

und so folglich hier verlor . 160,820. —

Die Hülfsanstalten in den Theuerungs-
jahren haben daher der Regierung außer-
ordentlich gekostet 640,848. 90

Alles ohne die durch den Mißwachs verminderte Getreide-
Einnahme, die übrigen Fr. 430,556 des gesetzlich bezahlten Ge-

treide-Mehrwerths an die Beamten und die ordentlichen Armensteuern und Unterstützungen hier in Anschlag zu bringen.*)"

Die sämtlichen, hievor kürzlich berührten außerordentlichen Kosten, verbunden mit den in Folge der erwähnten Verhältnisse vermehrten Ausgaben für mehrere Zweige der gewöhnlichen Staatsverwaltung und gleichzeitig verminderten Hülfsmitteln zwangen die Regierung, da die Summen in England erst im Jahre 1818 erhoben werden konnten, zu bedeutenden Geldanleihen, unter denen die wichtigsten waren:

Staats-Schulden. Finanz-Revision im Jahr 1820.

Anlehn vom November 1813 von Fr. 500,000,	Fr.
auf welches aber nur erhoben wurden . . .	492,000
Zwei Anlehn des Stadtraths von Bern von 1813	
und 1814 von	250,000
Ein drittes Anlehn vom Juli 1815	200,000
Ein Anlehn zu Basel im Jahre 1815	400,000

Ferner mehrere temporäre Vorschüsse und Anleihen verschiedenen Betrags von Partikularen, welche alle nach und nach zurückbezahlt wurden, und endlich die großen successiven Vorschüsse der Domainen-Kasse.

Von allen diesen Anlehen waren nach geschehenen theilweisen Abzahlungen im Jahre 1820 noch übrig: Fr. Rp.

Von den zinsbaren Anlehen von 1813 und 1815 799,875. —

Von unzinzbaren Vorschüssen der Domainen-

Kasse	598,216. 71
	<u>1,398,091. 71</u>

Diese Vermögens-Verminderung und das auf den Standes-Rechnungen sich alljährlich zeigende Defizit bewogen die Regierung in ihren Winter-Sitzungen vom Anfange des Jahres 1820 auf die schicklichen Mittel bedacht zu seyn, um die Staats-Finanzen zu verbessern, und die entstandenen Schulden nach und

*) Die Beilage XXVIII giebt eine Uebersicht der damals unter andern Hülfsanstalten in dem ganzen Lande errichteten Brodschalen; Nr. XXIX zeigt die im Mai 1817 beschlossene wöchentliche Vertheilung des Getreides auf die Amtsbezirke. Die Noth war damals am höchsten gestiegen und nahm glücklicherweise nach der Erndte wieder ab.

nach abzzahlen. Die daherigen Beschlüsse des Großen Rathes theilten sich in drei Hauptzweige, nämlich in die Reduktion der Ausgaben und Besoldungen auf allen Zweigen, wo sich dieß thun ließ; in Kreation neuer Hülfquellen für den Staatsschatz und in die Verbesserung der Finanzverwaltung.

Die hauptsächlichsten Verbesserungen in der Finanzverwaltung waren:

1) Die Einführung jährlicher, dem Großen Rathe vorzulegender Voranschläge oder Budgets über die muthmaßlichen Einkünfte und Ausgaben des Staats. Ihr Zweck war die Beschränkung der zu bewilligenden Ausgaben innert die Grenzen der Staatshülfsquellen, im Allgemeinen, und ihre zweckmäßige Vertheilung auf die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung, im Besondern.

2) Die Aufstellung jährlicher eigener Standes-Kommissionen zur Prüfung der Standes-Rechnungen und daherige unmittelbare Berichterstattungen an den Großen Rath, anstatt daß diese Prüfung bisher nur durch den Finanzrath geschehen war.

3) Die Aufstellung einer Schuldentilgungs-Kassa unter der Verwaltung einer eigenen Kommission.

Die hauptsächlichsten Besoldungs-Reduktionen fielen auf die Salzbeamten, die Zolldirektionen, die deutschen Oberamtleute, deren sechsjährige Beamtung zu Fr. 3000 für ein Jahr in eine neunjährige Beamtung zu Fr. 2500 verwandelt wurde, und auf die sämtlichen Getreide-Besoldungen, welche bisher, wenn hohe Kornpreise eintraten, den Staatsschatz sehr belästigten, und in deren Betreff nun festgesetzt wurde, daß bei allen Besoldungen, welche bisher zu $\frac{2}{3}$ in Getreid und $\frac{1}{3}$ in Geld zu zahlen waren, künftighin umgekehrt $\frac{2}{3}$ in Gelde und nur $\frac{1}{3}$ in Getreide bezahlt werden sollten.

Die neu geschaffenen Hülfquellen des Staats waren:

1) Zwei außerordentliche Auflagen, deren reiner Ertrag direkt in die Schuldentilgungs-Kasse floß; nämlich:

a) Eine Konsumo-Steuer auf den zum Verbrauch in den Kanton eingeführten Kaufmanns-Waaren, mit Ausnahme von Getreide und dem Ohngeld unterworfenen Getränken. Diese

Abgabe betrug im Anfange 10 Bagen vom Zentner, das Doppelte für Tabakblätter, und das Fünffache für fabrizirten Tabak; letzteres jedoch mit Einschluß der bisherigen, darauf gelasteten Abgabe von $7\frac{1}{2}$ Bagen vom Zentner; allein diese Ansätze wurden nach und nach in den folgenden Jahren durch mehrere successive Verordnungen in vielen ihrer Theile sehr gemildert; theils um ihren Einfluß auf die Industrie zu schwächen, theils um den Wünschen mehrerer Kantone dabei nachbarliche Rechnung zu tragen.

b) Eine erhöhte Stempeltaxe; diese bestand in der Erhöhung des Oktavblättchens von Rp. 5 auf Bg. 1, des Quartblatts von Bg. 1 auf Fr. 6, des kleinen Doppelfolio von Bg. 3 auf Bg. 4, und der Einführung eines zweiten großen Doppelfolio zu Bg. 10; auch wurden die hiesigen Wechsel einer progressiven Stempelgebühr von Bg. 1, Bg. 2 und Bg. 4 unterworfen.

Diese beiden außerordentlichen Auflagen wurden bis Ende Jahrs 1830 bezogen, wo sie durch Beschluß des Großen Rathes vom 6. Dezember gleichen Jahrs wieder aufgehoben wurden. Ihr Ertrag findet sich in der Schuldentilgungs-Rechnung.*)

2) Eine außerordentliche Steuer auf allen Besoldungen mit Ausnahme der Geistlichkeit, der öffentlichen Lehrer und der ganz geringen Gehalte. Diese Steuer, von 5 à 10%, wurde im März und April 1820 anbefohlen, und am 21. Februar 1822 wieder aufgehoben; sie lieferte in dieser Zeit im Ganzen einen Ertrag von Fr. 52,875 Bg. 4 Rp. 2.

3) Wurden gleichzeitig die bisherigen Dragoner- und Auszügelder aufgehoben, und an ihre Stelle eine Dispenstations-Steuer eingeführt. Von dieser ist schon oben in dem Berichte über das Kriegswesen gehandelt worden. S. 201. f.

Als im Jahre 1798 die französischen Heere in Bern einrückten, und kurz darauf ihre Führer unsere sämtlichen Staatskassen in Beschlag nahmen, gelang es einigen damaligen Magistraten und Beamten, öffentliche Gelder vor der vorausgesehenen und nachher auch wirklich erfolgten Kassenwegnahme in Sicher-

Separat-Fond.

*) S. Beilage Nr. XXX.

heit zu bringen. Diese Gelder nebst dem Mehrerlöse auf Zinsschriften, welche die helvetische Regierung verkauft hatte, wurden unter Aufsicht so lange verwaltet, bis sie mit den davon bezogenen Zinsen der Regierung wieder zurückgegeben werden konnten, welches nun im Frühjahr 1821 geschah, wo die Rechnungen durch eine Ständes-Kommission untersucht, anerkannt, und die Gelder daraufhin abgenommen wurden. Sie betrugen dazumal im Ganzen eine Summe von Fr. 642,959 Bz. 9 Rp. 6, welche zum Theil im Lande, zum Theil außer demselben an Zins gelegt, zum Theil in baarem Gelde oder Wechseln vorhanden waren.

Die Beschlüsse des Großen Rathes vom Februar, März und April 1821 bildeten aus diesen Geldern einen besondern, zu allgemeinen, dem Staate nützlichen Zwecken bestimmten Fonds, und wiesen einstweilen und bis zur gänzlichen Schuldentilgung aus den Zins-Erträgen eine jährliche Summe von Fr. 20,000 zu letztgedachtem Zwecke an. Diese Zahlungen geschahen regelmäßig bis Ende 1830, und der Ueberrest der Zinse wurde zum Kapital geschlagen.

Retorsions-An-
stalten.

Die Veranlassung und der Ausgang des sogenannten Retorsions-Konfordates sind schon in dem Berichte des Geheimen Rathes berührt worden; dasselbe bedarf also hier nur einer kurzen Erwähnung in Hinsicht auf die finanziellen Resultate, die es während seiner nicht ganz zweijährigen Dauer geliefert hat, und die eigentlich unter den Beweggründen, welche den hiesigen Stand zum Beitritte vermochten, nur eine untergeordnete Stelle einnahmen.

Von den im Leberberg bezogenen Retorsions-Abgaben auf den Getränken wurde wegen seiner besondern Lage den dortigen Gemeinden, nach Abzug des gewöhnlichen Ohmgeldes, die Hälfte überlassen, welche für diesen Landestheil auf Fr. 39,743 Bz. 7 Rp. 8 $\frac{1}{2}$ anstieg; die Retorsions-Abgaben für das dort verbrauchte französische Getreide fielen ihm ganz zu; der Staat seinerseits erhielt im Ganzen an Retorsionsgebühren, nach Abzug aller — bedeutend gewesenenen Kosten — reine Fr. 76,220

Bg. 5 Rp. 6, welche laut Beschlüssen in den Schuldentilgungsfonds geworfen wurden.

Seit der Revision von 1820 hatten sich die Finanzen durch die Einkünfte aus den wieder angefallenen fremden Staatspapieren, durch die Hülfquellen eines größern Gebiets bei gleichgebliebenen Besoldungen der obern Behörden und andern Kosten der Zentralverwaltung, durch die in diesem Zeitraume friedlicher Ruhe gestattete Verminderung der Militärausgaben, durch den mit dem Flor des Landes steigenden Ertrag der mäßigen indirekten Abgaben und endlich auch durch eine treue und sorgfältige Administration in ein günstiges Gleichgewicht gesetzt. Besonders in den letzten sechs Jahren vermehrte sich das Staatsvermögen alljährlich durch einen Ueberschuß der Einnahmen, welcher die Regierung in den Stand setzte, kostbare Bauten im Interesse des ganzen Landes auszuführen, und mit jedem Jahre mehr auf gemeinnützige Gegenstände zu verwenden, ohne besorgen zu müssen, durch Aufopferung einer angemessenen Reserve-Summe, bei jedem größern Unfall, bei jeder nothwendigen Kriegsrüstung in die Nothwendigkeit zu kommen, dem Lande neue Lasten aufzulegen.*)

B. Uebersicht der Hauptzweige der Staatsfinanzen und der Finanz-Verwaltung.

a. Grund-Eigenthum des Staats mit Ausschluß der Forsten.

Das Grund-Eigenthum des Staats, mit Ausschluß der Forsten, besteht einerseits in angebauten und unangebauten

*) Die vergleichende Zusammenstellung der Hauptrubriken der drei letzten Ständesrechnungen von 1827, 1828 und 1829 gewährt eine deutliche Uebersicht des ganzen Finanzzustandes und kann zugleich als Beleg für das oben Gesagte dienen. S. Beilage Nr. XXXI.

Ländereien verschiedener Art, und andererseits in einer bedeutenden Anzahl von Gebäuden.

Ein Theil der Gebäulichkeiten und Grundstücke ist den Bedürfnissen der Staatsverwaltung gewidmet. Hieher gehören:

1) Für die allgemeine Staats- und Gerichtsverwaltung: die sämtlichen Amtssitze mit allen ihren Zugehörden, die Amtsschreibereien, und in Bern das Rathhaus, die Kanzleigebäude und Archive, das Tagsatzungsgebäude, das Chorhaus und andere Versammlungsgebäude, so wie einige Wohnhäuser für obrigkeitliche Beamte.

2) Zur Justizverwaltung: die Zucht-, Straf- und Polizeianstalten, Gefangenschaften, Landjäger-Wohnungen u. dgl.

3) Zu den kirchlichen und Schulverhältnissen: die Pfrundhäuser mit ihren Gärten und einigem Pflanzlande in den protestantischen Gemeinden, mit Ausnahme der Kollaturen und einiger Pfrundgebäude, die den Kirchgemeinden und Ortschaften gehören. Ferner die Gebäude der Akademie und Schulen in Bern, mit mehrern Schullehrer- und Professor-Wohnungen, und den Gebäuden der Reitbahn und Veterinär-Anstalten.

4) Zum Kriegswesen: die Kasernen, Arsenalen, Pulvermagazine, Wachthäuser, Thore, mehrere Magazine und Beamtengebäude.

5) Zur Finanz-Verwaltung: die Defonomie-Gebäude, unverpachteten Grundstücke, die Zehntscheunen, Kornmagazine, Rebhäuser und Schaffner-Wohnungen; die zur Zolladministration gehörenden Kauf-, Wag- und Zollhäuser, mit zugehörendem Erdreich, dessen Benutzung meistens zum Einkommen der Zollbeamten gehört; ferner die Münzstattgebäude, sämtliche Gebäude der Salzhandlung und der Pulver- und Salpeterhandlung, die Gebäude, Gruben, Gründe und Möbser der Bergwerk-Administration, und endlich die Gebäude der als Armenanstalten wirkenden Pfründereien.

Die übrigen Gebäude gehören als Wohnungen und Defonomiegebäude zu den verpachteten Ländereien, oder sind absondert verpachtet. In letztere Klasse gehören einige Radwerke, Wirthschaften und Privathäuser, in erstere dagegen die Schloß-

Pfrund- und Wirthschaftsgebäude, und die Gebäude der Privatpachten, Weiden und Berggüter.

Von den Ländereien ist ein Theil in fixer Pacht den Pfarren übergeben; der andere Theil hingegen wird entweder an die Oberamtsleute und Schaffner, oder an Privatpersonen verpachtet, und nur in einzelnen Fällen, wo die Verpachtung nicht statt finden konnte, werden sie für Rechnung des Staats bearbeitet. Nach einer oberflächlichen Berechnung halten erstere (die Pfrundgüter) im Ganzen ungefähr 1901 Tucharten und 1016 Weid- und Bergrechte; zusammen angeschlagen auf Fr. 1,281,636; letztere beiläufig 2566 Tucharten Wiesen, Aecker und Reben, 394 Rühe Frühlings- und Herbstweiden, und 709 Rühe Sommerweiden und Bergrechte, alles zusammen geschätzt auf Fr. 1,554,743
 die Gebäude sind affekurirt für „ 1,786,555
 die Ehehaften denn angeschlagen auf . . . „ 146,700
 zusammen . Fr. 3,487,998

Ihr beiderseitiger Pächtertrag kann in den hinten stehenden Rechnungen ersehen werden.

In der Regel besorgt das Bau-Departement die Errichtung und den Unterhalt der Gebäude, die alle auf seinen Registern stehen; und der Finanzrath die übrigen Dominialkosten der verpachteten Liegenschaften, so wie die Bearbeitung derjenigen, die nicht verpachtet werden konnten. Indessen finden doch nicht seltene Ausnahmen hierbei wegen besonderen Verhältnissen statt. Das Zoll-Departement errichtete Waghäuser und Schöpfe aus dem Zollertrage, die Pulver- und Bergwerks-Administrationen mehrere ihrer erforderlichen Gebäulichkeiten ebenfalls aus ihren Ertragenheiten; ferner liegen nach den allgemeinen, bei Verpachtungen und Wohnungs-Anweisungen üblichen Grundsätzen einige Theile des Unterhalts der Gebäude und Ländereien den Pächtern und Hausbewohnern ob, so wie endlich Mehreres, was die Unterhaltung gewisser, einzelnen Departementen überlassener, Gebäude betrifft, in die Rechnung dieser Departemente fällt.

Um alle diese verschiedenartigen Staats-Domainen in ein

Ganzes zusammenzufassen, und ihren wirklichen Werth zu bestimmen, befahl der Große Rath im Jahre 1820 die Errichtung eines Dominial-Lagerbuchs. Diese Arbeit rückt bereits ihrer Beendigung entgegen; aber, wenn auch von hohem Interesse, so wird sie doch den beabsichtigten Zweck nicht ganz erfüllen können; denn dazu wäre die genaue Vermessung aller Liegenschaften, und sowohl für Grundstücke als Gebäude eine eigene und genaue Ausmittlung ihres reellen oder relativen Werthes nöthig gewesen; was alles aber so große und den endlichen Vortheil der dadurch zu erhalten gewesenen Resultate weit überwiegende Kosten nach sich gezogen hätte, daß man zu ihrer Ersparung einen Weg einschlagen mußte, welcher nun freilich keine vollkommene, sondern bloß annähernde Ergebnisse gewähren kann, die indessen immerhin von wesentlichem Nutzen seyn werden.

b. Forstverwaltung.

Forstwesen
im alten Kan-
ton.

Das Waldwesen im Allgemeinen wurde für den alten Kanton nach der Forstordnung vom Jahre 1786, für den Leberberg nach einer eigenen, im Dezember lezthin aber umgearbeiteten Forstordnung besorgt.

- Die erstere war berechnet, die Waldungen in ihrer Ausdehnung ohne obrigkeitliche Erlaubniß nicht vermindern zu lassen, eine zweckmäßige Bewirthschaftung derselben anzuordnen, das Weidrecht billig zu beschränken, den Genuß des Holzes dem Lande im Allgemeinen und im Besondern zu sichern und endlich durch angemessene Strafbestimmungen dem Frevel zu wehren. Nächst dieser Forstordnung waren noch im Jahr 1817 zwei besondere Verordnungen nöthig erachtet worden; die eine in Festsetzung einer Buße gegen die überhandnehmenden Waldausreitungen und die andere gegen die Theilung von Rechtsamen und
9. Juli 1817. Bürgerwäldern ohne obrigkeitliche Erlaubniß. Eine dritte Verordnung endlich vom Jahr 1824 schreibt in Ausdehnung einer frühern vom Jahr 1811 vor, daß Holzschläge zum Verkauf in Gemeinen- und Rechtsamewaldungen überhaupt; in Privatwaldungen dann, in so fern sie zum Wegflößen aus dem Amtsbezirke, oder zum Holzhandel und Ausfuhr aus dem Kanton be-
7. Jan. 1824.

stimmt sind; ferner alle Holzflößungen überhaupt nur alsdann statt finden sollen, wenn nach ergangener Bekanntmachung keine Opposition eingelangt, und nach erfolgter Untersuchung sich ergibt, daß es der Deckung des Holzbedürfnisses des Verkäufers unbeschadet geschehen könne und keine naturschädlichen Folgen veranlassen werde. Die beiden erstern Verordnungen beruhen auf dem Grundsatz, daß bei dem nachtheiligen Verhältniß, in welchem der Wald zu urbarem Grundeigenthum in Rücksicht seiner Rente steht, dessen Uebergang in das Privateigenthum und demnächst erfolgende Ausreutung nothwendig allmählig eine unverhältnißmäßige, unserm hoch und kalt gelegenen Lande nachtheilige, Verminderung der Waldfläche zur Folge haben müßte, und demnach der Wald besondern gesetzlichen Schutzes bedürfe; zu welchem Behuf ohne obrigkeitliche Erlaubniß der gemeinsame Wald weder vertheilt, noch überhaupt Wald ausgereutet werden soll. Dessen ungeachtet wurden Ausreutungen bewilligt, wenn das betreffende Waldstück durch seine vorspringende Lage in das urbare Land diesem zum Nachtheil gereichte, oder der Eigenthümer eine gleiche Ausdehnung abgelegenen Landes zu Wald aufwachsen ließ; so wie auch verschiedene Waldtheilungen gestattet wurden, durch deren Reglemente für Sicherstellung und gute Besorgung des zu vertheilenden Waldes möglichst Sorge getragen worden war; obgleich offenbar dieser Zweck bei unvertheiltem Wald und Beobachtung zweckmäßiger Vorschriften weit leichter und besser erreicht werden kann.

Die Verordnung über die Holzschläge und Flößungen hatte, wie oben berührt, vorzüglich im Auge, sich zu versichern, daß die höher gelegenen Gegenden, wo die Zufuhr beinahe unmöglich wäre, so wie die betreffenden selbst sich nicht gänzlich von ihrer Beholzung entblößen, die Holzschläge im Gebirge nicht naturschädliche Ereignisse veranlassen und nebst dem noch Anstalten für ihre Wiederbesamung oder Bepflanzung getroffen werden können, im Fall die erstere nicht von sich selbst erfolgen sollte.

Die Handhabung dieser Verordnung, so nothwendig sie für den zweiten und dritten Punkt ist, wird für den ersten Punkt

sehr schwierig, und ihre Anwendung auf denselben schwer auszumitteln. Aus diesem Grund ist sie schon lange einer Revision unterworfen worden, aber bei der Schwierigkeit, die Rechte des Waldeigenthümers mit den Anforderungen des allgemeinen Wohls in Bezug auf die letztern Punkte in Uebereinstimmung zu bringen, ist dieselbe bis jetzt noch zu keinem endlichen Resultate gelangt.

Die Holzausfuhr aus dem Kanton ist durch die Forstordnung ohne Bewilligung verboten. Längs den Grenzen der Kantone Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Aargau findet einiger gegenseitiger Holzverkehr statt. Bedeutender ist die Holzausfuhr aus dem Emmenthal, einerseits an Bau- und Sagh Holz nach dem Aargau, andrerseits dann an Brennholz aus diesem und dem Saanenthal nach den Solothurnischen Eisenwerken. Obgleich sie dermal nicht so stark ist, wie zur Zeit, als der Holzhandel bis nach Frankreich sich ausdehnen zu wollen schien: so jedenfalls hegen verschiedene Gegenden Besorgnisse über diesen Verkehr. Das Amt Interlaken und Oberhasle waren geneigt, Maßregeln dagegen, selbst gegen den übrigen Kanton, zu ergreifen; der deutsche Theil des Amtes Erlach, die Gemeinden Frutigen, Saanen und Lauenen, die Gemeinde Lenk und verschiedene Gewerbsbesitzer aus dem Amt Narwangen haben Vorstellungen dagegen eingegeben. Da indessen der Verkehr mit Landeserzeugnissen innert der Eidgenossenschaft durch die Bundesakte gewährleistet ist, so erachtete die obere Behörde, daß eine Beschränkung der Holzausfuhr nur konfordsweise für diejenige nach dem Auslande eingeleitet werden könnte. An Gebühr wird bloß ein Zoll auf der Emme entrichtet.

Auf eine andere als die hier angezeigte Weise schritt die Regierung weder in die Besorgung der Gemeinds- noch der Partikularwälder ein, wie in andern benachbarten Kantonen geschehen ist; sondern sie überließ dem Gutfinden eines jeden Eigenthümers, seinen Wald so zu behandeln, wie er es für seine Interessen am zweckmäßigsten hielt. Einzig im Fall von Streitigkeiten zwischen den Antheilhabern, oder bei Errichtung von Reglementen, handelte sie als Administrativbehörde durch Schlich-

tung der Anstände oder Sanctionierung der entworfenen Reglemente, nach stattgefundener Untersuchung.

Ueber den Zustand derjenigen Waldungen, auf welche die Regierung keinen unmittelbaren Einfluß ausübte, läßt sich kein allgemeines Urtheil fällen. Ihre Ausdehnung, obgleich die Forstkommision bemüht war, sich Data darüber zu verschaffen, ist zum größten Theil unbekannt. Ihr Holzbestand hängt von sehr verschiedenartigen Umständen ab. Unter der Verwaltung sorgfältiger Vorgesetzter, so wie bei angemessen festgesetzter und beobachteter Holzabgabe, oder in den Händen begüterter Partikularen kann derselbe in der Regel als gut angenommen werden; während unter entgegengesetzten Verhältnissen und namentlich auch unter streitigen Benutzungs Umständen, deren es im Kanton nur zu viele giebt, oder in denen sich ein Mißverhältniß in Vergleichung des Ertrags der Wälder mit der Bevölkerung, die auf diesen Anspruch macht, gestellt, das Gegentheil statt findet; in welchen Verhältnissen sich wohl der größere Theil dieser Wälder befinden dürfte.

Die obrigkeitlichen Wälder insbesondere standen einzig unter mehr oder minderer Leitung der Regierung, je nach der Art und Weise, wie sich ihre Eigenthums- und Benutzungsverhältnisse von langer Zeit her ausgebildet hatten. Ursprünglich beruhten sie alle auf dem Lehenverhältnisse, welches durch die Revolution von 1798 in seinen Grundlagen schon so erschüttert wurde, und namentlich in die Waldverhältnisse eine solche Unbestimmtheit brachte, daß ihre Auseinandersetzung auf gütlichem oder rechtlichem Wege eine der schwierigsten und mühsamsten Aufgaben der Forstadministration schon zur Zeit der Mediationsregierung und auch seither ausgemacht hat. Mehrere Prozesse waren bereits angehoben, wurden aber auf dem Wege gütlicher Unterhandlung mittelst sogenannten Kantonnementen beseitigt; durch welche die Regierung einen verhältnißmäßigen Theil des Waldes zu ausschließlichem unbeschwertem Eigenthum für sich behielt und den Rest den Berechtigten ebenfalls zu ausschließlichem Eigenthum abtrat. In 34 verschiedenen Waldungen wurden

dergleichen Kantonnements abgeschlossen und dadurch zu Händen der Obrigkeit 2667½ freie Tucharten *) erlangt.

Durch Aufhebung der Brachwirthschaft und Einführung der Stallfütterung war die Waldweide weniger Bedürfniß geworden, wurde doch aber, zwar größtentheils von der minder begüterten Klasse, zum Nachtheil des Waldes ausgeübt; welches Veranlassung ward, durch Abtretung von Waldboden die Waldweide loszukaufen, auf welche Weise bei 2000 Tucharten zur Urbarmachung an Weidabtauschland von den obrigkeitlichen Waldungen abgetreten worden sind.

Es wäre allerdings in den Wünschen der Forstverwaltung gelegen, daß diese Arten von Vereinigungen, mehr noch als geschehen, hätten gefördert werden mögen. Allein dieselben konnten nicht wie anderwärts durch Gesetze aufgedrungen, sondern es mußte zu ihrer Abschließung, nach den Grundsätzen ächter Freiheit, das freiwillige gegenseitige Einverständniß der Parteien erfordert werden, so daß sie deßhalb bei den sich widerstreitenden Interessen sehr schwer zu Stande zu bringen gewesen sind.

Nach Abschluß dieser Kantonnements und Weidabtausche verbleibt noch an obrigkeitlichen Waldungen, über deren Holzabgabe der Forstkommision Rechnung abgelegt wird, eine Ausdehnung an vermessenem Wald von 51,265 Tucharten, und unter diesen 7856 Tucharten Domainenwälder, die mit gar keinen oder nur geringen Berechtigungen dritter Personen beschwert sind. Nächstdem können die nicht vermessenen obrigkeitlichen Wälder, jedoch nur sehr unbestimmt, zu einer Ausdehnung von beiläufig 24 à 25,000 Tucharten, und mithin die sämtlichen obrigkeitlichen Wälder zu 75,000 Tucharten angenommen werden.

Aus diesen sämtlichen obrigkeitlichen Waldungen wird nach einem mittlern Geldanschlage jährlich an Holz abgegeben: **)

*) Die Tuchart ist in diesem Berichte überall, wo nicht etwas anders bemerkt ist, zu 40,000 Quadratschuh berechnet.

**) Die Beilage Nr. XXXII enthält die Spezifikation dieser Holzabgaben in dem Jahre 1829 nach dem Holzertrage.

Zu obrigkeitlichen Händen, an Brenn- und Bauholz	Fr. 33,182.	Rp. 50
An Berechtigte, Brenn- und Bauholz	161,081.	55
An Steuern und andern Bewilligungen	36,955.	45

Summa 231,119. 50

die kein förmliches Geldeinkommen bilden, sondern lediglich als Natural-Leistung aufgeführt werden.

Nebst diesem wurde noch auf diejenigen Wälder, welche über diese Prästationen hinaus eine Holzabgabe ertragen mochten, ein Geldetat gelegt, der vor 1819 geringer war als gegenwärtig. Zu jener Zeit wurde der Ueberschuß der Ausgaben der Forstadministration, in Berücksichtigung des zu obrigkeitlichen Händen gelieferten Holzes, durch Anweisungen auf die Standes-Kassa gedeckt. Im Jahr 1819 aber wurde beschlossen, es solle die Forstadministration, unabhängig von dem zu obrigkeitlichem Gebrauch gelieferten Holz, ihre Ausgaben aus ihren eigenen Hülfquellen ohne Beihülfe der Standes-Kassa bestreiten,

In Vergleichung des frühern Zeitpunktes mit dem gegenwärtigen, hatte im Jahr 1814, nach Abzug der Rechnungsrestanz und der Zuschüsse aus der Standes-Kassa, das Einnehmen der Forst-Kassa betragen Fr. 11,685 Rp. 17½
zu denen noch aus der Standes-Kassa

beigeschossen werden mußten „ 15,099 „ 82

um das Ausgeben zu decken, welches

betrug Fr. 26,784 Rp. 99½

Im Jahr 1829 hingegen betrug das Einnehmen der Forst-Kassa für den alten Kanton „ 45,212 „ 66

Das Ausgeben, unter dem jedoch ein Weidrechtsloskauf von Fr. 1030

begriffen ist „ 31,773 „ 40

Mithin erzeugt sich ein Ueberschuß von Fr. 13,439 Rp. 26 welcher in die Standes-Kassa abgeführt wurde.

Im Jahr 1829 betrug bloß der Holz-

verkauf	Fr. 33,581 Rp. 49½
im Jahr 1814 hingegen nur	„ 7,019 „ 61½

mithin im Jahr 1829 mehr Fr. 26,561 Rp. 88
welches aber nicht nur dem verstärkten Holzverkauf, sondern
auch den gestiegenen Holzpreisen zuzuschreiben ist.

Unter den Ausgaben betrugen die Be-
soldungen und Reisekosten im Jahr

1829	Fr. 18,882 Rp. 13
im Jahr 1814 hingegen	„ 17,581 „ 79

und haben sich mithin seither vermehrt um Fr. 1,300 Rp. 34

Ueber den Zustand der obrigkeitlichen Wälder läßt sich im Allgemeinen sagen, daß verhältnißmäßig sehr wenige Blößen in denselben vorkommen; wo dieses aber der Fall ist, durch Saaten und Pflanzungen mit zweckmäßigen Holzarten nachgeholfen wird und versumpfte Stellen abgegraben werden. In Rücksicht auf ihren Bestand sind viele derselben durch eine, in Folge nicht auszuweichender Umstände, allzustarke Holzabgabe geschwächt; in der Regel jedoch können die auf dem reinen Rechtssameverhältnisse beruhenden Wälder als die bessern, hingegen diejenigen, deren Benutzung auf dem Bürgerrechtsverhältnisse oder einem mit jenem gemischten Verhältnisse beruhen, als die mindern angesehen werden. Die Domainenwälder sind, weil die meisten derselben zugleich als Bauholzreserven angesehen werden, geschont und deßhalb mit Holz in der Regel noch wohl besetzt.

Leberbergisches
Waldwesen.

Das leberbergische Waldwesen wurde nach Vereinigung dieses Landestheils so eingerichtet, wie es zur Zeit des Fürsten in einigen Aemtern und zur Zeit der französischen Verwaltung in dem ganzen Landestheile der Fall gewesen war; daß nämlich den Gemeinden das Jahrholz aus ihren Waldungen durch obrigkeitliche Forstbeamte ausgezeichnet wurde. Nebst dem war die Waldausrentung und Theilung, so wie die Holzausfuhr, ohne obrigkeitliche Erlaubniß verboten, der Holzverkauf aus Partikularwäldern einer Aufsicht unterworfen. Für die bewilligte

Ausfuhr dann mußte eine Gebühr entrichtet werden. Die Forstordnung, welche diese Bestimmungen enthielt, war auf eine Probezeit von sechs Jahren erlassen worden, nach deren Ablauf sie theils den gemachten Erfahrungen, theils den eingelangten Wünschen gemäß umgearbeitet und im Dezember vorigen Jahres in den hienach folgenden Hauptpunkten in Kraft erkannt wurde. Den Gemeinden ist die Verwaltung ihrer Wälder, mit Ausnahme des Holzverkaufs, unter Vorbehalt obrigkeitlich zu sanktionierender Reglemente, überlassen, der Holzverkauf aus Partikularwäldern frei gegeben, das Verbot der Holzausfuhr ohne obrigkeitliche Bewilligung auf Brennholz beschränkt, die daherige Gebühr aufgehoben, und das Verbot der unbewilligten Ausreutung und Gemeindwaldtheilung bestätigt worden.

20. Febr. 1824.

11. Dez. 1830.

Die leberbergischen Gemeindswälder sind in der Regel noch wohl besetzt, und mehrere derselben in der letzten Zeit durch Anwendung der bis dahin daselbst beinahe ganz unbekannt gewesenen Durchforstungen, so wie überhaupt einer regelmäßigen Behandlung in einen bessern Zustand gesetzt worden. Ihre Ausdehnung beträgt 74,428 Sucharten zu 30,000 Pariser Quadratschuh ohne die beholzten Weidgänge, und aus denselben wurden jährlich an 10,500 Haushaltungen 50,500 Klafter und 16,600 Stämme Bauholz verabfolgt.

In den Partikularwäldern wurden sehr viele Holzschläge zum Verkauf angelegt, und jene dadurch wohl im Ganzen stärker angegriffen, als es hätte geschehen können, wenn man ihren nachhaltigen Ertrag hätte berücksichtigen wollen. Von Zeit und Umständen wird es abhängen, inwiefern die Partikularwälder eine Hilfsquelle für das Land bleiben werden oder nicht.

Ihr Inhalt beträgt 27,799 Sucharten 277 Ruthen zu 30,000 Pariser Quadratschuh. In einzelnen Jahren betrug bloß der Verkauf aus denselben bei 23,000 Klaftern und 9000 Stück Sag- und Bauholz.

Die obrigkeitlichen Wälder des Leberbergs halten im Ganzen 10,947 Sucharten zu 30,000 Pariser Quadratsfuß, oder 10,075 Sucharten zu 40,000 Berner Quadratsfuß. Bei der Vereinigung des Leberbergs fand die dermalige Verwaltung die-

selben, nach dem auf die Ebenen Frankreichs berechneten System fahler, auf Stockausschlag angelegter Schläge behandelt, welches auf Hochwälder meist im Gebirge, und nicht einmal nach den gewohnten Regeln der Forstwirthschaft angewendet, große Blößen oder mit Weißholz überzogene Bezirke erzeugte. In der ersten Zeit der hierseitigen Verwaltung, bis sich dieselbe eine genauere Kenntniß dieser Wälder und ihrer Altersverhältnisse verschafft hatte, gieng sie mäßig zu Werke, und schlug jährlich nicht mehr als 4500 Klafter, stieg dann auf 5600 Klafter, und in den letzten Jahren, als sie dazu gelangt war, den etwas mühsamen Durchforstungen Eingang zu verschaffen, und sie sich überzeugt hatte, daß mehrere überständige, von ehemaligen Klöstern herrührende Waldbezirke, einige wegen erfolgtem Nachwuchs des Abtriebs, andere hingegen bloß der Reinigung bedurften, wurde darauf angetragen, während einigen Jahren das doppelte Quantum zu schlagen, welches nicht nur dem Walde unbeschadet, sondern in Rücksicht der früher geringern Holzschläge und des durch die Durchforstungen zu gewärtigenden bessern Zuwachses der Wälder zu ihrem großen Vortheil geschehen kann; so daß schon dermal, mehr aber noch in einigen Jahren, nach ausgeführten nothwendigen Durchforstungen, die obrigkeitlichen Wälder des Leberbergs in einem sehr blühenden und für die Staatskasse ersprießlichen Zustande sich befinden werden. Rantonnements wurden zwei abgeschlossen, durch welche der Regierung 379 Fucharten zu 30,000 Pariser Quadratschuh zugefallen sind. Mit vier Gemeinden werden noch Unterhandlungen gepflogen.

Im Jahre 1829 betrug das Forsteinnehmen des Leberbergs in Summe bei gewohntem Holzverkauf Fr. 53,607 Bg. 7 Rp. 3½
 Das Ausgeben „ 25,332 „ 4 „ 6½
 Mithin das Nettoeinnahmen . . Fr. 28,275 Bg. 2 Rp. 7

Unter obigem Einnehmen beträgt der Holzverkauf einzig für beiläufig 6000 Klafter Brenn- und Bauholz Fr. 45,851, Bg. 5 Rp. 7, und wird in Zukunft mit den Frevelgeldern von c. Fr. 740 das einzige Einnehmen ausmachen, da die bisherigen

Beiträge der Gemeinden mit	Fr. 3850
die Holzausfuhrgebühren mit	„ 3624
und die Harzpatentgebühren mit	„ 246
<hr/>	
in allem mit beiläufig	Fr. 7720
nicht mehr erscheinen werden.	

Unter den Ausgaben betragen die Besoldungen, Reisekosten und Holzanzeichnungs-Gebühren Fr. 12,171 Bg. 5. Diese werden aber dadurch, daß die Regierung der Aufstellung eines Personals für die Besorgung der Gemeindswälder enthoben ist, und dasselbe auf die obrigkeitlichen Wälder beschränken kann, allmählig bedeutend vermindert werden können, so daß auch in dieser Beziehung die obrigkeitlichen Wälder des Leberbergs ein größeres Einkommen gewähren werden.

Die Holzspeditions-Anstalt im Marziehle, welche ihren Vorrath theils von Partikular-Lieferanten, theils durch Ankauf aus obrigkeitlichen Waldungen bezieht, bezweckt vorzüglich die Be-
 holzung der obrigkeitlichen Behörden, des Rathhauses, der Akademie und Schulen, der Garnison und der Gefangenschaften der Hauptstadt; — nächstdem aber dient sie in polizeilicher Rücksicht gegen den Fűrkauf des Holzes, und um zu verhindern, daß bei Stockung der Zufuhr auf dem Holzmarkte durch unvorhergesehene Umstände, wie schlechte Witterung, kleines Wasser oder Zufrieren der Ar, die Holzpreise nicht plötzlich über Verhältniß hinaufgetrieben werden. Es hat demnach diese Anstalt weder einen kommerziellen Charakter, nach welchem das darin befindliche Kapital seine Interessen tragen sollte; noch soll sie dazu dienen, die Holzpreise außer Verhältniß zum Nachtheil des Waldeigenthümers hinunterzudrücken; sondern eigentlich um Gleichmäßigkeit in die allmählig immer steigende Bewegung der Holzpreise zu bringen, indem die Anstalt selbst genöthigt ist, den sich feststellenden Preisen des Holzmarkts zu folgen; weil, wenn sie darunter bliebe, der Holzplatz so schnell geleert würde, daß dieselbe nicht anders als mit ihr unmöglichen Aufopferungen solchen wieder mit Holz versehen könnte.

Holzspeditions-
 Anstalt in
 Bern.

Das Vermögen der Anstalt bestund im	Fr. Bg. Rp.
Jahre 1814 in	28,142. 4. 6
im Jahre 1830 nur in	20,524. 2. 2½

und hat sich mithin in dieser Zeit vermindert um 7,618. 2. 3½ welches von einer kostbaren Ländtereparation und einer solchen an der sogenannten Turbenhütte, so wie von einem Verluste herrührt, der durch Abschluß eines Holzlieferungsaffords unter ungünstigen Umständen und nachheriges Sinken der Holzpreise verursacht wurde.

c. Zehnten, Bodenzinse, Ehrschäße, Primizen und Gemeindsbeiträge zu den Pfarreien.

Der Staat besitzt eigenthümlich eine bedeutende Menge der im hiesigen Kanton bestehenden Zehnten und Lehensgerechtigkeiten, und neben den hiesigen besitzt er auch einige wenige außerhalb dem Kanton. Beide mit einander vereint, bilden eine seiner wichtigsten Einnahmen, wovon ein Blick auf die angehängten Rechnungsauszüge überzeugen wird.

Allgemein bekannt sind die Verhältnisse der Bodenzinse und Ehrschäße, erstere als jährliche Pachtzinse, oder auch, bei dem sogenannten Gültekauf, als eigentliche Darlehnszinse; letztere als Entrichtungen bei Handänderungen, beides als vertragsmäßiger Gegenwerth der in frühern Zeiten in Erbpacht gegebenen Liegenschaften oder des Zinses eines Gültekaufs.

Eben so allgemein bekannt sind die Verhältnisse der im Mittelalter ihren meist kirchlichen Ursprung findenden Zehnten; sie haften jetzt als ablösliche Grundlasten auf einem Theil der Liegenschaften des alten Kantons, und werden auch als solche in allen daherigen Transaktionen behandelt.

Der frühern Unablöslichkeit der Zehnten ist es beizumessen, daß diese Grundlasten sich bis auf unsere Zeiten erhalten haben; so wie die Fortdauer der Bodenzinse und Ehrschäße in dem Umstand zu finden ist, daß sie den vertragsmäßigen Gegenwerth für die dafür erhaltenen Liegenschaften ausmachten, und daher nicht ohne Auflösung des Vertrags, d. h. durch Zurückgabe der

Güter aufzuheben waren, und daß in den älteren Verboten*) der Gültkäufe die wirklich errichteten „alten ewigen Bodenzgülden“ vorbehalten worden.

Im Verfolge der Zeit haben sowohl die belasteten Liegenschaften, als die Forderungstitel durch Erbschaften und Transaktionen jeder Art mannigfaltig Hand geändert, und sich dabei eben so vielfältig zerstückelt; auch sind seit 1803 von sehr vielen Gutsbesitzern diese auf ihren Liegenschaften gehafteten Grundlasten abgekauft worden. Von den gegenwärtig noch bestehenden Zehnten und Bodenzinsen befinden sich ein großer Theil in Händen von Privaten, Gemeinheiten, milden Stiftungen jeder Art, viele in Händen auswärtiger Privaten und Klöster. Einen andern großen Theil derselben besitzt, wie schon gesagt, die Regierung, den sie entweder angekauft, oder bei der Reformation durch die Sekularisierung der Klöster und Aufhebung der katholischen Stiftungen, auch bei der Uebernahme der urbarisirten Einkünfte der Geistlichkeit erhalten hat. Seit 1804 kaufte sie für Fr. 495,208 Bg. 1 Rp. $3\frac{1}{2}$ Zehnten und Bodenzinse an, die sie ungefähr in den Preisen, welche das gegenwärtige Loskaufsgesetz bestimmt, erstand; und gleichzeitig kaufte sie für Fr. 71,118 Rp. 35 an Bodenzinsen und Zehnten, welche auf Staats- Domainen hafteten, los.

Ober S. 19.

Die Mediations- Regierung hatte die Unablöslichkeit der Zehnten und vieles in den bisherigen Lehenverhältnissen aufgehoben und in Befolgung der in Bern stets gewalteten Regierungsmaxime, vorzüglich für Sicherheit der Personen und des Eigenthums zu sorgen, dabei die gegenseitigen Rechte der Gläubiger und Schuldner möglichst gleich zu bewahren gesucht.

2. Juli 1803.

Die Hauptgrundsätze, auf welchen das Loskaufsgesetz beruht, sind: die Abzahlung des Kapitalwerths der loszukaufenden Leistungen; hierbei denn die Berechnung des Kapitalwerths im Verhältniß von 3% Abtrag für Bodenzinse, 4% für große Zehnten, und 5% für kleine Zehnten; die Berechnung des Abtrags, nach einen 21 jährigen Durchschnitte oder nach Säzung

*) Ordnung von Zinskäufen von 1543, Ordnung von 1628 und 1731.

für Zehnten, und des Getreidepreises nach 20 jährigen Durchschnitt aus den Marktpreisen für Zehnten und 21 für Bodenzinse.

18. Mai 1804.

Neben obigen Bodenzinsen und Zehnten und den gewöhnlichen Bodenzins-Ehrschätzen*) bestehen noch die Ehrschätze von Mannlehen und besondern ehrschazpflichtigen Gütern, welche nach einem spätern Gesetze mittelst Bezahlung von $1\frac{1}{2}$ Ehrschaz loskäuflich sind; in den Rechnungsauszüge steht ihr Ertrag für den Staat mit den gewöhnlichen Bodenzins-Ehrschätzen vermischt und vereint angegeben. Es bestehen ferner die Primizen, Feuerstatt-Abgaben, Land- und Pfluggarben u. alles urbarmäßige Schuldigkeiten, welche durch gleiches Gesetz von 1804 zum Abtrag von 4% kapitalisirt, loskäuflich sind, so weit sie nicht, als gerichtsherrlichen Ursprungs, aufgehoben wurden. Was der Staat an solchen Primizen besitzt, fällt fast ausschließlich in die kirchlichen Besoldungen, und wird von den Pfarrern bezogen; ihren Ertrag zeigen die Rechnungsauszüge.

Des Bezugs wegen mit den Bodenzinsen in den Rechnungen des Staates vereint, obschon von jenen sehr verschiedener Natur, erscheinen endlich die Auflagen auf Ehehaften. Es sind sehr geringe Gefälle für einen bedeutenden Werth, den die Betreffenden von der Regierung mittelst der ihnen ertheilten Ehehaften erhielten. Sie sind nicht loskäuflich, währen so lange als die Ehehaften, und erlöschen mit denselben.

Aus den drei letzten Rechnungen ergibt es sich, daß in	
drei Jahren die Zehnten im Durchschnitte ab-	Fr. Rp.
geworfen haben	330,206. 88
wovon abgehen für Schatzungs-, Hinleihungs-	
und Einsammlungskosten	9,750. 52
reiner Zehnt-Ertrag, und zwar nach Abzug des	
Hagelschadens	320,456. 36
die Bodenzinse ertrugen in gleichen drei Jahren	
im Durchschnitt	138,527. 91

*) Wo nur ein zweiter Zins verfällt, und deren Loskauf im Bodenzins-Loskaufe begriffen ist.

	Fr.	Rp.
	Transp.	458,984. 27
die Ehrschätze		7,044. 52
die Primizen		6,009. 07
die Gemeinthsbeiträge zu den Pfarreien		6,623. 03
zusammen		478,660. 89

Die Zehnten, Bodenzinse und Ehrschätze werden durch die Schaffnereien und Oberämter bezogen, die Primizen und Pfrundbeiträge durch die Pfarreien. Der Finanzrath ist beständig bereit gewesen, die wandelbaren Zehnten in fixe Leistungen zu verwandeln, und war in deren Berechnung immer so nachsichtig, als seine Pflichten es ihm erlaubten. Dem ungeachtet gelang es selten genug; der Landmann schien meistens Leistungen im Verhältniß der Erndten den bei guten aber auch schlechten Jahren sich immer gleich bleibenden Sackzehnten vorzuziehen. In der nämlichen Absicht, die Pflichtigen zu erleichtern, ward auch fast alljährlich ein Anschlagspreis für die verschiedenen Getreidarten festgesetzt, und den Pflichtigen die Wahl gelassen, nach demselben ihre Leistungen in Geld, statt in Naturalien zu entrichten. Dieses Verfahren gewährte dem Staate einige Ersparniß an Unkosten, hatte aber öfters für denselben den Nachtheil, daß in den Gegenden, welche Korn von guter Beschaffenheit erzeugten, die Schuldigkeit in Geld bezahlt, in den anderen aber das leichte und geringe Getreide geliefert wurde.

Neben den in vorstehender Berechnung schon abgezogenen Zehntschatungs-, Hinleihungs- und Einsammlungs-Kosten, fielen noch folgende Kosten auf obige Einkünfte.

1) Abgang: hiefür admittirte der Staat seinen Schaffnern und Oberamtleuten für das neu eingesammelte Getreide im ersten Jahre 3% vom Haber und 2% von andern Kornarten; vom alten Getreide in den folgenden Jahren $1\frac{1}{2}$ % vom Haber, 1% von den andern Sorten. Für den Wein wurde der Abgang verrechnet; so wie er sich wirklich fand. Dieser Gesamtabgang hat in obigen drei Jahren für Zehnten, Bodenzinse, Ehrschätze, für die Früchte, die von Staatsdomainen als Pachtzins bezogen wurden, und für die Vorräthe aus früheren Jahren im Durch-

schnitte betragen Fr. 17,472 Rp. 3. Es ist aber ein Theil dieser Abrechnung nicht als reell anzusehen, da bekanntlich neues Getreide zwar anfangs ziemlich eintrocknet, das eingetrocknete dagegen aber auch verhältnißmäßig am Werthe gewinnt.

2) Die Besorgung der Korn- und Weinvorräthe, Geschirre, Trotten und deren Erneuerung, die Scripturen und Rechnungen, Geldportos und Botenlöhne u. der Schaffner kosteten im Durchschnitt in obigen Jahren Fr. 12,213 Rp. 8.

3) Die Bauten an Kornhäusern und Zehntscheunen kosteten beiläufig Fr. 2,916 Rp. 6.

4) Die Provision der Oberamtleute und Schaffner, und die Gratifikationen und fixen Gehalte der letztern kosteten zusammen im Durchschnitt Fr. 17,575 Rp. 88.

Alle Unkosten betrugen also zusammen Fr. 50,177 Rp. 5.

Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, in Bezug auf die Bauten zum Unterhalt der Kornhäuser, daß diese nicht bloß für Zehnten und Bodenzinse, sondern auch für die Pachtgüter als unerläßlich da sind; einige derselben, besonders in Bern, zum Gebrauch des Kriegsdepartements dienen, oder sich verpachtet befinden; und in Bezug auf die Gehalte und Provisionen der Schaffner, welche übrigens zum großen Theile den Unterschaffnern auf dem Lande zu statten kommen, daß sie die Bezugskosten der Zehnten, Bodenzinse, Ehrschätze und Pachtzinse bilden. Nun haben die Pachtzinse im Durchschnitt obiger drei Jahre Fr. 69,302 Rp. 13 abgeworfen, und folglich wurden im Ganzen für Fr. 535,330 Rp. 92 (denn Primizen und Gemeindsbeiträge fallen hier weg) Fr. 17,575 Rp. 88 Bezugskosten bezahlt, was also fast $3\frac{1}{3}\%$ beträgt. Die obigen Gesamtkosten von Fr. 50,177 Rp. 5 auf die sämtlichen Fr. 535,330 Rp. 92 vertheilt, geben nicht mehr als $9\frac{1}{3}\%$ an Kosten und Abgängen für jede Art der hievor angegebenen Einkünfte; wogegen aber, wie oben schon erwähnt, das nun trockene Getreide einen mehrern Werth erhalten hat, als es bei der Erndte hatte. In allen obigen Berechnungen ist das Getreide immer im Normalpreis berechnet. Dieser Normalpreis ist eine unveränderlich angenommene Rechnungstaxe der Getreidarten, eine reine Rech-

nungssache, um mittelst einer Jahr für Jahr immer für alles gleich bleibenden Werthung der Naturaleingänge dieselben mit den Geldverhandlungen gleicher Kategorie in den Rechnungen vereinigen zu können. Es könnte zwar scheinen, daß die Marktmittelpreise richtigere Resultate hätten geben müssen, als ein solcher, beständig sich gleich bleibender Anschlag. Allein bei deren beständigem Schwanken und ihrer Verschiedenheit nach den Gegenden, so wie denn auch wegen der äußerst verschiedenen Qualität des erhaltenen Getreides, wäre eine solche Berechnung unmöglich gewesen, und deswegen mußte für diese reine Rechnungssache obiges Verfahren vorgezogen werden.*)

Bei dem Verkaufe des Getreides hängt der Erlös aber nicht von den obigen Normalpreisen, sondern von den Marktpreisen ab; übersteigen diese den Normalpreis, wie es, ohne nur der außerordentlichen Preise von 1816 und 1817 zu gedenken, während der ganzen Zeit der französischen Kriege der Fall war, und jetzt wieder der Fall ist, so tragen auch die Getreidevorräthe mehr als ihre Normalschätzung ab; — bleiben aber die Marktpreise darunter, so kann auch der Staat keine höhern Preise erlangen, als jeder Landmann, und erhält also von seinen Vorräthen minder, als ihre Schätzung betrug.

Um das Verhältniß des wahren Erlöses, welchen der Staat bei seinen Getreide-Verkäufen erhält, zu würdigen, mag folgende Vergleichung dienen:

	1827.	1828.	1829.
Dinkel: Durchschnitt des Erlöses	Bk. R.	Bk. R.	Bk. R.
für ein Mütt . . .	71. 9.	89. 9.	96. 4.
Durchschnitt der Markt-			
Mittelpreise im ganzen			
Jahre	74. 8.	93. 4.	98. 2.

*) Die Normalpreise sind: Dinkel, der Mütt 100 bk. Haber 70 bk.; Ryterkorn 60 bk. Kernen, das Maß 20 bk. Roggen und Gersten 12½ bk. Mischel- und Mühlekorn 15 bk. Paschi 14 bk. Anken 5 bk. per Pfund; Käse 2½ bk. Wein 2 bk. die Maß.

H a b e r: Durchschnitt des Erlöses	Bg. R.	Bg. R.	Bg. R.
für den Mütt.	58. 6.	75. 2.	84. —
Durchschnitt der Markt-			
Mittelpreise im ganzen			
Jahre	57. 7.	75. 3.	87. 7.

Diese Darstellung zeigt, daß der Staat im Ganzen aus seinen Getreid=Verkäufen etwas, obschon sehr wenig, minder als die jährlichen Markt=Mittelpreise bezieht, und dieses ist schon deswegen nie zu vermeiden, weil die Markt=Mittelpreise diejenigen von Bern sind, und häufig diejenigen mehrerer Landesbezirke übertreffen, in welchen sich große obrigkeitliche Getreideworräthe befinden, so daß man denn von diesen Vorräthen die Marktpreise von Bern nicht erhalten kann.

Die Rechnungs=Auszüge zeigen, daß während obigen drei			
Jahren der Mindererlös vom verkauften Getreide gegen den			
Normalpreis, mit den wirklichen Marktpreisen Schritt hielt;			
er betrug im Jahre 1827	Fr.128,420.	Rp.98	
„ „ 1828	„ 31,357.	„ 39	
„ „ 1829	„ 8,970.	„ 47	

d. Kapital = Veränderungen des Dominial = Vermögens (Domainen = Kassa.)

Nach den bestehenden Grundgesetzen des Staats sollte das Dominial=Vermögen, d. h. die dem Staat gehörenden Liegenschaften, Zehnten und Lehengerechtigkeiten, in ihrem Kapital=Werthe nie vermindert, und also alle Summen, welche für verkaufte Liegenschaften und losgekaufte Zehnten und Bodenzinse eingehen, wieder zu Dominial=Aquisitionen verwendet werden. Damit nun diese Kapital=Verhandlungen sich nicht mit den übrigen Kassa = Geschäften des Staats vermischen möchten, wurde dafür besondere, von der übrigen Staatshaushaltung abgesonderte Rechnung zu führen befohlen, — und dieß ist die sogenannte Domainen = Kassa. Die Verhandlungen der Domainen=Kassa von ihrem Ursprung in 1804 an bis auf Ende 1830 sind folgende gewesen:

	Fr.	Rp.	
Verkaufte Liegenschaften. . . .	559,702.	61	Veräußerun- gen.
Zehnt-Käufe	1,545,176.	68	
Kauf von Bodenzinsen und Ehrschäßen	478,779.	85	
Ueberschuß mehr bezogener Zinse	30.	85	
	<hr/>		2,583,689. 99
Ankäufe von Liegenschaften. . .	809,900.	98	Akquisitionen.
„ „ Zehnten und Bo- denzinsen	495,208.	13	
Ankäufe von Zollgerechtigkeiten	774,208.	35	
Entschädigung der gerichtsherr- lichen Rechte*)	53,226.	32	
Käufe von Zehnten und Bo- denzinsen, die der Staat schuldig war	71,118.	35	
Kauf- und Schreibgebühren . .	792.	07	
Entledigungen, Entschädigun- gen, Mehrbetrag bezahlter Zinse	146,500.	06	
	<hr/>		<hr/> 2,350,954. 26

*) Die Rechte der Patrimonial-Gerichtsbarkeit waren durch die Revolution 1798 zerstört und durch die Mediations-Verfassung, deren Grundsätze hierin ganz auf den damaligen Verhältnissen Frankreichs beruhten, nicht wieder hergestellt worden. Vielmehr hatte das Gesetz vom 18. Mai 1804. §. 2 und 26 alle Gefälle und Leistungen gerichtsherrlichen Ursprungs als unentgeltlich aufgehoben erklärt. Bald nach dem Ende des Mediationszustandes meldeten sich mehrere Eigenthümer solcher Rechte um Herstellung derselben oder um Entschädigung. Ein Rathsbeschluß vom 8 Dez. 1817 setzte eine Spezial-Commission nieder, um den Gegenstand gründlich zu untersuchen und am 21. Dezember 1822 erfolgte ein Dekret der obersten Landesbehörde, wodurch die Frage der Herstellung dieser Rechte beseitigt, aber der Grundsatz der Entschädigung für diejenigen Berechtigungen und Gefälle, welche dem Staate, mittelbar oder unmittelbar, angefallen waren, wie die Bußen, Sporeten, Jagdgerechtigkeiten u. dgl., nach einem auf Berechnungen gegründeten Maßstabe von Fr. 140 jährlich für 1000 Seelen Be-

Mehrbetrag des veräußerten Staats-Eigen-	Fr. Rp.
thums	232,735. 73
Diese vorstehende Summe fand sich auf Ende 1830 in	
Folgendem :	
Anforderungen an Privaten und	
Korporationen	74,571. 94
Schulden der Domainen-Kassa	72,404. —
	<hr/> 2,167. 94
Vorschüsse an die Standes-Kassa, welche sie der	
Domainen-Kassa noch restanzlich zu erstat-	
ten hat	230,567. 78
Summe der noch für Dominial-Akquisitionen	
zu verwendenden Gelder	232,735. 72

E. Grundsteuer im Leberberg.

Diese Grundsteuer bildet nach Maßgabe der Vereinigungs-Urkunde einen verhältnißmäßigen Gegenwerth für diejenigen Einkünfte, welche der alte Kanton aus seinen Domainen, Zehnten und Lehengerichtigkeiten bezieht. Bei ihrer Berechnung wurde der reine Ertrag obiger Einkünfte so genau als möglich ausgemittelt, und nun das Verhältniß der Grundsteuer zu dieser erhaltenen Summe nach der ohngefähren gegenseitigen Bevölkerung beider Landestheile, d. h. auf 1 zu 4 festgesetzt; sie beträgt so gegenwärtig Fr. 160,171. —. Im Anfange war sie nur auf Fr. 141,750 berechnet worden; der Unterschied beider Summen kommt daher, daß die frühere kleinere Summe die Werthung der Natural-Einkünfte nach den Normalpreisen, die seitherige größere aber ihre Werthung nach dem Durchschnitt der

völkerung des Gerichtsbezirks, zum 25fachen Werthe kapitalisirt, und mit Zuschlag der Zinse dieses Kapitalbetrags vom 1. Januar 1814 bis 31. Dez. 1822, ausgesprochen wurde. Mehrere Berechtigte fanden indessen diese Entschädigung zu niedrig und nahmen dieselbe nicht an. — Die infolge des angeführten Dekrets bezahlten Summen wurden aus Rücksicht auf den Umstand, daß der Staat jene Gefälle beziehen lasse und also die Berechtigten gewissermaßen auskaufe, der Domainen-Kassa zur Last geschrieben.

Marktpreise in den 30 nächsten Jahren vor der Vereinigung zur Grundlage hat. Da die Berechnung übrigens auf ganz reinen Erträgen des alten Kantons beruht, so soll auch die Grundsteuer eben so rein eingehen, und deswegen werden die Bezugskosten neben der Steuer selbst durch Zusatzrappen erhoben. Indessen geht sie doch nicht ganz rein ein. Der Staat zahlte z. B. im Jahre 1828 für seine Wälder und Domainen selbst daran Fr. 2,208 Rp. 80 die Grundsteuer-Rödel und Aufseher koste-

ten ihn	„ 2,786	„ 44
die Kadaster-Aufsicht	„ 1000	„ —
und endlich der Ober-Einnehmer an Besol-		
dung und Bureaukosten	„ 2,000	„ —
	<hr/> Fr. 7,995 Rp. 24	

Durch ein Dekret vom Jahre 1816 wurden dem neuen 14. März 1816. Landestheile, der Zeitumstände wegen, einstweilen 24,800 französische Franken auf der Grundsteuer erlassen, wodurch sie auf Fr. 125,010 herabsank, neben welchen er aber noch Fr. 36,450 an Militair- und geistlichen Pensionen (in welchen letztern die des gewesenen Bischofs und seiner Kapitularen nicht begriffen waren), ferner Fr. 4,400 Beiträge an die Schulanstalten von Pruntrut, Delsberg und Biel, und endlich noch die erforderlichen Summen für dortige Krankenanstalten zu zahlen hatte.

Endlich wurde die Grundsteuer vom 1. Januar 1820 hin- 22. Dez. 1818. weg auf Fr. 160,171, wie oben gesagt, festgesetzt; dem Leberberg 14 — 29. Dez. aber die geistlichen Pensionen, die Beiträge an die Lehranstalten 1819. von Pruntrut, Delsberg und Biel, und diejenigen für die Krankenanstalten abgenommen, und auf die Staatskassen gelegt. Es blieben ihm nun noch aus Zusatzrappen zu bestreiten: 5% Bezugskosten, 5% für Hagelentschädigungen, die Kadasterkosten und die Militairpensionen, welche damals noch etwa Fr. 16,000 betrugen. Letztere wurden ihm seither vom 1. Januar 1831 an ebenfalls abgenommen, und betragen jetzt noch gegen Fr. 13,500, welche nun auf den Staats-Schatz fallen, aber sich jährlich vermindern werden.

Viele Bewohner des Leberbergs haben zu verschiedenen Zeiten

die Bestimmung der Grundsteuer zu hoch berechnet gefunden, weil sie die angesetzte Werthung unserer Getreid-Einkünfte als zu hoch betrachteten. Sie war wie gesagt Anno 1818 und nach den Durchschnittspreisen der 30 Jahre, welche der leberbergischen Vereinigung vorher giengen, gemacht worden; man sollte sie also richtig glauben, da damals niemand voraussehen konnte, daß nun 12 Jahre folgen würden, in welchen, was noch nie geschehen war, die Getreidepreise fast immer unter dem Normalpreise und zuweilen sehr tief darunter blieben. Allem Anschein nach dürfte sich aber nunmehr für die künftigen Jahre dieses bisher für den Leberberg allerdings ungünstig gewesene Verhältniß ganz umkehren.

Wenn man die Vergleichung anstellen will, in welchem Verhältnisse der Leberberg zu den allgemeinen Einkünften beiträgt, so mag folgende Notiz dazu dienen.

Der Leberberg trägt alle indirekten Abgaben mit dem alten Kanton gleich; er giebt seine Grundsteuer als Kompensation der Dominal-Einkünfte, Zehnten und Bodenzinse. Seine Waldungen tragen nach dem hievor enthaltenen Berichte der Forstverwaltung etwas mehr ab, als sie im Verhältniß von 1 zu 4 gegen den alten Kanton eintragen sollten; und bisher gab er noch an Holzausfuhrgebühren ungefähr Fr. 3700 jährlich, die der alte Kanton nicht gab. Dagegen lieferte der alte Kanton ausschließlich und ohne Kompensation des Leberbergs: die Zinse seiner, wie oben gezeigt worden, sehr bedeutenden Geldkapitalien; und die Zinse, nicht die Benefizien des Salzfonds, und der übrigen Handelsfonds; so wie denn auch die leberbergische Liquidation mit ihrem Verlust ganz von dem alten Kantone bestritten worden ist. Uebrigens denn fielen durch die leberbergische Vereinigung die jährlichen Pensionen des Fürst-Bischofs von Basel und seiner Kapitularen der Staats-Kasse auf; diese betrugen Anno 1821 Fr. 45,140 Rp. 17, im Jahre 1827 noch Fr. 43,881 Rp. 5. Sie haben sich seither durch das in 1828 erfolgte Ableben des Fürsten und mehrerer Kapitularen bis Ende 1829 auf Fr. 16,753 Rp. 62 reduziert.

f. Fischerei und Jagd.

Mit Ausnahme derjenigen Fischereirechte, welche der Staat als Privat-Eigenthum besitzt, sind diese beiden Zweige der Staats-Einkünfte landesherrliche Nutzungen. Die Fischereien werden auf übliche Weise verpachtet; diejenigen ausgenommen, die entweder nach Titelsrechten gegen fixe Geldleistungen daherigen Berechtigten gehören, oder aber den Oberamt Männern als Benefizium überlassen sind.

Für die Jagden werden nach den vorhandenen Landesgesetzen Patente durch den Finanzrath erteilt. Der Hauptzweck beider Benutzungs-Einschränkungen ist die Erhaltung beider Nutzungen für alle Landesbewohner, mittelst der Sicherstellung des Gewildes und der Fische vor einer unordentlichen und zwecklosen Eröndung. Ihren Ertrag zeigen die Rechnungs-Auszüge; sie betrugen im Durchschnitte der 12 Jahre 1815—1826:

die Fischerei-Pachten . . .	Fr. 1,938
die Jagdpatenten . . .	„ 5,631
zusammen also . . .	Fr. 7,569

und sind seither im Steigen begriffen.

g. Zinsbare Staats-Kapitalien.

Als die durch den Wiener-Rezeß ausgesprochene Zurückgabe der vor 1798 in England angelegten Gelder, und die durch den zweiten Pariser Frieden angeordnete Liquidation der Ansprachen an Frankreich die Regierung wieder in den Besitz von ansehnlichen Summen in auswärtigen Staatspapieren gesetzt hatte, hielt sie für angemessen, die Verwaltung dieser Gelder mit derjenigen des innern Zinsrodels oder der dem Staate zuständigen inländischen Kapitalbriefe zu vereinigen, und dafür eine eigene Beamtung zu bestellen. Dieses geschah im Jahre 1821, und später wurde dem Verwalter noch ein zweiter Angestellter beigegeben. Beide erhielten eine mit Sorgfalt mehrmal umgearbeitete Instruktion, und eine nach Verhältniß der Größe der zum Verkehr in ihre Hände gelegten Summen mäßige Besoldung. *)

17. März
1821.

28. März
1821.

*) Der erste Beamte Fr. 1000 jährlich, der zweite Fr. 500. Außerdem von den Zinsen der ausländischen Kapitalien $\frac{1}{4}$ Prozent, von

Zugleich wurde erkannt, es solle der reine Ueberschuß der Zinse der ausländischen Staatspapiere über den landesüblichen Zinsfuß von 4%, so wie der Mehrerlös bei dem Verkaufe oder der Rückzahlung der Kapitalien besonders berechnet, und wo möglich im Lande angelegt werden, um allfällige künftige Verluste auf diesem zwar sehr einträglichen, aber dafür auch weniger sichern Theile des Staatseigenthums zu decken.

1) Aeußere Gelder.

Es war unmöglich, die Summe von Fr. 5,331,245 Rp. 70, welche, wie hievor angegeben worden, als Ertrag der verkauften englischen Gelder einging, sogleich wieder im Lande an Zins zu legen.

Ihre damalige Verwendung war folgende:

	Fr.	Rp.
Zuschuß zu den außerordentlichen Kriegskosten	678,541.	91½
Zuschuß zu Hilfsanstalten 1816 und 1817	659,586.	—
Restitution an die helvetische Liquidations-Kasse	316,266.	07½
Abzahlung von Staatsschulden	426,414.	—
In den Salzfonds wurden gelegt	238,252.	81
Im Lande an Zins gelegt	156,547.	40
Zum Ankauf fremder Fonds angewiesen	2,855,637.	50
Zusammen	5,331,245.	70
Es wurden also zum Ankauf fremder Fonds verwendet obige	2,855,637.	50
Dazu kommen nun die im Lande an Zins gelegten	156,547.	40
Fl. 84,650 in zwei Nürnbergischen Obligationen, angeschlagen nach ihrem laufenden Kurse bei ihrer Wiedererhaltung zu 65% und Fl. 11 für Fr. 16	80,032.	72
Transp.	3,092,217.	62

denen der inländischen Kapitalien des Reservefonds 2% und 4% von denen des Pfrund- und Stift-Zinsrodels; diese Provisionen zwischen beiden Beamten à $\frac{2}{3}$ und $\frac{1}{3}$ getheilt. Instruktion vom 4. Juli 1827.

	Fr.	Rp.
Transp.	3,092,217.	62
Francs 46,967 französische Renten 5% zu 70% und Fr. 40 für Fr. 27	469,529.	90
Diese kamen aus der vorerwähnten Restitution von Frankreich.		
Kapitalbestand im Jahre 1820 .	3,561,747.	52
Seitdem kamen noch hinzu :		
1822. Die Rückerstattung von englischen Zin- sen aus dem Hause Van Neck in London	121,983.	75
1824. Die Restitution der 1816 in den Salz- fonds gelegten	238,252.	81
1825. Aus der Standeskasse erhoben, um an Zins zu legen	280,000.	—
Gewinn auf der Umsetzung fremder Fonds bis Ende 1830, im Ganzen	264,333.	16
Ueberschuß der Zinse fremder Fonds über den abgelieferten Zins von 4% des an- gewandten Kapitals	727,102.	16
Bestand der äußern Gelder, Ende 1830	5,193,419.	40
Der Zinsüberschuß von Fr. 727,102 Rp. 16 vertheilte sich, wie folgt.		

Im Jahre 1820 haben die Zinse der frem-
den Staatseffekten über die an die
Standeskasse abgelieferten 4% des
angewandten Kapitals hinaus, und
nach Abzug aller Verwaltungskosten
mehr abgeworfen

	Fr.	Rp.
1821	51,373.	87
1822	37,303.	66
1823	73,598.	64½
1824	55,970.	17½
1825	76,128.	35½
1826	79,632.	22
1827	53,081.	99
1828	65,306.	82½
1829	83,029.	31
Transp. .	575,425.	5

	Transp.	575,425.	5
1829		74,537.	9
1830		77,140.	2

Zusammen 727,102. 16

Ein Theil des obigen Bestandes der äußern Gelder bildet, in Gemäßheit daheriger Bestimmungen, den sogenannten Reservefonds, dessen Bestand sich auf Ende des Jahres 1830 folgendermaßen stellt :

	Fr.	Rp.
1) Obige Zinsüberschüsse von	727,102.	16
2) Gewinne auf dem Umsatze der Fonds	264,333.	16
3) Frühere vor 1820 gemachte Gewinne	116,922.	54

Zusammen 1,107,922. 54

welche Summe in dem hievor verzeigten Gesamtbestande der äußern Gelder mitbegriffen ist, und ausweist, daß im Ganzen auf den fremden Fonds, über den Kapitalzins von 4% und alle Bezugskosten hinaus, noch Fr. 1,107,922 Rp. 54 gewonnen worden sind.

Diese Ersparnisse, welche zugleich eine Vermehrung des disponibeln Staatsguts, und eine Verbesserung unserer Handelsbilanz ausmachten, nach der ursprünglichen Absicht, im Lande selbst an Zins zu legen, war, wie schon bemerkt, nicht thunlich gewesen; mit Einschluß der gleich anfangs im Lande einstweilen angewandten Fr. 156,547. Rp. 40 haben nur Fr. 495,374 auf diese Weise angelegt werden können.

Diese letzte Summe ist der Betrag desjenigen inländischen Zinsrodels, welcher als ein Bestandtheil des Reservefonds der äußern Gelder vorkommt.

Ende 1830 fand sich der vorerwähnte Kapitalbestand der äußern Gelder, wie folgt :

	Fr.	Rp.
Fremde Fonds, nach ihren Ankaufspreisen	4,709,408.	84
Inländische Zinschriften	495,374.	—

Zusammen 5,204,782. 84

Davon geht ab der Passivsaldo . . . 11,363. 44

Bleiben die vorstehenden 5,193,419. 40

2) Inländische Zinsrödel.

Ende 1813 enthielt der obrigkeitliche Zinsrödel, mit Einschluß des Stifts-Zinsrodels, zusammen einen Kapitalbestand

	Fr.	Rp.
von	293,829.	13

1816 wurden sämtliche auf den verschiedenen Pfründen des Kantons bisher verzinste Zinsschriften zusammengezogen und unter dem Namen des Pfrundzinsrodels vereinigt. Sie betrugen an Kapital, nach Abzug einiger werthlosen Schriften

	169,550.	70
--	----------	----

1826 wurde hinzugefügt: die von den protestantischen Pfarreien im Leberberg herührenden Zinsschriften von Kapital .

	53,348.	32
--	---------	----

Summe 516,728. 15

Durch Ablosung und Veräußerung kleiner Zinsschriften haben sich diese Kapitalien vermindert um

	Fr.	Rp.
	67,263.	81

Stand dieser Zinsrödel auf Ende 1830 . 449,464. 34
 nämlich die alten obrigkeitlichen und Stifts-
 zinsrödel . . Fr. 270,484 Rp. 86
 Pfrundzinsrödel . „ 178,979 „ 48

Fr. 449,464 Rp. 34

Die ausstehenden Zinse dieser Kapitalien betrugen auf obigen Zeitpunkt Fr. 21,171 Rp. 97, und sind in obiger Summe nicht inbegriffen, so wenig als die Kassarestanz von Fr. 12,637 Rp. 21 ½.

3) Separat-Fonds.

Dieser aus den besondern geretteten Geldern laut der hievorstehenden Darstellung ge-

bildete Fonds bestand 1821 bei seiner	Fr.	Rp.
Uebergabe aus	642,959.	96
Seither kamen hinzu aus 2 Liquidationen	16,080.	72½
20,000 Fl. Wiener Bank-Obligationen à 2%,		
angeschlagen für	12,528.	—
3132 Fl. baar Geld à 174 % *) . . .	5,449.	70
Endlich betrug vom 14. Februar 1821 bis	677,018.	28½
31. Dezember 1830 der zum Kapital		
geschlagene Ueberschuß der Zinse, nach		
Abzug der jährlich in den Schuldens-		
tilgungsfonds gelieferten Fr. 20,000,		
zusammen	98,940.	63½

Der Separatfonds betrug daher Ende 1830 775,959. 2

Eine Uebersicht der gesammten fremden Staatspapiere weist am deutlichsten sowohl den Bestand derselben als die Ankaufspreise und den Zinsertrag nach, und wird daher gegenwärtigem Berichte beigelegt.**)

h. Staatsschulden.

1) Verhandlungen des Schuldentilgungs-Fonds.

Wie schon hievor angegeben worden, betrugen im Jahre 1820 die dem neu errichteten Schuldentilgungs-Fonds zur Bezahlung überwiesenen Staatsschulden: . . . Fr. Rp.

a) von zinsbaren Anlehn von 1813 und 1815 799,875. —

b) von unzinsbaren Vorschüssen von der Domainen-Kassa 598,216. 71

Zusammen 1,398,091. 71

*) Diese zwei letzten Summen rühren von Geldern her, welche ebenfalls noch von der alten Regierung zu Wien angelegt worden waren. Sie wurden 1828 bei Anlaß des Falliments eines Wechselhauses in Wien durch Hrn. v. Effinger von Wildeg, eidgenössischen Geschäftsträger in Wien, wieder aufgefunden und dem hiesigen Stande zugestellt.

**) S. Beilage No. XXXIII.

Während dem Bestande des Schuldentilgungs-Fonds, das heißt von 1820 bis Anfangs 1831, hat derselbe zufolge der diesem Berichte früher beigefügten Uebersicht**) eingenommen:

An Konsumo-Gebühren	Fr. 721,492 Rp. —
An Extra-Stempelgebühren	„ 244,692 „ 40
Von Zinsen aus dem Separatfonds	„ 200,000 „ —
An Retorsionsgebühren	„ 76,220 „ 56
An Vorschüssen aus der Standeskasse zu schnellerer Ablosung der zinsbaren Kapitalien zur Ersparniß der Zinse „	250,000 Rp. —
<hr/>	
Zusammen Fr.	1,492,404 Rp. 96

Dagegen hat der Schuldentilgungs-Fonds in gleicher Zeit bezahlt.

	Fr.	Rp.
Ablosung zinsbarer Schulden	799,875.	—
Ablosung von Vorschüssen an die Domainen- Kassa	312,201.	73

(So daß also bei Aufhebung der Schuldentilgung von den überwiesenen Fr. 598,216 Rp. 71 noch ungetilgt übrig blieben: Fr. 286,014 Rp. 98, welche nunmehr in die Rechnung zwischen der Standes- und Domainen-Kassa gefallen sind.)

Bezahlte Zinse	126,841.	13
Verwaltungs-Kosten	3,487.	10
Rückerstattete Vorschüsse der Standes-Kassa	250,000.	—
<hr/>		
	1,492,404.	96

Der gegenwärtige restanzliche Betrag der Summen, welche die Standeskasse noch an die Domainenkasse zu ersetzen hat, und welche in ersterer baar vorrätzig sind, ist hievor unter dem Abschnitte der Domainenkasse angezeigt.

*) S. Beilage Nro. XXX.

2) Schuldigkeiten, welche auf den Staatsdomainen haften, oder auf Titeln und Verträgen beruhen.

Hieher gehören die Fr. 764 Rp. 91, welche unter der Rubrik der Passiv-Zins-, Zehnt- und Bodenzins-Schuldigkeiten in der Standesrechnung von 1829 als jährliche Entrichtungen an verschiedene Ansprecher vorkommen.

Neben dem mögen aber auch hieher gehören: mehrere der verschiedenen Summen, welche der Staat für kirchliche und Schulverhältnisse bezahlt, und die in den Rechnungen unter den Rubriken der Ausgaben an Kollaturen, äußere Geistliche, geistliche Korporationen, Kommuniionsbeiträgen, Sigristen und Schulmeister vorkommen, und endlich könnten vielleicht auch noch einige derjenigen Entrichtungen, welche jährlich unter dem Titel der fixen Steuern an Gemeinheiten und Armengütern verrechnet werden, hiehin zu rechnen seyn.

Die Ablosung aller dieser ablösblichen Schuldigkeiten wäre für den Staat vorthellhaft, und für das Rechnungswesen, als vereinfachend, sehr wünschbar; dieselbe ward aber aus dem Grunde unterlassen, weil man glaubte, sie möchten den meisten der Betreffenden in jeder Beziehung unerwünscht seyn.

Indessen wäre dieses ganze Geschäft allerdings einer neuen Untersuchung und Verfügung werth.

i. S t a a t s h a n d l u n g e n .

Unter diesem Namen erscheinen in den Standes-Rechnungen vier verschiedene Zweige der Finanzverwaltung, nämlich: die Salzhandlung, die Schießpulverhandlung, die Holzspeditions-Anstalt zu Bern und die Bergwerke. Alle diese Handlungen werden mit eigenen Fonds betrieben.

Holzspeditions-
Anstalt.

1) Ueber die Holzspeditions-Anstalt ist schon vorn bei der Forstverwaltung Bericht gegeben worden. Es ist bei dieser Anstalt nicht auf Handelsgewinn, sondern auf Beholzung eines Theils der Hauptstadt, besonders wegen dem dortigen starken Bedarf der Regierung, abgesehen. Ein kleiner Gewinn findet sich zwar alle Jahre dabei, indessen bildet derselbe nur einen

ziemlich schwachen Zins des darin liegenden Kapitals. Im Jahr 1829 hat die Anstalt 245 Klafter Buchen- und 1135 Klafter Tannenholz in den Verbrauch der Stadt abgegeben, und vom Kapital der Fr. 18,641 Rp. 98, welches anfangs 1829 in der Anstalt lag, einen Gewinn oder Zins von Fr. 651 Rp. 27 abgeworfen. Ende 1829 besaß die Anstalt ein Vermögen von Fr. 19,293 Rp. 25.

2) Die Schießpulver-Handlung, oder die Salpeter- und Pulverbereitung und der Verkauf dieser Erzeugnisse wird mit einem Kapitale betrieben, das auf Ende 1829 noch Fr. 175,606 Rp. 43 betrug; eine Summe in welche die Gebäulichkeiten nicht begriffen sind. Dieser Fonds bestand damals aus folgenden Theilen:

Schießpulver (ohne die Zeughaus-Vorräthe,	Fr.	Rp.
die nicht hieher gerechnet werden . . .	102,623.	5
Salpeter, Schwefel und Pottasche . . .	68,063.	8
Kassa und laufende Rechnungen . . .	4,920.	30
	<hr/>	
	175,606.	43

Ende 1830 betrug der Fonds nur noch Fr. 170,717 Rp. 77½, weil nach einem Beschlusse des Großen Rathes derselbe nach und nach auf Fr. 150,000 reduziert werden soll, und daher jährlich einige tausend Franken vom Kapital an die Standes-Kassa abgeliefert werden.

Im Ganzen genommen wirft diese Handlung den landesüblichen Zins von ihrem Kapital-Fonds ab; da aber der Unterhalt ihrer Gebäude auf die Handelskosten fällt, so kann es auch, wie in 1829, Jahre geben, in welchen sie ihre 4% Zinse nicht vollständig herausbringen kann, was aber durch den Gewinn der andern Jahre sich wieder ausgleicht. Die Bauten, die ihr seit 1814 auffielen, waren hauptsächlich eine neue Pulvermühle, Scheune, Pulverkörnle, und Arbeitschopf zu Worblaufen, an Platz der zersprungenen; und Arbeiten in der Salpetersiederei.

Die Handlung trägt zwar nicht mehr so viel ein als früher, wo sie einen auswärtigen Absatz hatte, den äußere Konkurrenz seither verminderte. Dieser verminderte Absatz, eine Folge

der auswärtigen so sehr vervollkommeneten und mit großen Kapitalien und neuen Einrichtungen unterstützten Pulverbereitungen; die Herabsetzung aller hiesigen Verkaufspreise, und die Bezahlung des Brennholzes, das früher die Handlung unentgeltlich aus den obrigkeitlichen Wäldern bezog, sind die Gründe dieser Ertragsverminderung. Die Preise aller Materialien und Fabrikate haben daher von 1813 bis 1830 eine namhafte Herabsetzung erlitten.*)

Im Ganzen läßt sich behaupten, daß die Fabrikation diejenigen Fortschritte gemacht hat, die mit den ihr zu Gebote stehenden Hilfsmitteln sich erreichen ließen.

Als Finanzquelle ist diese Handlung, wie man sieht, unbedeutend; allein sie liefert dasjenige Material, welches zu jeder Kriegsrüstung, jeder Landesvertheidigung unentbehrlich ist, und um hierin nicht vom Auslande abzuhängen, wurde sie bisher beibehalten.

Bergwerke.

3) Wie fast in allen Staaten, sind auch im Kanton Bern die in der Erde liegenden Mineralien als Eigenthum des Landesherrn betrachtet worden,**) und zu ihrer Gewinnung traf die Regierung entweder selbst Anstalten, oder sie konzedierte dieselbe an die sich dazu meldenden Privaten und Gewerkschaften. Bergbau erfordert Kenntnisse, Glück und viel Geld; er kann nur unter dem Schutze der Regierung bestehen; denn der Unternehmer muß vor Beeinträchtigungen sicher seyn; und dieß kann er nicht bei gänzlicher unbedingter Freigebung, sondern nur bei dem System der Konzessionierungen, das aber dann freilich nicht die Vermehrung der Staatseinkünfte, sondern vorzugsweise die Beförderung der Landes-Industrie im Auge haben muß.

*) Diese Erniedrigung ist folgende: Pulver von 70 auf Rp. 58; Schwefel von 41 auf Rp. 15; Potasche von 42 auf Rp. 34; raffinierter Salpeter von 69 auf Rp. 44½; geläuterter Salpeter von 59 auf Rp. 36; roher Salpeter von 45 auf Rp. 28½.

**) Die Verordnung vom 3. März 1804 bestätigte hierin nur die ältern, schon auf die Gewohnheitsrechte des Mittelalters gegründeten Vorschriften.

Die Regierung läßt auf eigene Rechnung einen Schieferbruch bei Mühlenen bearbeiten. Lange Jahre kam hier bloß Verlust heraus; Mangel an Kenntnissen bei den Arbeitern, und äußerst mühsamer Absatz dieses früher bei uns nicht bekannten Dachmaterials; wohl auch zuweilen einige Mißgriffe, waren Schuld daran.

Die Regierung ließ sich aber durch einen erlittenen Verlust von beiläufig Fr. 17,000 nicht abschrecken, da die Gewinnung und Verbreitung dieser Dachbedeckungen an Platz der waldverwüsthenden Ziegelbrennereien zuletzt doch allgemeinen Nutzen hervorbringen mußte. Sie scheint auch nach und nach ihren dabei gehabt Zweck zu erreichen, denn die Bedachung mit Schiefeln verbreitet sich zusehends und die Bestellungen vermehrten sich so sehr, daß man sie oft nur mit Mühe befriedigen konnte.

Die Dachschiefer-Anstalt arbeitet jetzt ohne Verlust; sie deckt ungefähr die Zinsen ihres Ende 1829 Fr. 19,413 Rp. 28 betragenden Kapitals, indem sie auf diesen Zeitpunkt Fr. 923 Rp. 6 Vermögens-Vermehrung darbot, und beschäftigt gegen 60 Arbeiter.

Die Verordnung vom 11. Dezember 1828 über die Bedachungen veranlaßte den Bergrath auf eine größere Ausdehnung der Dachschieferanstalten bedacht zu seyn. Sowohl von Mühlenen her, wo ein dritter Stollen eröffnet wurde, als aus andern Gegenden, wo neue Schieferlager untersucht und abgedeckt wurden, läßt sich nun dieses Dachmaterial in solcher Quantität beziehen, daß für den Bedarf des Kantons und für die Befriedigung der sich stets vermehrenden Nachfragen aus benachbarten Kantonen hinlänglich gesorgt ist.

An konzessionierten Schieferbrüchen bestehen 2 zu Frutigen, 1 zu Wimmis und 1 hinter Lenk; und da man im Oberhasle 3 gute Schieferlager gefunden hat, so wird auch deren Bearbeitung unternommen werden können, wenn das zunehmende Bedürfniß sie fordern sollte.

Im Amt Erlach suchte man auf verschiedene Weise dem Torfgraben hauptsächlich durch Privaten und Korporationen Eingang zu verschaffen; um durch Benutzung eines dort in

großer Menge, obschon von sehr verschiedener Güte, sich vorfindenden Brenn-Materials den Folgen des Holzmangels abzuheilen. Nach langjährigen Anstrengungen und Opfern scheint auch dieß nunmehr gelingen zu wollen; — eine Finanzquelle suchte man nicht darin; vielleicht kann indessen die kleine Abgabe davon, die in 1829, nach Abzug der Kosten, Fr. 273 Rp. 25 abwarf, nach und nach die frühern Kosten ersetzen.

Die Eisenwerke im Leberberg sind die wichtigsten Bergwerke unseres Kantons, und tragen der Regierung eine mäßige Abgabe von Fr. 1594 Rp. 54 ein; die Werke von Undervilliers, Bellefontaine, Courrendelin und Reuchenette sind Privat-Eigenthum; die von einer Solothurnischen Gewerkschaft bei Corcelle bearbeiteten Eisengruben sind in 1825 auf 10 Jahre konzessioniert worden. Durch eine Verordnung vom 18. Febr. 1829 suchte endlich die Regierung die Nachtheile zu vermindern, welche das Erzwäschen für den Landbau der dortigen Gegenden darbieten kann.

Dagegen ist der Bergbau auf Eisen bei Mühlethal, so wie derjenige auf silberhaltigen Bleiglanz in Lauterbrunnen, bereits unter der helvetischen Regierung mit bedeutendem Verlust eingestellt worden. Die Gewerkschaft, welche den letztern betrieb, suchte man im Jahre 1800 durch eine Konzession auf die Steinkohlenlager auf Beatenberg und bei Boltigen zu entschädigen. An ersterm Orte ist der Bergbau bereits seit vielen Jahren wegen Erschöpfung der wenig mächtigen Lager eingestellt worden. Bei Boltigen wird er mit unbedeutendem Gewinn, von welchem nichts in die Staatskasse fließt, schwach fortgesetzt.

Durch die Zunahme des Gebrauchs harter Steine aufmerksam gemacht, suchte die Regierung auch die Gewinnung dieses Materials, durch Anordnung geeigneter Nachforschungen durch Sachverständige und vorläufige Zurichtung der aufgefundenen Brüche, möglichst auszudehnen. Ein Steinbruch auf sogenannten Solothurner Baustein ward im Jahr 1820 bei Lengnau eröffnet. Mehrere Brüche sind am östlichen Ufer des Thunersees, theils neu abgedeckt, theils erweitert und durch Unterstützung der Steinbrecher in bessern Betrieb gesetzt worden.

Von der Huppert-Erden-Grube zu Lengnau, für welche die Regierung unter Reservation von $\frac{1}{3}$ des Gewinnes die dortige Gemeinde konzessionierte, erhält die Standes-Kasse in Folge Uebereinkunft jährlich Fr. 1000.

Für Gultstein; Huppert-Erde, Gyps, Kalk, sogenannten Merligerstein, Golzweyl-Platten, andere Bausteine und Steinkohlen bestehen verschiedene konzessionierte Gewerkschaften, die man, wo es nöthig war, durch Vorschüsse und allerhand Vortheile zu ermuntern suchte. *)

Im Ganzen zieht die Regierung nur äußerst wenig aus dem Bergbau; allein nach und nach kann er dagegen für die Privat-Industrie wichtig werden.

4) Die Salzhandlung bildet einen der wichtigsten und ergiebigsten Zweige unserer Staatseinkünfte und verdient daher in dem gegenwärtigen Finanzberichte eine etwas ausführlichere Darstellung.

Salz-Handlung.

Schwerlich dürfte in der Geschichte unserer Finanz-Verwaltung eine Epoche aufgewiesen werden können, welche in Hinsicht eines einzelnen Zweigs des Staats-Einkommens interessantere Resultate darböte, als diejenige, welche der Zeitraum des gegenwärtigen Berichts in sich faßt, in Bezug auf die während demselben abgeschlossenen Salztraktate und die dadurch erhaltenen Vortheile.

Salztraktate.

Zu Anfang des Jahres 1814 bestanden zwei auf mehrere Jahre hin abgeschlossene Salzlieferungs-Verträge; der eine mit Frankreich für Zentn. 40,000 cum obligo und Zentn. 10,000 sine obligo, zum Preis von Fr. 12 franz. franco nach Wangen oder Rüdau geliefert, der andere mit Baiern, für Faß 5500 cum obligo und Faß 2000 sine obligo, franco Bregenz oder

*) Einige dieser Gewerkschaften, namentlich für die Schieferbrüche zu Golzweyl und die Sandsteingruben in der Stokern, stehen unter der Aufsicht der Baukommission, welche von der Regierung für erstere einen unzinbaren Vorschuß von Fr. 2000 und für letztere von Fr. 12,000 bewirkt hat; diese werden nach und nach aus Grubenlosungen rückbezahlt.

Kindau, zum Preis von Fl. 23 Kr. 15 fürs Faß, zu 515 Pfd. sporco Wiener-Gewicht. — In Folge dieser Verträge, welche beide mit dem Jahre 1815 ihr Ende erreichten, kam das Salz in Wangen und Nidau auf circa Bk. 81 der Zentner Markgewicht zu stehen. — Seit diesem Zeitpunkte wurden mit den beiden genannten Kontrahenten noch verschiedene Verträge, theils auf mehrere, theils aber bloß auf einzelne Jahre abgeschlossen, in denen es beinahe jedesmal den hierseitigen Behörden gelang, die Preise um etwas tiefer zu setzen, bis endlich die Entdeckung und Benützung der so reichhaltigen Steinsalzlager im Württembergischen und Badischen, im Jahr 1824, auch zu Unterhandlungen mit diesen Staaten führten; welche Unterhandlungen mit Württemberg durch Herrn Bürgermeister Herzog von Essingen eingeleitet, durch die wohlwollenden Gesinnungen Sr. Maj. des Königs zu einem für hiesigen Stand sehr günstigen Resultate führten, und die Konkurrenz dermaßen vermehrten, daß nach Abschluß mehrerer vortheilhafter Traktate endlich in den im Laufe des Jahres 1830 mit Württemberg, Baiern, Frankreich und Baden abgeschlossenen Verträgen solche Bedinge erhalten werden konnten, zufolge denen nunmehr das Salz auf folgende Preise*) zu stehen kommt, als:

Der Zentner Markgewicht.

	Murgenthal.		Wangen.		Delsberg.		Pruntrut.	
	Bk.	Kp.	Bk.	Kp.	Bk.	Kp.	Bk.	Kp.
Württemberg. Salz	36.	9.	36.	9.	42.	7.	—	—
Baierisches „	36.	9.	36.	9.	—	—	—	—
Französisches „	—	—	—	—	42.	9.	40.	5.
Badisches „	36.	1.	—	—	42.	—	—	—

Die K. K. österreichische Salinen-Administration in Hall, mit welcher in frühern Zeiten der hiesige Kanton ebenfalls in selten unterbrochenen Verbindungen stand, und mit welcher noch für die Jahre 1818 bis und mit 1820 ein nicht eben günstiger

*) Es ist kaum nöthig zu bemerken, daß diese Preise durch die Fuhrkosten im Innern des Kantons, besonders in die oberländischen Gebirgsgegenden, eine bedeutende Vermehrung erhalten.

Vertrag abgeschlossen wurde, konnte zu den neuern Preisen die Konkurrenz nicht ferners aushalten, daher einstweilen die Unterhandlungen mit diesem Kontrahenten abgebrochen werden mußten. *)

In frühern Jahren war über den jeweiligen Bestand des Salz-Vorrath. Salzvorraths nichts Bestimmtes vorgeschrieben. Je nach den mehr oder minder günstigen Gelegenheiten, die sich zum Abschlusse von Salztraktaten zeigten, wurde derselbe höher oder niedriger gesetzt, daher die bedeutende Verschiedenheit, die in dieser Hinsicht auf den Etats zum Vorschein kommt.**) — Auf den Antrag der außerordentlichen Ständes-Kommission wurde endlich im Jahre 1821 von UnG.Hrn. und Obern der Beschluß genommen: „daß der jeweilige Salzvorrath sich auf circa Zentner 100,000 belaufen solle.“ Obschon nun seither in den Salztraktaten und bei den jährlichen Bestellungen von sine obligo Salz, diese Vorschrift stets im Auge behalten wurde, so war es jedoch nicht immer möglich, selbige pünktlich zu befolgen, und zwar einerseits, weil eine allzu ängstliche Beobachtung derselben öfters nachtheilig auf die Negotiationen bei Salz-Ankäufen wirken mußte, anderseits aber, weil der Salzbedarf niemals zum voraus genau bestimmt werden kann. — Theils um den auf Ende 1830 nur Zentn. 88,400 betragenden Vorrath wieder auf das vorgeschriebene Quantum zu bringen, theils aber um jeder Verlegenheit vorzubeugen, in die man sich späterhin durch allfällige politische Ereignisse und damit verbundene Unterbrechung der Expedition versetzt finden dürfte, hat die Salz-Direktion ihre Salz-Bestellungen für das laufende Jahr im Ganzen auf Zentn. 140,000 festgesetzt.

Im Durchschnitt hat der Salzverbrauch in den letzten 15 Salzverbrauch. Jahren Zentn. 93,600 betragen, woraus sich, da solcher in frühern Jahren auf höchstens Zentn. 75,000 angenommen werden

*) Die Beilage XXXIV liefert eine Uebersicht der von 1814—1830 bestandenen Salztraktate und in denselben bedungenen Salz-Lieferungen.

**) S. Beilage Nro. XXXV.

kann, ergibt: daß derselbe durch die im Jahre 1815 erfolgte Vereinigung des Leberbergs, um Zentn. 18 à 19,000 gestiegen ist. Im Allgemeinen hängt der größere oder kleinere Salzverbrauch von Umständen ab, die sich nicht leicht angeben lassen. Bloß wurde bemerkt, daß in theuern Jahren, so wie auch, wenn die Heuerndte schlecht ausfällt, mehr Salz gebraucht wird, als sonst, und daß seit der Herabsetzung des Preises der Verkauf zugenommen hat.

Abgang.

Der Abgang ist in dem Zeitraum der letzten 17 Jahre auf Zentn. 21,300 angestiegen, was allerdings bedeutend scheint, jedoch auf dem Ankaufsquantum der Zentn. 1,575,400 nicht ganz $1\frac{1}{2}\%$ beträgt. Hierüber ist zu bemerken, daß neben den übrigen Vortheilen, welche die neuabgeschlossenen Salztraktate darbieten, für die Zukunft das deutsche Salz, mit Ausnahme des verhältnißmäßig geringen Quantum, das zu Besatzung eines Theils der leberbergischen Aemter in Basel abgenommen wird, statt, wie in den mit dem Jahre 1830 zu Ende gelaufenen Traktaten stipulirt war, nach Brugg, franco nach Murgenthal geliefert werden muß, wodurch der jederzeit sehr bedeutende Abgang, der sich auf dem Transport von Brugg bis Wangen und Murgenthal erzeugt hat, gänzlich wegfallen wird.

Salzhand-
lungs-Kapital.

Das Salzhandlungs-Kapital findet sich auf 31. Dezember 1830 aus folgenden Bestandtheilen zusammengesetzt, als:

	Fr.	Bg.	Rp.
1) Salzvorrath in kostendem Preis	390,282	5	—
2) Restanz des Salzhandlungs-Verwalters	548,749	—	$8\frac{1}{2}$
3) Restanzen der übrigen Salzbeamten und Faktoren	37,616	3	$7\frac{1}{2}$
4) Erstanzen der oberländischen Auswäger	96,007	—	$5\frac{1}{2}$
5) Erstanzen der untern Auswäger	5,572	4	5
Zusammen	1,078,227	4	$6\frac{1}{2}$
Abzug des Saldo zu Gunsten des königlich baierischen Salzamtes	20,456	8	2
Bleibt	1,057,770	6	$4\frac{1}{2}$

Diese Spezifikation wurde hier nothwendig erachtet, um zu zeigen, daß das Kapital, welches seit dem Jahre 1814 bloß um Fr. 19,761 Bg. 5 Rp. 8 vermindert wurde, obschon der kostende Preis des zufälliger Weise gleich hoch ansteigenden Salzvorraths eine Heruntersetzung von Fr. 340,405 Bg. 2 Rp. 6 ausweist, durch Abnahme eines Theils der so bedeutenden Restanz der Salzhandlungs-Verwaltung füglich um einige 100,000 Franken reduziert werden könnte.— Durch die bei der Erhöhung der Salzauswäger-Löhne, wovon hiernach die Rede seyn wird, getroffene Maßnahme: „diese Erhöhung nur denjenigen Auswägern zufließen zu lassen, die auf Ende jeden Jahres ihre „Restanzen baar ausbezahlt haben würden,“ sind die Erstanzen der untern Auswäger, welche auf 1. Januar 1814 nur auf denjenigen des Bern-Lagers Fr. 107,077 Bg. 4 Rp. 6 betrugen, auf Fr. 5572 Bg. 4 Rp. 5 herunter gebracht worden. Eine gleiche Reduktion der oberländischen Erstanzen konnte aus dem Grunde nicht bewirkt werden, weil nur eine geringe Zahl dieser Auswäger sich jenem Beding unterwerfen wollte: alle übrigen aber, wegen den denselben gestatteten günstigen Zahlungsterminen, verzogen, sich mit dem geringern Salzauswägerlohn zu begnügen, und ihre Erstanzen stehen zu lassen.

Indessen betrugen diese Erstanzen	Fr.	Bg.	Rp.
auf 1. Januar 1814 . .	194,968	5	8
Auf 1 Januar 1831 nur noch .	96,007	—	5½

So daß sich auch auf denselben eine
Reduktion erzeugt von . . Fr. 98,961 Bg. 5 Rp. 2½

Bis und mit dem Jahre 1824 wurde das Salz zum Preis von Fr. 12 für den Zentner verkauft. In Berücksichtigung der um diese letztere Zeit-so günstig abgeschlossenen neuen Salztraktate erkannte der Große Rath am 23. Dezember 1824 eine Herabsetzung dieses Preises vom 1. Januar 1825 an auf Fr. 10 für den Zentner. Es erwahrte sich hier wieder, daß in Finanzsachen eine Verminderung der Ansätze nicht immer eine verhältnißmäßige Verminderung des Ertrags zur Folge hat, so wenig als eine Erhöhung der Ansätze den Ertrag im Verhältniß der

Erlös des
Salz-Verkaufs.

Erhöhung steigert. Ungeachtet nämlich der Salzerlös von 1825 hinweg nicht mehr auf die in den Theuerungsjahren erreichte Höhe von Fr. 1,200,000 stieg, so fiel er doch von 1824 auf 1825 nur um $\frac{1}{11}$, während die Herabsetzung des Preises $\frac{1}{6}$ betrug, und hob sich in den vier letzten Jahren in stets zunehmendem Verhältnisse, so daß er gegenwärtig dem Erlös von 1824 fast gleich kommt. Dieser betrug Fr. 1,011,455 Bk. 4, und der Erlös von 1830 Fr. 1,003,373 Bk. 9.

Transport- und
Verwaltungs-
kosten.

Die Transport- und Verwaltungskosten steigen im Durchschnitt der 17 Jahre auf mehr als Fr. 204,000 jährlich. *) Dieselben umfassen alle Transportkosten des Salzes, von den auf den Etats bezeichneten Abnahmepunkten hinweg, bis in die hiesigen verschiedenen Magazine, und von da bis zu den einzelnen Salzbüten; ferner alle Magazin- und Bureauauslagen, und endlich alle Besoldungen sowohl der Salzbeamten, als aber der 214 Auswäger. — Ungeachtet der bedeutenden Reduktionen, die in den letzten Jahren auf den Kosten der großen Salzspedition gemacht wurden, erscheint verhältnißmäßig von einem Jahre zum andern keine wesentliche Veränderung auf dem Gesamtbetrage der Unkosten, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil nach den im Jahre 1824 abgeschlossenen, und mit dem Jahre 1830 ausgelaufenen Salztraktaten das bedeutendste Salzquantum, statt, wie früherhin, nach Wangen und Nidau, bloß nach Brugg geliefert, mithin die Transportkosten von diesem Orte hinweg bezahlt werden mußten, und so in der vorliegenden Rubrik erscheinen; ein Verhältniß, das sich in den künftigen Rechnungen günstiger stellen wird. — Die im Jahre 1820 herabgesetzte Besoldung der Salzbeamten und Faktoren besteht theils in einem Fixum in Geld, theils in einem kleinen Antheile an dem Handelsgewinne; sie beruht dermalen auf dem Beschlusse der obersten Landesstelle vom 9. April 1823, so wie hingegen die Auswägerlöhne durch Beschluß dieser obersten Behörde vom 3. Februar 1830, in Berücksichtigung der bedeutenden

*) S. Beilage No. XXXVI.

Einbuße, welche die Auswäger bei Heruntersetzung des Salzverkaufspreises durch Verminderung der ihnen auf ihrer Einnahme admittirten Provision erlitten, vom 1. Januar des nämlichen Jahres an, für diejenigen derselben, die jeweilen auf Ende Jahres das ihnen im Laufe desselben gelieferte Salz ausbezahlt haben würden, auf Bk. $7\frac{1}{2}$ von jedem verkauften Zentner Salz erhöht worden sind.

Unter der Rubrik von Extraordinarien kommen sowohl im Extraordinarien. Einnehmen als Ausgeben der Salzrechnungen einige Artikel vor, die zwar in der angehängten Uebersicht *) vollständig stehen, über deren bedeutendste aber hier einige Erläuterungen in möglichster Kürze zu ertheilen sind. Die Verluste auf dem Kurse der zu Bezahlung der Salzkäufe erstandenen auswärtigen Wechsel stiegen 1814 bis 1830 auf Fr. 63,703 Bk. 6 Rp. 4; eine Summe, die auf den ersten Anblick auffallen kann, worüber indessen zu bemerken ist, daß besonders zu der Zeit, wo die stärksten Salzzahlungen an Frankreich geleistet werden mußten, die obwaltenden Verhältnisse der Salzhandlung keineswegs günstig waren, indem damals der Wechselkurs auf Paris jederzeit sehr hoch stand. Minder ungünstig dürften in Folge der durch die neuesten Münzoperationen **) bewirkten Verbesserung unsers Münzfußes, die daherigen Resultate für die Zukunft ausfallen, was schon daraus hervorgeht, daß ein im Einnehmen verrechneter Gewinn von Fr. 1497 Rp. 7 ausschließlich von den im Jahre 1830 statt gefundenen Wechselankäufen herrührt. In Geldstagen von Beamten, Auswägern u. s. w. ist ein Betrag von Fr. 29,358 Bk. 2 Rp. 8 zu Verlust gegangen; wenn dabei der bedeutende Geldverkehr der Salzhandlung, so wie die große Anzahl von Unterbeamten, die sich damit zu befassen haben, in Betrachtung kommen, so wird auch dieser Artikel zu keiner strengen Rüge Anlaß geben. Die Entschädigung von Fr. 59,000 an die Stadt Biel beruht auf einer schon andermwärts berührten Uebereinkunft, als Folge

*) S. Beilage Nro. XXXV.

**) Ueber dieselben wird in dem nachfolgenden Abschnitte berichtet werden.

der in der Vereinigungs-Urkunde vom Jahre 1815 erteilten Zusicherung; die mit Fr. 22,735 Rp. 89 angesetzten Zinse von angeliehenen Kapitalien, auf dem durch Beschluß des Großen Rathes vom 20. April 1820 zu Bestreitung der damaligen großen Salzankäufe angeordneten außerordentlichen Anlehn. Die ebenfalls kraft der Beschlüsse dieser obersten Landesbehörde vom 9. April 1828 und 18. Dezember 1829 für den Landankauf und den Bau des neuen Salzmagazins in Murgenthal verwendete Summe von Fr. 16,207 Rp. 38 dürfte durch die bedeutenden Vortheile, welche die daherige Einrichtung der Salzhandlung schon gebracht hat und ferner noch bringen wird, bereits zum größern Theil wieder in ihre Kasse geflossen seyn. Nach der frühern Einrichtung mußte nämlich der bedeutendste Theil des in den Kanton gelangenden Salzes von der Hauptstraße ab, nach Wangen; und derjenige, so zu Versorgung der längs der nordöstlichen Grenze gelegenen Ortschaften bestimmt war, von da wieder zurück gebracht werden; da hingegen nunmehr durch die an der äußersten Kantons-Grenze errichtete Ablage in Murgenthal, das Salz mit bedeutender Ersparniß auf den Transportkosten von da aus in allen Richtungen vorwärts ins Innere des Landes versendet werden kann. Dem Ankauf einer Liegenschaft in Pruntrut, welche Fr. 5354 Bk. 7 gekostet, lag nicht sowohl ein pekuniärer Vortheil, als vielmehr die Verhütung von unbeliebiger Berührung mit dem an die Salzfactorei anstoßenden Eigenthümer zum Grunde.

Reiner Ertrag.

Als Schluß zu dem gegenwärtigen Berichte über die Salzhandlung mag bemerkt werden, daß, obschon auf der Darstellung des reinen Ertrags, so wie sie in der beigefügten Uebersicht geliefert wird, der jeweilige Zinsbetrag des in der Salzhandlung gelegenen Kapitals nicht abgezogen worden ist, derselbe nichts desto weniger, besonders durch den Umstand, daß dieser Zweig des Staatseinkommens seit 1822 von Jahr zu Jahr zugenommen, und endlich im Jahre 1830 mit einem Handlungsfonds, der, wie bereits gezeigt worden, ohne Inkonvenient bedeutend reduziert werden könnte, auf Fr. 423,992 Bk. 3 angestiegen ist, ein sehr erfreuliches Resultat darbietet. Durch die im Jahre

1824 erkannte Heruntersetzung des Verkaufspreises, auf einem zu 100,000 Zentner berechneten Salzverbrauche ist dem Lande eine jährliche Erleichterung von Fr. 200,000 verschafft worden, und die neuesten, erst mit dem laufenden Jahre ihren Anfang nehmenden Salztraktate lassen, durch die darin ausbedungenen wesentlichen Vortheile, auch für die Zukunft einige Zunahme des Ertrags erwarten.

k. M ü n z r e g a l e.

Die Geschichte des Münzwesens in der Schweiz zeigt seit Jahrhunderten die Verwickelungen und Schwierigkeiten, welche aus Mangel an Uebereinstimmung und festen Grundsätzen über diesen wichtigen Zweig der Staatsverwaltung die Aufmerksamkeit der obersten Bundesbehörden und der einzelnen Stände so oft und meist so fruchtlos in Anspruch genommen, und so vielen Anlaß zu Unzufriedenheit, in älterer Zeit selbst zu offener Fehde gegeben haben. Bald wurden fremde Münzsorten zu hoch oder ungleich gewürdigt, und wenn sie in ihrer Heimath eine Herabsetzung oder gar Entwerthung erlitten, nicht schnell genug durch eine verhältnißmäßige Taxation verdrängt oder unschädlich gemacht; bald ließen sich einzelne Kantons-Regierungen durch den Gewinn, welchen die Ausmünzung der geringhaltigen kleinen Silber- und Kupfersorten darbot, zu Operationen verleiten, die, weit über den Bedarf hinausgehend, in Kurzem ein Uebermaß von Scheidemünzen herbeiführten, dessen nachtheilige Folgen das Publikum belästigten, und zuletzt von den Regierungen selbst große Aufopferungen zur Abhülfe erforderten.

Münzwesen
vor 1814.

Auch in dem Kanton Bern waren Erscheinungen dieser Art nicht selten gewesen. Die Verordnung von 1652, wodurch seine Scheidemünzen auf die Hälfte des Nennwerths heruntersetzt, und nur drei Tage Frist für deren Abnahme in den öffentlichen Kassen gestattet wurden, bildete einen Hauptpunkt unter den Beschwerden der damaligen Unruhestifter. Noch im Laufe des abgewichenen Jahrhunderts mußte 16 Jahre lang an der Einwechslung übermäßiger Scheide- und Kupfermünzen

gearbeitet werden;*) auch die Werthung der fremden, besonders der französischen Gold- und Silberforten beschäftigte die Behörden zum öftern. — Indessen befand sich das Bernische Münzwesen in dem leztten Jahrzehend vor der Revolution in einem wohlgeregelten Zustande; die Regierung konnte, bei damals durch die Zeitumstände begünstigten Ankäufen von beträchtlichen Parthien edler Metalle, jährlich feinhaltige grobe Gold- und Silberforten in hinreichenden Quantitäten ausmünzen, und selbst die gar nicht sparsam ausgeprägte Scheidemünze, besonders in ihren kleinsten Fraktionen, war im Auslande sehr beliebt.

Die helvetische Regierung benutzte das Münzregale als eine Finanzquelle, und vermehrte durch unzeitige Ausprägungen die umlaufende geringhaltige Scheidemünze. Auch nach 1803 folgten viele Kantonsregierungen diesem Beispiele; selbst Bern ließ zu verschiedenen Malen von diesen geringen Geldforten ohne eigentliches Bedürfnis ausmünzen.***) So vermehrte sich nach und nach das Uebermaß der Scheidemünze, und in demselben Verhältnisse begannen die groben Sorten in- und ausländischen Gepräges im Preise zu steigen, oder zu verschwinden. Letztere wurden überdies in den einzelnen Kantonen, je nach den dort bestehenden Rechnungsmünzen und Lokalverhältnissen ungleich gewürdigt.***) Das Uebel stieg mit jedem Jahre höher, und erzeugte laute Klagen. Vergeblich waren alle Bemühungen der

*) 1740 — 1756. Ueber das Münzwesen im Kanton Bern, 1787, S. 43.

**) Fr. 337,337 in kleinern Münzforten als das Frankenstück; Waadt hatte noch mehr, nämlich Fr. 345,592 Bk. 3; Aargau, Fr. 190,597 Bk. 2 in solchen Sorten ausprägen lassen, deren Totalsumme in allen Kantonen, laut den Etats, welche der Tagsatzung im Jahre 1811 vorgelegt wurden, auf Fr. 2,170,447 Bk. 2 anstieg. Die Ausprägungen in Sorten von dem Frankenstück aufwärts waren verhältnismäßig unbedeutend; sie wurden damals auf Fr. 141,261 angegeben.

***) Ein gehaltreicher Aufsatz über das schweizerische Münzwesen in der schweizerischen Monats-Chronik, Febr. 1830, weist 6 — 7 solcher verschiedenen Werthungen nach.

Tagelagerung, welche 1804 einen schweizerischen Münzfuß aufgestellt hatte, der auf das französische System berechnet war, aber nie zur Ausführung kam. *) Nach einer Reihe von alljährlich wiederkehrenden, zu keinem Resultate führenden Berathungen mußte die oberste Bundesbehörde sich im Jahre 1812 begnügen, den Ständen die Abschließung von Münzkonfordinaten zu empfehlen. — In dieser ungünstigen Lage befand sich unser Münzwesen bei dem Antritte der gegenwärtigen Regierung.

Ihre Bestrebungen giengen sofort dahin, dem Uebel zu steuern. Da die Abschließung eines Konfordinats mit andern Kantonen lange nicht gelingen wollte, so machte sie zuerst den Versuch, ob der Kanton Bern sich allein helfen könne. Es war richtig berechnet worden, daß Bern nicht am Uebermaß eigener Scheidemünze leide, sondern an dem Eindrang der in andern Kantonen, besonders in den östlichen, vom Fünfbagenstück abwärts ausgeprägten Sorten, welche in ihrer Heimath selbst, weil sie nicht zu dem dortigen Reichsguldenfuß paßten, nicht beliebt waren, hier aber mit Vortheil umgesetzt werden konnten, und daher aus Spekulation eingebracht wurden. Diese auswärtige Scheidemünze zu verdrängen, war der Zweck der im Jahre 1816 erlassenen Münzverbote. Bis zum 1. August desselben Jahres konnte sie in den obrigkeitlichen Kassen ausgewechselt werden, **) auf spätere Ausgabe stand Konfiskationsstrafe, die nachwärts bis auf eine Buße vom zehnfachen Werthe des ausgegebenen Betrags verschärft wurde. Eine neuere Verordnung hob jedoch diese Buße wieder auf, und bestellte dagegen eigene Auswechsler, welche die verbotenen Sorten gegen einen verhältnißmäßigen Abzug in Empfang nehmen, und aus dem Lande schaffen sollten. Alle diese Verfügungen gewährten einige augenblickliche Erleichterung, vermochten aber das Uebel nicht zu

13. Juni 1804.

Münzverbote.

3. Juni 1816.

3. März 1817.

25. Juni 1823.

*) $127\frac{19}{80}$ Gr. f. S. für einen Schweizerfranken, oder 1 Fr. — $1\frac{1}{2}$ französische Franken. 1 Mk. f. S. = Fr. $36\frac{1}{5}$.

**) Es wurde damals für eine Summe von Fr. 366,342 Rp. 91 Scheidemünze eingewechselt und theils an die Abtragung der helvetischen Schuld verwendet.

heben, weil der Hauptgrund, die allzugroße Menge von Scheidemünze, fortbestand, und weil der Kanton einzig, begrenzt von sieben Mitständen, welche nicht die nämlichen Anstalten getroffen hatten, durch den täglichen Verkehr beinahe in die Unmöglichkeit versetzt war, das Verbot genau zu befolgen; daher auch die Handhabung desselben von Seite der Behörden sehr schwierig wurde, und zu mancherlei Beschwerden Anlaß gab.

Ausmünzungen
seit 1814.

Unterdessen war auf der Tagsatzung am 14. Neumonat 1819 eine neue, den bestehenden Verhältnissen angemessenere Bestimmung über den schweizerischen Münzfuß verabredet worden,*) deren Befolgung sich die Münzkommission bei den hiesigen Ausmünzungen stets zur Pflicht machte. Diese Ausmünzungen bestanden zum größten Theil in Goldstücken, als doppelten, einfachen und halben Duplonen, vierfachen, doppelten und einfachen Dukaten, die ausschließlich zu Prämien bei den jährlichen Viehschauen und bei andern Anlässen, Kunst- und Industrie-Ausstellungen, Ermunterungen inländischer Fabrikationszweige u. dgl. verwendet wurden; die in Silber ausgeprägten Vierfrankenstücke hatten gleiche Bestimmung, und alle diese Sorten gehörten eher in die Klasse der Medaillen, so wie ihre Ausprägung der Regierung keinen Gewinn brachte, sondern mit Zubuße von Kosten verbunden war. In kleinern Silberforten wurde von Zeit zu Zeit auf das ausdrückliche Begehren von Gemeinden, welche zum Behuf der Schulpreise für ihre Kinder neues Geld zu erhalten wünschten, oder der Bäckermeister, welche sich über Mangel an Rappen beklagten, eine kleine Ausmünzung veranstaltet, die theils gar nicht in den Verkehr kam, theils nur dessen Beförderung bezweckte. Laut einer genauen Uebersicht**) betrugen die Ausmünzungen, von 1814 bis und mit 1830:

*) $125 \frac{1534}{3000}$ Gr. f. S. auf 1 Schweizerfranken, nach dem Verhältnisse von 2 Fr. = 3 livres Tournois. Das Konkordat besteht unter 19 Ständen.

**) S. Beilage No. XXXVII.

	Fr.	Bk.
in Gold	93,872.	—
in Silber, an Vierfrankenstücken	36,692.	—
„ „ „ Frankenstücken	947.	—
„ „ „ kleinern Sorten	75,202.	-6

Zusammen 206,713. 6.

Außer dieser eigentlichen Geldfabrikation lieferte die Münz-
statt noch für einen Werth von Fr. 62,751 Rp. 28 verschie-
dene Sorten von Medaillen, als Sechszehner-Pfennige, Schul-
prämien, akademische Preise, Verdienstmedaillen, und von ganz
neuem Gepräge: die bei Anlaß der Reformationsfeier ausgetheil-
ten kleinern Medaillen mit dem Bildnisse Berchtold Hallers
und mit der aufgeschlagenen Bibel, und die auf Veranstaltung
des Justizrathes geschlagene große Medaille mit der Umschrift:
„Dem Retter eines Menschenlebens.“ *)

Endlich, nachdem die Tagsatzung wiederholt zu Bildung von Münzvereinen zwischen gleich theiligten Ständen aufge-
fordert hatte, traten im April 1825, nicht ohne thätige Ein-
wirkung des unlängst verstorbenen Rathsherrn von Mutach,
Abgeordnete der Stände Bern, Freiburg, Solothurn, Basel,
Aargau und Waadt zusammen, und vereinigten sich zu einem
Konfödate, dessen wesentliche Grundsätze folgende sind:

Münz-Konfö-
dat.

1) Als Münzfuß wird der von der Tagsatzung im Jahre
1819 aufgestellte schweizerische Münzfuß anerkannt.

2) Die Werthung aller einheimischen und fremden Gold-
und Silbersorten soll nach diesem Münzfuß festgesetzt werden.

3) Die konfödirenden Stände verpflichten sich, dem Tag-
satzungs-Konklusum vom Juli 1824 gemäß, binnen einem Zeit-
raum von 20 Jahren sich der Ausprägung von Scheidemünzen
unter dem Franken zu enthalten.

*) Bei den in unserm Lande sehr häufigen Unglücksfällen wird diese
Medaille, je nach den Umständen, statt der sonst üblichen Geld-
belohnungen, ausgetheilt. Sie ward lezthin einem hiesigen Stadt-
bürger zu Theil, der schon mehrere Kinder aus der Ar gerettet
und aus Bescheidenheit nichts davon gemeldet hatte, bis es bei
einem neuen Anlaß zur Kenntniß der Behörde gelangte.

4) Dieselben verpflichten sich ferner, an helvetischer Münze nach dem Antheile der konfordirenden Stände an dem auf Fr. 320,000 angenommenen Betrage dieser Münze Fr. 180,792 an eigener Münze „ 568,700 jene zu $\frac{1}{3}$ Silber, $\frac{2}{3}$ Kupfer, diese zu $\frac{1}{4}$ Silber und $\frac{3}{4}$ Kupfer in 5 Jahrzielen, aus dem Umlauf zu ziehen, und einzuschmelzen.

5) Der Münzbedarf des Konfordatskreises von Fr. 3,816,000, welcher nach der Bevölkerungsscala vom Jahr 1817, und nach dem Maßstabe von Fr. 5 für den Kopf ausgemittelt worden, soll mit einem gemeinsamen Konfordatsstempel umgeprägt werden.

6) Alle dem Konfordatskreise fremde Scheidemünze ist verboten.

Die Leistungen, welche dem hiesigen Stande in Folge dieses Konfordats aufzielen, waren allerdings bedeutend, wie der nachfolgende Bericht über die Einschmelzungs- und Umprägungsoperationen zeigen wird.

Münzschmelzungen.

An helvetischer Münze hätte der Antheil Berns nach der eidgenössischen Scala von 1803 betragen . . . Fr. 59,710 die Einschmelzung stieg aber wegen des Zudrangs, sich dieser Münze zu entledigen, auf . . . „ 104,360 überstieg also das hierseitige Kontingent um . . Fr. 44,650

Bei dem Verkauf erzeugte sich gegen den Nominalwerth ein Verlust von beiläufig 11 Prozent auf den Silbersorten, und von 40 bis 46 Prozent auf der Kupfermünze, je nach der mehrern oder mindern Abgeschliffenheit der Münze bei jeder Schmelzung, so wie nach dem Verhältnisse, in welchem sich ganze oder halbe Bagen dabei vorfanden.

Wenn die von der Tagsatzung beschlossene und eingeleitete Liquidation der gesammten helvetischen Münzmasse beendigt seyn wird, so ist zu erwarten, daß obiger Ueberschuß von denjenigen Ständen, welche zu wenig eingeschmolzen, werde vergütet werden. Da sich aber eben bei dieser eidgenössischen Liquidation eine viel größere Münzmasse erzeugt hat, als die der konfordatmäßigen Scala zum Grund gelegte Summe von Fr. 320,000,

so könnte sich jener Ueberschuß auf eine geringe Summe reduzieren.

An Bernischer Münze betrug das hierseitige	Fr.	Rp.
Kontingent	346,000.	—

Es sind aber bis Ende Jahrs

1830 eingeschmolzen wor-	Fr.	Rp.
den: an Silbermünze .	237,827.	50
„ Kupfermünze .	267,282.	93
	<u>505,110.</u>	<u>43</u>

also mehr als das Kontingent 159,110. 43

Dieser Mehrbetrag besteht ausschließlich in Silbermünze.

So wie nämlich Münze in die Münzstatt floß, ward dieselbe sorgfältig sortirt. Was umprägungsfähig war, ward zu diesem Endzweck auf die Seite gelegt, und nur derjenige Theil in den Tiegel geworfen, welcher aus abgeschliffenen, unbrauchbaren Stücken bestand. Bei dieser Sortirung zeigte sich nun schon im Anfang eine viel größere Menge abgeschliffener Silbermünze, als man vermuthet hatte.

Nach genauer Nachfrage bei den Münzstätten Frankreichs und Deutschlands, wo das aus diesen Schmelzungen hervorgegangene Metall am vortheilhaftesten abgesetzt werden könnte, ward das Silber mit einer Einbuße von $11\frac{1}{3}\%$ und das Kupfer mit einer Einbuße von 25 bis 31 %, das erstere nach Paris, das zweite in die Münzstätten von Karlsruhe, München und Stuttgart verkauft.

Da der Staat nicht im Fall seyn konnte, eine Ausmünzung grober Silberforten im Großen unter den jetzigen Münzverhältnissen, wo sie nicht ohne Verlust zu bewerkstelligen wäre, zu veranstalten, und da er durch das Konfordat sich jeder Ausprägung von Scheidemünze auf eine Reihe von Jahren zu enthalten gebunden ist, so hatte die Regierung vorgezogen, das Produkt aller dieser Münzschmelzungen von nun an, wenn auch mit einigem Verluste, zu verwerthen, anstatt dasselbe, als ein sehr beträchtliches todes Kapital in den Gewölben der Münzstatt aufbewahren zu lassen.

umprägung.

Von den Fr. 3,816,000, welche als der ausgemittelte Münzbedarf, nach Ablauf der fünf Konfordsjahre, im Konfordsfreise in Zirkulation verbleiben sollen, fallen auf Bern, im Verhältniß seiner Bevölkerung nach der angenommenen eidgenössischen Scala von 291,000 Seelen, à Fr. 5 . . . Fr. Rp.

für den Kopf. 1,456,000. —

welche nach den Konfordsbeschlüssen zur Hälfte

in Silber und zur Hälfte in Kupfer um-

geprägt werden sollen. Auf Ende Jahrs

1830 befanden sich umgeprägt 759,394. 40

so daß noch umzuprägen bleiben 696,605. 60

Die Fortschritte der Umprägung waren langsamer, als die der Einsmelzung, weil eines Theils eben wegen der größern Menge der abgeschliffenen Sorten, die eingeschmolzen werden mußten, und andern Theils wegen der wirklichen Verminderung der umlaufenden Scheidemünze, sowohl der Geldwechsel mit den übrigen konfordinenden Ständen, als die Sortierung in den obrigkeitlichen Kassen von Jahr zu Jahr weniger umprägungsfähige Münze in die Münzstätte abliefern. Indessen wird die Sortierung, eben der restanzlichen Umprägung wegen, noch fortgesetzt, und eben so die Einsmelzung des noch immer zum Vorschein kommenden unbrauchbaren, unkenntlichen Geldes; denn die Regierung hielt es für ihre Pflicht, alle solche Münze, welche durch die Zeit in ihrer Eigenschaft sich verschlechtert hat, und nicht mehr ihren Nennwerth repräsentirt, aus dem öffentlichen Umlaufe zu ziehen.

Die Kosten beider Operationen sind folgende:

A. Sortierung:

Fünfbazen- und Zehnkreuzerstücke $\frac{1}{4}$ Prozent

Bazen und Halbbazen . . . $\frac{1}{2}$ „

B. Umprägung,

worunter das Ausglühen, Weißsieden, Rordonnieren, sammt Stempel und Gravüre begriffen:

der Fünfbazenstücke . . . $1\frac{14}{100}$ Prozent

„ Zehnkreuzerstücke . . $1\frac{20}{100}$ „

der Bagen $3\frac{13}{100}$ „
 „ halben Bagen $5\frac{84}{100}$ „

also im Durchschnitt $1\frac{599}{731}$ Prozent.

Nach einem genauen Auszug aus den Rechnungen belaufen sich auf Ende Jahrs 1830 die auf den Stand Bern durch obige Münzoperationen gefallenem Gesammtkosten oder Verluste:

Im Jahre 1827 auf . . .	Fr. 75,966 Rp. 04
„ „ 1828 „ . . .	„ 39,001 „ 05
„ „ 1829 „ . . .	„ 40,241 „ 74
„ „ 1830 „ . . .	„ 15,275 „ 20

also zusammen auf . Fr. 170,484 Rp. 03

So bedeutende Opfer bedürfen einer Nachweisung der Gründe, warum sie geleistet worden; welches am besten durch eine kurze Darstellung der Zwecke des Münzkonfordsats, der Mittel zu ihrer Erreichung, und endlich der daraus hervorgegangenen Vortheile geschehen mag.

Die Ursache der großen Unordnung in unserm Münzwesen lag, wie schon bemerkt worden:

- 1) in der außer allem Verhältniß mit dem Bedürfniß im Umlauf befindlichen Masse der Scheidemünze;
- 2) in der dadurch herbeigeführten allzuhohen Werthung der groben Geldsorten.

Die einzig richtigen Mittel, diesen Uebeln zu steuern, waren, nach den gemachten vielfältigen Erfahrungen:

- a) Aufstellung eines möglichst guten, unsern Bedürfnissen entsprechenden Münzfußes;
- b) Verminderung der Scheidemünzmasse auf den Bedarf;
- c) Werthung der groben Sorten nach jenem Münzfuß.

Unbezweifelt schien nun derjenige, 1819 von 19 Ständen angenommene Münzfuß den Vorzug zu verdienen, welcher den Schweizerfranken zu $125\frac{1543}{3000}$ Gran fein Silber zur Basis hatte, weil er mit dem gegenwärtigen Münzfuß Frankreichs, von welchem Lande die westlichen Kantone der Schweiz die meisten groben Sorten beziehen, in einem Verhältniß steht. 27 Schweizerfranken sind bekanntlich gleich 40 französischen

Franken, oder 4 Schweizerfranken sind gleich 6 livres Tournois. In einem noch nähern Verhältnisse wäre zwar derjenige oben bezeichnete, um $1\frac{1}{4}\%$ schwerere Münzfuß gestanden, welchen die Tagsatzung unter dem gewichtigen Einfluß des Mediators angenommen hatte. Allein die Erfahrung hatte gezeigt, daß dieser Münzfuß für die Schweiz zu schwer sey, und überhaupt nicht für ihre Münzverhältnisse passe; daher auch die Tagsatzung an seine Stelle denjenigen zum schweizerischen Münzfuß festgesetzt, welcher nunmehr auch von dem Konkordate angenommen worden ist.

Nur Gold- und Silbergeld bestimmt, wie allgemein bekannt, den eigentlichen Kapitalwerth aller Dinge; die Scheidemünze ist ein Ausgleichungszeichen. Es muß demnach in einem Staat ein Verhältniß zwischen der Menge des Silbergeldes zu der Scheidemünze bestehen. Dieses Verhältniß wird auf eine für Kapitalzahlungen und für den Handel mit dem Auslande nachtheilige Weise gestört, wenn zu viel Scheidemünze vorhanden.

Da Letzteres nun bei den konkordirenden Kantonen der Fall war, mußten sie auf Verminderung derselben auf den Bedarf bedacht seyn. Dieser ist nach den Umständen verschieden. Das Konkordat hat den Maßstab von Franken 5 für den Kopf nach einer Berechnung angenommen, welche der im Geldverkehr am meisten Erfahrung besitzende Stand Basel lieferte, und deren Resultat diesem Maßstabe gleich kam, nach welchem dann auch die Summe des einzuschmelzenden Münzguts ist bestimmt worden.

Was die Werthung der groben Sorten betrifft, so sind die einheimischen nach ihrem Schrot und Korn folgerecht mit dem angenommenen Münzfuß ihrem Nennwerthe gleich gewürdigt worden. Die ausländischen groben Sorten aber mußten, in Befolgung der nämlichen Grundsätze, etwas niedriger gewerthet werden, als der Kurs, zu welchem sie vor der Münzverbesserung im Umlauf waren, namentlich der französische Sechsfranken-Thaler auf 39 statt 40 Bagen. Nach der nämlichen Berechnung beträgt der Werth des französischen Fünffranken-

Stück nur 33 Bg. $7\frac{1}{2}$ Rp., und des Kronen- oder sogenannten Brabänter-Thalers 38 Bg. 5 Rp. *)

Die Hauptmotive, warum die fremden groben Sorten nicht höher gewerthet worden, ergeben sich zum Theil schon aus dem vorher Gesagten; sie sind kurz folgende:

1) Es ist ein durchgängig angenommener monetarischer Grundsatz, daß in einem wohlgeordneten Münzsystem die groben Geldsorten dem Korn und Schrot, d. h. ihrem innern Werthgehalte nach, einem gleichen Gewichte des edeln Metalls, aus dem sie gemünzt sind, möglichst gleichkommen sollen. Um diesem Erforderniß zu entsprechen, mußten diese groben Sorten folgerecht mit dem oberwähnten Münzfuße taxirt werden, da derselbe als Basis einen angemessenen Feingehalt aufstellt, und wie bereits gemeldet worden, sich insbesondere dem westlichen Theil der Schweiz nach den darüber angestellten sorgfältigsten Untersuchungen und Erfahrungen am meisten empfiehlt.

2) Verfehlt ein Staat gegen diesen Grundsatz und setzt einen höhern Nebenwerth der groben Sorten fest, als ihnen nach obigen Bestimmungen zukäme, so greift eine solche Maßregel

*) Konkordatsmäßige Werthung der groben Sorten.

	Schrot.	Titre.	Korn.	Gewerth. zu
	Gran.	Loth Kar.	Gran f.	Fr. Rp.
Doppelter schweizer. Louisd'or	288.	$21\frac{19}{32}$.	259.	32. —
Einfacher „ „	144.	id.	$129\frac{1}{2}$.	16. —
Doppelter französ.	286.	id.	259.	31. 86
Einfacher „ „	143.	id.	$129\frac{1}{2}$.	15. 90
Französisches 40 Frankenstück	242.	$\frac{9}{10}$ f.	$218\frac{2}{3}$.	27. —
„ 20 „	121.	id.	$109\frac{1}{3}$.	13. 50
„ 5 „	471.	id.	424.	3. $37\frac{1}{2}$
Schweiz. Neuthaler	552.	$14\frac{1}{2}$ Lth.	501.	4. —
Französ. „ od. Sechslivstck.	542.	id.	488.	3. 90
Schweizer. Zweifrankenstück .	276.	id.	$250\frac{1}{2}$.	2. —
„ Einfrankenstück .	138.	id.	125.	1. —
Österreichischer .	Kronenth. 554.	14.	484.	3. 85
Baierischer . .				
Württembergischer				
Badenscher . .				

gewaltsam in das Eigenthum ein, indem sie den Gläubiger um einen Theil seiner Ansprache zu Gunsten des Schuldners ver-
fügt. Der Werth aller Kapitalien und Grundstücke wird um
so viel verringert. Alle Bedürfnisse aus dem Auslande müssen
theurer bezahlt werden, weil eine schlechtere Valuta oder Zah-
lungsart eingeführt worden.

3) Findet einmal eine Erhöhung des Nennwerths der
groben Sorten statt, so ist, wie die Erfahrung lehrt, keine
Schranke mehr, daß in Kurzem nicht eine neue Erhöhung her-
beigeführt wird; und das Capital-Vermögen bleibt dergestalt
immer zunehmender Verschlechterung ausgesetzt.

Wenn es also, um diesen Uebeln zu entgehen, in der
Pflicht der Regierung lag, eine richtige Würdigung der groben
Sorten in dem angedeuteten Sinn auch gesetzlich aufzustellen,
so wird hingegen immerhin in unserm Lande, neben den Capi-
tal- oder gesetzlichen, noch ein Current- oder konventioneller
Fuß auf einige Zeit bestehen.

Die Scheidemünzmasse ist noch nicht ganz auf denjenigen
Betrag herabgesunken, daß sie gesucht wird, und daß z. B.
39 Bk. so gern genommen werden, wie ein Brabänter-Thaler.
Im Handel wird es immerhin Sache des Käufers und Ver-
käufers seyn, die groben Sorten nach derjenigen Valuta abzu-
nehmen, um welche sie übereingekommen. Ein solches Agio
wird, je nach dem mehrern oder mindern Begehren oder Aus-
bieten einer groben Sorte zu- oder abnehmen. — Die gesetzliche
Werthung endlich einiger Sorten enthält Brüche, welche die
Bequemlichkeit leicht in eine runde, meist höhere Zahl auszu-
gleichen verführt wird.

Allein dieser Unterschied zwischen dem gesetzlichen und Cur-
rentfuße muß sich immer mehr ausgleichen und zusammenfallen,
so wie durch Beendigung der konfordsmäßigen Münzschmelzun-
gen im ganzen Konfordskreise die Masse der Scheidemünze
dergestalt sich vermindert haben wird, daß sie sich auf den aus-
gemittelten Münzbedarf beschränken, in ein richtiges Verhältniß
zu den groben Sorten kommen, und mithin dieselben in solcher

Menge herbeiziehen wird, daß sie nicht mehr gelten werden, als die gesetzliche Valuta.

In unserm Kanton ist die Werthung der groben Sorten, so wie sie die obstehende Konfordatstabelle ausweist, allbereits gesetzlich eingeführt, mit Ausnahme des Fünffrankenstücks und des Brabänterthalers, welche nach Mitgabe der diesorts durch einen Artikel des Münzkonfordats den Ständen eingeräumten Befugniß einstweilen noch, ersteres zu Bz. 34, und letzterer zu Bz. 39 gewerthet sind. Diese von dem Großen Rathe am 5. Februar 1830 angenommene Werthung ist auch diejenige, welche in den Kantonen Freiburg, Solothurn, Genf und Wallis besteht; nur Basel ist bei seiner niedrigeren, Waadt aber bei seiner höhern geblieben.*)

Es ist unstreitig, daß, wenn auch aus den angeführten Ursachen der Zweck des Münzkonfordats noch nicht vollständig in Erfüllung gegangen, doch seine wohlthätigen Folgen im ganzen Lande schon verspürt werden.

Vor Allem aus ist dasselbe nicht mehr mit dem Ueberschwall von Scheidemünze belästigt, welcher noch vor wenigen Jahren das Land überschwemmte, jede Zahlung erschwerte, die groben Sorten entweder verdrängte, oder ihnen einen Mehrwerth beilegte, welcher mit ihrem innern Metallwerthe nicht im Verhältnisse stand.

Die helvetische Münze, eine heimathlose und geringhaltige Geldsorte, ist ganz aus dem Umlauf verschwunden; man könnte das Gleiche von der schlechten Scheidemünze der östlichen Schweiz sagen, wäre es besonders den Ortschaften an der Grenze gegen Luzern, welcher Stand dem Konfordate zum großen Bedauern der konfordierenden Kantone noch nicht beigetreten ist, nicht fast

*) Die einfache Annahme des französischen Münzfußes, unstreitig die gründlichste Entwirrung unserer monetarischen Verhältnisse, wurde in der letztjährigen Konferenz neuerdings besprochen, aber wegen den weitaussehenden Folgen nicht auf den daherigen Vorschlag eingetreten. Bern und Solothurn hatten für denselben gestimmt. Vorschläge zur Ausführung findet man in Hrn. Münzmeisters Fueter „Gedanken zu einem Münzsystem,“ Bern 1823.

unmöglich, bei ihrem täglichen Verkehr strenger an der Vorschrift des Konkordats zu halten, welches ihnen zwar gestattet, die luzernische Münze abzunehmen, ihnen aber untersagt, dieselbe weiter ins Innere unsers Kantons zu werfen.

Statt der zum großen Theil abgeschliffenen eigenen Scheidemünze wird in Kurzem nur eine Auswahl der besterhaltenen Sorten, und zwar nur in dem ausgemittelten Münzbedarf die Umlaufsmasse bilden. Sie ist, gleich derjenigen der übrigen konfordierenden Stände, mit einem eigenen Gepräge versehen worden, damit sie leicht von dem verbotenen Münzgut unterschieden werden könne, und das Einschwärzen des letztern verhindere.

Die groben Sorten erscheinen wieder in vermehrter Zahl in der Zirkulation, und das Agio auf denselben ist bedeutend herabgesunken.

Es ist mithin der bisherigen großen Zerrüttung unsers Münzwesens Einhalt gethan, und alle Vorbereitungen sind getroffen, um unser Land der anerkannten großen Wohlthat eines guten Münzsystems wieder theilhaftig zu machen.

Es soll auch nicht vergessen werden, mit welcher Bereitwilligkeit das Land bei Einführung des Konkordats zu der mit Verlust begleiteten Auswechslung der außer Kurs gesetzten Scheidemünze *) aus den nicht konfordierenden Kantonen sich verstanden, und seither überhaupt, im richtigen Gefühl des jetzigen bessern Zustandes, dem Eindrang dieser verrufenen Scheidemünze widerseht hat.

Vorkehrungen gegen die französischen Neuthaler.
12. Sept. 1810.

Ein letzter Gegenstand, welcher die Münzbehörde vielfach beschäftigte, war die Vorkehr wegen der französischen Sechslivresstücke oder Neuthaler, die bis dahin den größten Bestandtheil des Geldumlaufs in hiesigem Kanton ausgemacht hatten.

*) Die helvetische Silber- und Kupfermünze und diejenige der nicht konfordierenden Stände wurden von den obrigkeitlich bestellten Auswechslern zu 5% Verlust für die Silber- und 10% für die Kupfermünze abgenommen. Der ausgewechselte Betrag stieg in Bern einzig über Fr. 100,000, der Vorschuß der Standeskasse an die Auswechslern auf Fr. 86,000.

Dieselben waren ehemals in Frankreich 6 livres Tournois oder 592½ neue Centimen gewerthet, später aber von ihrem frühern Werthe nach dem neuen Münzfuß auf 580 Centimen, 4. Jan. 1813. oder um etwas mehr als 2% herabgewürdigt.

Diese Herabwerthung einerseits, die große Abnutzung der Neuthaler anderseits hatte schon im Jahre 1813 die Regierung zu der Verordnung bewogen, daß bloß diejenigen dieser Geldstücke, die wenigstens 542 Gran schwer sind, zu Bz. 39 angenommen werden, die leichtern aber außer Kurs gesetzt seyn sollen.

Am 2. Juli 1816 verordnete die Regierung, „um diejenige zu sichern, welche mit Vorsicht jene Münze angenommen hatten, so wie auch um der durch Spekulationen bewirkten Unordnung eines fortdauernden höhern Kurrentfußes derselben gegen den gesetzlichen zu steuern:“ Diejenigen Stücke, welche 545 Gran und mehr wiegen, sollen mit einem Stempel versehen werden, und einen gesetzlichen Kurs von Bz. 40 haben; im Uebrigen verbleibe es bei der frühern Verordnung vom Jahre 1813. In Folge dieser Verfügung wurden 660,000 Stücke gestempelt. Alle diese Verfügungen blieben indessen Palliativmittel, und durch die Ermächtigung an die Standeskasse auch ungestempelte Stücke, insofern sie 545 Gran wiegen, zu Bz. 40 anzunehmen, fand selbst ein Rückschritt statt. 9. Juli 1819.

Die Erscheinung der französischen Ordonnanz vom 2. Juni 1829, laut welcher die Sechslivresstücke bis zum 1. Juli 1834 noch in ihrem jetzigen Nennwerth, nämlich zu 580 Centimen gesetzlichen Kurs haben, allein von jenem Zeitpunkt an entwerthet, und nur noch um ihren feinen Silbergehalt angenommen werden sollen, machte die Ergreifung zeitgemäßer, kräftiger Maßregeln von Seiten des Konfordsats-Kreises nothwendig.

So wie bei der hiesigen, so sprach sich bei allen dabei theiligten Konfordsatsregierungen die Ueberzeugung aus: der französische Neuthaler sey eine Münze, welche durch den starken Gebrauch schon seit Langem um mehr als 2% abgenommen; das dadurch nothwendig gewordene Wägen sey mit den größten Unbequemlichkeiten verbunden; nunmehr habe er sogar durch die angeführte Ordonnanz in seinem Mutterlande die Eigenschaft

einer Münze verloren, und werde in Kurzem zur Waare herabsinken. Werde nicht schleunige Abhülfe getroffen, so stehe zu befürchten, daß in Folge jener Ordonnanz die westlichen Kantone des Konfordsatskreises mit einer Menge derselben, und zwar zum größten Theil leichter Stücke werden überschwemmt werden, welche nur mit Verlust wieder ins Ausland abgesetzt werden könnten, also ihnen zur Last bleiben, und alle bisherigen Anstrengungen, grobe Geldsorten nach einer richtigen Werthung zu erhalten, fruchtlos machen würden.

Aus allen diesen Rücksichten vereinigte sich die im Christmonat 1829 zusammengetretene Konferenz der konfordinenden Stände zu folgenden Schlußnahmen:

1) „In Uebereinstimmung mit der Werthung der andern „groben Sorten soll das französische Sechslivresstück von 542 Gran „Gewicht noch einen einstweiligen Kurs von Bk. 39 haben.“

2) „Seine Außer-Kurssetzung auf einen dem französischen „Berufungstermin auf angemessene Zeit vorhergehenden Zeitpunkt wird jetzt schon als Grundsatz anerkannt. Dieser Zeitpunkt soll spätestens an der Konferenz vom Frühjahr 1831 „berathen und festgesetzt werden.“

„Einstweilen verpflichten sich die H. Stände hierin keine „vereinzelten Verfügungen zu treffen, sondern gemeinschaftlich „zu handeln.“

Den neuesten Ereignissen ist zuzuschreiben, daß die Münzkonferenz seither nicht mehr zusammentrat, um diese Beschlüsse in Vollziehung zu setzen. Im Geiste derselben traf ihrerseits die hiesige Regierung die geeigneten Maßnahmen, um die heimathlose Münze allmählig aus dem Lande zu entfernen.

Ein dießörtiges Dekret vom 6. März 1830 schreibt vor:

1) Die französischen Neuthaler von 542 Gran und mehr Gewicht, sollen allein noch bis zum 1. April des nämlichen Jahrs an den obrigkeitlichen Kassen zu Bk. 40 an Zahlungsstatt abgenommen werden.

Diese Vorschrift ist seither pünktlich gehandhabt worden.

2) Um dem Publikum die Entledigung der ungewichtigen, allbereits durch mehrere Verordnungen wiederholt außer Kurs

gesetzten Stücke bestmöglichst zu erleichtern, wurden im ganzen Lande Bureaux errichtet, in welchen dieselben gegen andere gesetzliche grobe Sorten, nach ihrem Metallwerth ausgewechselt werden konnten.

Von diesem Auswechsel ist nur in den ersten Tagen und für kleinere Summen Gebrauch gemacht worden.

3) Die in hiesiger Münzstatt gestempelten Stücke sollen wie bis dahin einen gesetzlichen Kurs von Bz. 40 haben.

Die in den obrigkeitlichen Kassen vorhandenen Neuthaler wurden auf die möglichst vortheilhafte Weise mittelst Wechseloperationen nach Frankreich verkauft.

Ein bei der Haupt-Kasse übrig gebliebener Rest ward bis auf das letzte Stück zerschnitten und nach Paris verjilbert.

Diese, freilich für den Staat mit Aufopferungen verbundenen Maßnahmen haben ihren Zweck erreicht, und es hat sich das französische Sechslivresstück, vordem beinahe unsere ausschließliche grobe Sorte, im öffentlichen Umlauf sehr beträchtlich vermindert; so daß zu erwarten steht, seine Außer-Kurssetzung, deren Nothwendigkeit übrigens immer dringlicher heranrückt, werde leicht und ohne Nachtheil zu bewerkstelligen seyn.

Die Angabe des Betrags der auf gemeldte Weise aus dem Lande geschafften Summen in Neuthalern wird erst in der bei Abfassung dieses Berichts noch nicht abgelegten Standesrechnung erscheinen, kann also dermalen nicht genau und offiziell angegeben werden.*)

1. P o s t r e g a l e.

Die Posten im Kanton Bern wurden im Jahre 1678, unter vielen Schwierigkeiten und Aufopferungen, durch Herrn Beat Fischer eingeführt. Seither hat die Regierung stets nach Auslauf einer Pachtzeit den männlichen Nachkommen des Stifters das Postregale aufs neue anvertraut. In diesem langen Zeitraume machte die Regierung ein einziges Mal, von 1702 bis

*) Aus der Standeskasse einzig wurden 1829 und 1830 über 200,000 Stück fortgesendet.

1708 den Versuch, die Posten unter obrigkeitliche Verwaltung zu nehmen; allein sie fand sich nach dieser Erfahrung bewogen, wieder den Weg der Verpachtung vorzuziehen. Von dieser Zeit an ist sie dabei verblieben, und zwar um so eher, da vermittelt gleichzeitiger Pachtungen anderer schweizerischer, und selbst ausländischer Posten durch die Bernischen Pächter, dem hiesigen Postwesen Vortheile und Erleichterungen zu statten kamen, welche ohne diese nützliche Verbindung nimmer in gleichem Maße erhältlich gewesen wären. In diesen Gesinnungen ward die Verpachtung auch von der Mediations-Regierung fortgesetzt und dafür, nach Kostrennung des Aargaus und der Waadt, noch ein jährlicher Kanon von 40,000 Franken an die Staats-Kasse entrichtet. Wegen Vereinigung des Leberbergs und in Berücksichtigung des hergestellten Weltfriedens ward im Jahre 1818, bei Verpachtung der Posten für neue 12 Jahre von 1820 — 1832, der Zins auf Fr. 65,000 jährlich erhöht, auf diesem Fuße dann lezthün der Vertrag noch um vier Jahre, bis 1. August 1836 verlängert.

30. Juni 1824.

Das Postreglement und Tarif von 1824 enthält, nebst dem Porto für den Leberberg, überhaupt die frühern Vorschriften und Taren. Man glaubte mit Aenderungen, besonders denn mit Verminderungen nur behutsam verfahren zu sollen, weil die äußern Postämter sogleich davon, zum Nachtheil des hiesigen Regals, Nutzen zu ziehen wissen würden. Hingegen hat sich die Postverwaltung angelegen seyn lassen, in freiwilliger Modifikation des Tarifs, durch Verminderung des Porto von Paquets, von Geldtransporten und Passagiers-Taren, dem Publikum nicht unbedeutende Erleichterungen zu verschaffen. Besonders haben die Postbestehrer während der gegenwärtigen Pachtzeit sich bemüht, den ihnen von oberer Behörde mitgetheilten Wünschen des Publikums zu entsprechen, und zu Beförderung des Verkehrs möglichst beizutragen. Ihren Unterhandlungen sind folgende Resultate zu verdanken:

In Bezug auf das Ausland:

1) Verträge mit der französischen Postadministration, wodurch der lästige Frankaturzwang aufgehoben, für das südliche

und nördliche Frankreich eine tägliche Post veranstaltet, diejenige über Besort um einen Tag früher als vorher erzielt, ein Nachlaß von 20% auf der französischen Korrespondenz, und für diejenige mit England, den Niederlanden, Spanien und den Kolonien, auch bedeutende Erleichterung und Beförderung; endlich die Transporte durch die königliche Messagerie für schwere Sachen in 4 bis 5 Tagen um sehr billige Preise erhalten worden.

2) Ein Vertrag mit dem Fürsten Staatskanzler von Oesterreich, wodurch die hiesige Korrespondenz mit Italien in drei Tagen Mailand erreicht.

3) Ein Vertrag mit Piemont, in Folge dessen die Briefe auf den Grenzen gratis ausgewechselt werden, und eine vierte Post wöchentlich von Genf nach Chambery statt findet.

In Bezug auf die Schweiz, Verträge mit den betreffenden Postämtern, wodurch erzielt worden:

Nach Lausanne, statt vorher viermal wöchentlich, jetzt tägliche Kurse der Diligence, und zwar auf der doppelten Straße über Freiburg und Murten; dreimal wöchentlich die Messagerie in 1 Tag, statt vorher nur einmal in $2\frac{1}{2}$ Tagen. Statt wöchentlich 20 Passagiers-Plätzen zu Fr. 16, jetzt 70 Plätze zu Fr. 12, und 24 in der Messagerie zu Fr. 10.

Nach Aarau: tägliche Post auf zwei Straßen, somit tägliche Verbindung mit Zürich und Schaffhausen, statt vorher für Briefe viermal, für Reisende zweimal wöchentlich; jetzt 70 Plätze für letztere, statt früher 16.

Nach Basel, statt der vormaligen vier Verbindungen für die Woche, jetzt eine tägliche über Delsberg und dreimal durch eine große Messagerie über Balstall in 1 Tag. Jetzt 59 Passagiers-Plätze, statt der bisherigen 16.

Nach Neuenburg, statt viermal wöchentlich, jetzt tägliche Diligence.

Nach Luzern, ungerechnet der Post durch das Aargau, noch zweimal wöchentlich Diligence über Zell, in Verbindung mit der Post über den Gotthard.

Die dadurch im Innern des Kantons vermehrten Kommu-

nifikationen hatten noch durch besondere Anstalten einen fernern Zuwachs erhalten.*)

Indem man die Preise der Bedürfnisse so wie die Schwierigkeiten des hiesigen Postareals in billige Betrachtung zieht, wird man den Leistungen der Postbesteller, wie es von Seite der obern Postbehörde geschehen, um so mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen, und daraus für den öffentlichen Dienst auch fernerhin gute Vorbedeutung schöpfen.

m. Zollwesen, Brücken-, Straßen- und Lizenz- gelder, Kaufhausgebühren.

Zollwesen im
Allgemeinen.

Das Zollwesen hat wegen dem längst gefühlten Bedürfniß einer verbesserten Organisation fortwährend die besondere Ob-
sorge der Regierung in Anspruch genommen.

Einige vorläufige Bemerkungen über die Natur und die Verhältnisse dieses ziemlich verwickelten Administrations-Zweiges mögen dazu dienen, die einer jeden durchgreifenden Verbesserung an demselben sich bisher entgegengesetzten Hindernisse anschaulich zu machen.

Gleich den meisten andern Einrichtungen unsers Kantons, hat sich auch das Zollwesen nach und nach und ganz historisch ausgebildet. Als erstes Hauptfundament desselben ist daher noch immer das Prinzip bloßer Lokal-Zollrechte vorherrschend, welche in ziemlich bedeutender Anzahl, aber ihrem Ursprung und Wirkungskreise nach ganz verschieden, schon in früheren Jahrhunderten durch die damaligen Landesherren eingesetzt, und

*) Mit Thun täglich zweimal, mit Interlaken im Sommer durch ein Schiff, für Hin- und Rückreise, täglich.

Mit Zweisimmen, statt zwei Fußboten wöchentlich, jetzt ein Fuhrwerk zu drei Kursen.

Mit Sumiswald fünfmal wöchentlich durch die Luzerner Post oder besondere Fuhrwerke.

Von Herzogenbuchsee nach Wangen fünfmal wöchentlich.

Von Delsberg nach Saignelegier dreimal.

Mit Büren viermal durch Fuhrwerk von Biel auf Solothurn.

entweder selbst ausgeübt, oder aber Geschenk- oder Vertragsweise an besondere Gemeinheiten übertragen wurden.

Mit der allmählichen Erwerbung der einzelnen, den nachmaligen Kanton bildenden Landestheile durch die Stadt Bern, gestaltete sich gleichmäßig auch das obrigkeitliche Zollwesen aus der in diesen Landestheilen sich vorgefundenen herrschaftlichen Zöllen; während den betreffenden Korporationen ihre besitzenden Zollrechte, nebst ihren übrigen Privilegien, als wohl erworbenes titelfestes Eigenthum gewährleistet wurden.

Die obrigkeitlichen Zölle wurden Jahrhunderte hindurch ein jeder für sich, als ein besonderes Ganzes, nach seinen ursprünglichen Befugnissen ausgeübt, und erst im Jahre 1713, nebst dem Straßen-Departement, unter die gemeinsame Leitung einer eigenen Behörde — Zolldirektion — gestellt, mit dem Auftrag, unter beiden Rücksichten von Zöllen und Straßen, dem starken Aufschwung von Handel und Gewerbe, durch angemessene Verbesserungen noch mehrere Nachhülfe und Aufmunterung zu verschaffen.

Von dieser Zeit her datiren sich auch die ersten namhaften Straßen-Korrekturen und das Hinstreben nach einer allgemeinen systematischen Zollordnung in Anwendung des obrigkeitlichen Zoll-Regal-Rechtes.

Damals aber lag schon das Haupthinderniß in der besondern Vorliebe, mit welcher die betreffenden Gemeinheiten an ihren Spezial-Zollrechten hingen, und solche der günstigen Kaufangebote ungeachtet zu entäußern sich weigerten.

Erst nach vielen fruchtlosen Versuchen mußte die Regierung sich entschließen, die vorhabenden Zollerleichterungen auf ihre einzelnen zur Zeit besessenen Zollrechte zu beschränken, und solche wenigstens, so gut es sich thun ließ, einer systematischen Ordnung entgegenzuführen. So kam endlich, nach der sorgfältigsten Prüfung der wahren Bedürfnisse des Handels, der sogenannte Allgemeine Land-Zoll-Tarif für die deutsche Botmäßigkeit von 1743 zu Stande, welcher als das zweite Hauptfundament unseres Zollwesens anzusehen ist, und durch die große Einfachheit sich auszeichnet, mit welcher er eben

diejenigen Grundsätze ausspricht, die noch heut zu Tag als die entsprechendsten, selbst durch die eidgenössische Zollrevision empfohlen werden, nämlich:

1) Bloß einmalige Verzollung einer Ladung für die ganze Route auf der erstbetretenen Zollstatt; in Ausmeidung des frühern öftern Anhaltens und langen Aufenthalts bei jeder Zollstatt zu jedesmaliger neuer Untersuchung und Verabgabung.

2) Gleichförmiger Gewichtzoll nach dem mäßigen Ansatze von Einem Kreuzer für den Zentner für jede zu betretende Zollstatt ohne Rücksicht auf die Art der Waaren; wodurch der großen Unbestimmtheit der ursprünglichen, meist veralteten Tarife abgeholfen, den immerhin lästigen und viele Zeit raubenden Nachforschungen nach dem Gehalte der einzelnen Verpackungen vorgebogen, und der Länge der zu befahrenden zollpflichtigen Straßenstrecken gehörige Rechnung getragen wurde.

3) Fixe Geleitabgabe, je nach der Eigenschaft des Waarentransportes als innerer Verkehr, Transit, Einfuhr oder Ausfuhr auf 1 oder 3 Kreuzer für den Zentner festgesetzt; welche Gebühr ihrem Ursprung nach das dem Landesherrn für die von diesem gewährleistete Sicherheit der Landstraßen zu entrichtende Entgelt bildet, und mittelst obiger Modifikation, wenn auch nur in schwachem Maße, die mehrere oder mindere Begünstigung der verschiedenen Arten des Verkehrs in staatswirthschaftlicher Hinsicht ausspricht.

Die nächste Folge dieses allgemeinen Zolltarifs war, daß in möglichster Vereinbarung desselben mit dem bereits aufgestellten Zweck einer allgemeinen, systematischen Kantonal-Zollordnung, so wie zu wesentlicher Erleichterung des innern Verkehrs, die ursprünglichen darunter begriffenen Zollposten größtentheils aufgehoben, und auf neue, möglichst nahe an den Kantons Grenzen, auf den Einmündungen der zollpflichtigen Straßenzüge aufgestellte Zollstationen verlegt wurden, welche mit der Erhebung des für jeden Straßenzug beziehenden Kumulativzolles beladen waren. Diese Einrichtung erleichterte auch die Ausführung namhafter neuer Straßenbauten oder Straßenkorrekturen, hauptsächlich in den zollpflichtigen Bezirken, wo früher

die befürchtete Abföhrung des Zolles ein bedeutendes Hinderniß dargeboten hätte.

Diese Gesamtklasse von Zöllen nun, welche dem Tarif von 1743 unterworfen sind, bilden den sogenannten Kantonszoll im Gegensatz mit den noch bestehenden Spezialzollgerechtigkeiten, die entweder später zu obrigkeitlichen Händen angekauft worden, oder fortwährend noch Privateigenthum sind.

Durch gleichförmige reglementarische Vorschriften über den Zollbezug, über gegenseitige Kontrollirung, über die Komptabilität u. s. w. mußten nun die obrigkeitlichen Zölle in immer nähere Verbindung treten, und nach und nach das Ansehen einer eigentlichen systematischen Zollordnung um so mehr gewinnen, als späterhin der Zolladministration noch einige über den ganzen Kanton sich erstreckende Anordnungen, wie das Tratten- und Ausfuhrgeld von Pferden und Viehwaaren und der Tabakeinfuhrzoll von Bg. 7½ für den Zentner zur Exekution übertragen wurden, welche mittelst besonderer Grenzinspektionen vollzogen werden mußten. An der allgemeinen Durchführung des Systems fehlt indessen noch vieles, indem noch große Bezirke im Innern des Kantons, wie von Alters her, fortwährend ganz zollfrei geblieben sind, die Bezirke der Spezialzollrechte in Berechnung des Kantonalzolles nicht in Anschlag kommen, und große Grenzstrecken, wie von Huttwyl, als Filial von Langenthal, um das ganze Oberland, Frutigen, Saanen, Schwarzenburg und Laupen herum, bis wieder nach Gümminen, von jedem eigentlichen Kantonszollposten entblößt sich befinden.

Aus den beiden vorerwähnten Hauptfundamenten war nun das Zollwesen zusammengesetzt, als es vorerst durch die Staatsumwälzung von 1798 auf einige Zeit unterbrochen, nachwärts wieder in seinem vorigen Bestande hergestellt, und gleich nach Einführung der Mediations-Verfassung durch die Tagsatzung im Jahre 1803 im Ganzen sanktionirt wurde.

Die Beschleunigung, mit welcher damals die hierseitigen Zollberechtigungen zum Behufe dieser durch die Mediationsakte vorgeschriebenen Bestätigung der Bundesbehörde vorgelegt werden mußten, verhinderte, daß dieselben zum voraus einer Revision

unterworfen, und gleichzeitig auch die nöthig gewordenen Verbesserungen an denselben anempfohlen werden konnten, deren Dringlichkeit bald darauf sich offenbarte.

So hatte selbst der allgemeine Zolltarif wieder einen hohen Grad von Unbestimmtheit erreicht, weil die einzige in demselben aufgestellte Norm zu Berechnung der Zollansätze, nämlich 1 Kreuzer vom Zentner für jede zu betretende Zollstatt, durch die Verschmelzung oder Versetzung dieser Zollstätte verwickelt worden war. Zwar hatte sich von Anfang her für die damals gebrauchten Straßen eine auf den eigentlichen Bestand gegründete Vorschrift erhalten. Für die als Folge allgemeinerer Straßenverbesserung sich bedeutend vermehrten Waarenzüge nebst ihren mannigfaltigen Verzweigungen mußten aber nach und nach besondere Weisungen nachhelfen, welche je nach den vorherrschenden Ansichten auch zu verschiedentlichen Anwendungen führten.

Ferner war der gedachte Tarif nur auf den größern Waarenverkehr oder das Frachtfuhrwesen berechnet, und verwies alle übrige, mehrentheils artikelweise zu verzollende Gegenstände, auf die jeden Orts bestehenden besondern Tarife. Diese Gesamtklasse von Tarifen aber, so wie diejenige der besondern Zollrechte überhaupt, waren größtentheils veraltet, in Vielem auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr anwendbar, das Studium derselben durch vielfache besondere Weisungen erschwert, und immerhin noch Manches unbestimmt gelassen. Gleiche, zu vielerlei Streitigkeiten führende Unbestimmtheit herrschte in den mannigfaltigen Befugnissen und Verpflichtungen der einzelnen Zollrechte überhaupt, worüber in den alten vorhandenen Titeln nicht mehr genügsame Auskunft gefunden werden konnte, und welche nach und nach zu vielen richterlichen Aussprüchen über Spezialfälle führten.

Aus diesen Hauptrücksichten also sind schon in den ersten Jahren der Mediations-Verfassung die ersten, seither so oft wiederholten Revisions-Aufträge für das gesammte Kantonal-Zollwesen hervorgegangen.

Mehrjährige Untersuchungen und fruchtlose Vorarbeiten mußten endlich zu der Ueberzeugung führen: „daß eine bloße

„ auf die ursprüngliche Grundlage der Lokal-Zollrechte gestützte
 „ Revision und Regulierung des Zollwesens einerseits wegen den
 „ vielen bereits stattgefundenen Veränderungen, und der daraus
 „ entstandenen Sachverwickelung, so viel als unausführbar, und
 „ anderseits, wegen der weit mehreren an das Zollwesen in
 „ neuerer Zeit gemachten Ansprüche durchaus ungenügend wäre;
 „ daß sowohl die geführten Klagen über den jetzigen Zollbestand,
 „ namentlich die Beschwerden über allzugroße Belästigung des
 „ innern Verkehrs durch öftere allzuhohe Verzollung und damit
 „ verbundene Förmlichkeiten, welche in Begünstigung der Landes-
 „ industrie alle Berücksichtigung verdienen, als auch die verschie-
 „ dentlichen Forderungen, wie diejenigen der mehrern Erleich-
 „ terung des Transits und Frachtfuhrwesens überhaupt, sämt-
 „ lich dem ursprünglichen Prinzip der Lokalzölle widerstreiten,
 „ und einzig durch ein allgemeines Kantonal-Zollsystem ange-
 „ messen erledigt werden können; daß also nur in einer auf das
 „ Prinzip eines ausschließlichen obrigkeitlichen Zollregal-Rechtes
 „ gegründeten vollständigen Umgestaltung des Zollwesens die
 „ wünschenswerthe Abhülfe sich finden lasse.“

Von Seite der Regierung wurde nichts unterlassen, was diesen einmal als wohlthätig anerkannten Zweck hätte befördern können. Wenn aber schon im verflossenen Jahrhunderte ein ähnliches Hinstreben hauptsächlich an den Hindernissen der besondern Lokalverhältnisse scheiterte, welche jetzt noch größtentheils vorherrschen, so ward nun die Aufgabe durch die weit bindenderen Verhältnisse zu der Eidgenossenschaft noch weit schwieriger, welche für sich allein genügend sind, die bisherige Unausführbarkeit derselben zu erklären.

Als Folge des gegenseitigen Interesses nämlich, welches die eidgenössischen Stände zu Sicherung des Verkehrs unter sich vor allzugroßen Belästigungen, natürlicher Weise an den Zolleinrichtungen innerhalb der Schweiz nehmen müssen, wurde schon durch die Mediationsakte, und nachwärts auch durch den eilften Artikel des Bundesvertrags die Verpflichtung ausgestellt,
 „ daß die bestehenden, von der Tagsatzung genehmigten Zölle,
 „ Weg- und Brückengelder in ihrem Bestande verbleiben, und

„ohne Einwilligung der Tagsatzung weder neue errichtet, noch „die bestehenden erhöht werden sollen.“

Da nun keine neue Zolleinrichtung im Sinne einer gleichförmigern Vertheilung der Ansätze gedenkbar ist, ohne mit theilweisen neuen, oder mit Erhöhung einzelner bereits bestehender Ansätze verbunden zu seyn, wenn schon die Gesamtheit der bisherigen Ansätze eher ermäßigt als erhöht würde, so muß auch die Sanktion der Tagsatzung als erstes Beding zu Ausführung derselben sich darstellen. Das besondere Kantonal-Interesse muß mittelst dessen dem gemeineidgenössischen weichen; es konnte sich nicht mehr vorzugsweise darum handeln, was dem Kanton als besonderes Ganzes am Besten hätte zusagen können, sondern mehr darum, was erforderlich sey, um dem gemeinschaftlichen eidgenössischen Zoll-Interesse zu entsprechen. Nun ist bekannt, daß schon in den ersten Zeiten der Mediations-Verfassung von der Tagsatzung eine Revision des schweizerischen Zollwesens überhaupt angeordnet wurde, um, in Folge des allgemein anerkannten und ausgesprochenen Bedürfnisses, dasselbe auf gleichförmigere, einfachere und den Verkehr erleichternde Grundlagen zurückzuführen. Durch diese zu gewärtigenden allgemeineren Grundlagen mußte natürlicher Weise auch die fernere Gestaltung unserer eigenen Kantonal-Zölle bedingt werden, und, so wie unter der Mediations-Akte auch unter der jetzigen Verwaltung, das fortgesetzte Bestreben der Regierung hauptsächlich auf Unterstützung und Förderung des wohlthätigen Zweckes der schweizerischen Zoll-Revision gerichtet seyn; unter behöriger Einwirkung, daß das endliche Ergebnis auch mit den eigenen Kantonal-Interessen und mit unsern besondern Verhältnissen in genügendem Einklang sich befinde.

Lange Zeit hindurch mußte aber auch diese allgemeine Zoll-Revision beinahe hoffnungslos gegen alle die besondern sich zum Theil widerstreitenden Interessen und hemmenden Lokal-Institutionen ankämpfen und nach beinahe 20 jährigen fruchtlosen Bemühungen, einen allgemeinen gleichförmigen Zollplan für die ganze Schweiz durchzusetzen, endlich, wie schon nach ähnlichen Bemühungen für das Münzwesen geschehen war, auf den Ver-

such theilweiser Vereinbarung einzelner Stände, vorerst über die wichtigsten Zollverhältnisse sich beschränken; in der Absicht, diesem nachwärts die übrigen Bestandtheile des Zollwesens nachfolgen zu lassen, und die daraus hervorgegangenen, anfänglich durch einzelne Stände genehmigten Grundsätze allmählig bei den übrigen Kantonen in möglichster Gleichförmigkeit beliebt zu machen.

Indessen mochte auch der erste durch den eidgenössischen Zoll-Revisor in diesem Sinne sorgfältig ausgearbeitete und gründlich motivierte Antrag, nämlich der Konfordsatz-Entwurf zu Erleichterung des Transit- und Fracht-Fuhrwesens auf der Haupt-Kommerzial-Straße von Norschach nach Genf und auf den nördlichen schweizerischen Straßenzügen, — obgleich von Bern ohne Rücksicht auf eigenen Vortheil unterstützt — wegen des Nichtbeitritts einiger dabei betheiligten Grenz-Kantone auf der Tagsatzung von 1827 nicht gelingen. Allein durch das fortgesetzte thätige Einschreiten der Bundesbehörde und die rastlosen Bemühungen des Zoll-Revisors wurde ein neuer mit dem frühern im Allgemeinen übereinstimmender Konfordsatz-Entwurf, unter Auslassung der sich abgeneigt gezeigten Stände und Beschränkung auf die Handelsstraße von Norschach bis Basel und über Neuenburg bis Verrieres nebst den darin benannten nördlichen Einmündungen, seither so weit gefördert, daß solcher auf der letztjährigen Tagsatzung, durch die betheiligten Stände, Bern, Zürich, Solothurn, Appenzell a. R., St. Gallen, Aargau und Neuenburg, nicht aber durch Basel, bereits ratifiziert worden ist, und unter Vorbehalt näherer Verabredung über gleichförmige Vollziehungs-Vorschriften mit dem 1. April dieses Jahres in Anwendung treten sollte.

In diesem Konfordsatz sind diejenigen gleichförmigen Vorkehren enthalten, welche nach den sorgfältigsten Untersuchungen am geeignetsten sich erzeigten, dem Fracht-Fuhrwesen auf den darunter begriffenen Straßen die benöthigten Erleichterungen zu verschaffen, ganz vorzüglich aber, dem Transit durch die Schweiz wieder aufzuhelfen, oder wenigstens doch denjenigen Theil desselben, der ihr bis jetzt noch verblieben, auch ferner zu erhalten, bevor er in Folge der immer günstigeren Einrichtungen in den

benachbarten Staaten sich noch mehr von unsern Straßen entferne.

Die Mittel dazu zerfallen in zwei Haupt-Klassen :

1) In eine Herabsetzung der Zoll-, Weg- und Brückengelder auf circa einen Drittheil der gegenwärtigen Ansätze für den Transit durch die Schweiz und für die direkte Ausfuhr aus einem der konfordierenden Stände nach dem Auslande; ferner in gleichförmigere und herabgesetzte Bestimmung der Kaufhaus-Gebühren, Abschaffung der Fuhr-Lizenz-Gebühren u. s. w.

2) In erleichternde Vorschriften durch einfachere Tarife, Bezugs- und Verwaltungs-Einrichtungen überhaupt.

Die für unsern Kanton auf beiläufig Fr. 16,000 berechnete Einbuße für die Staats-Kassa, die aus den angetragenen Zoll-Reduktionen sich ergeben könnte, schien, obschon bedeutend, doch keineswegs den hierseitigen Beitritt und fernern thätigen Antheil an der Verwirklichung dieses ersten Versuchs behindern zu sollen, in Betrachtung des überwiegenden Vortheils, den er, besonders bei der verhofften allmählichen vervollständigung und Ausdehnung über noch mehrere Kantone, für den schweizerischen Handelsverkehr im Allgemeinen, namentlich aber für die Ausfuhr aus dem eigenen Kantone nach dem Auslande darbieten würde.

Ueberdies befinden sich durch die in diesem Konkordat aufgestellten Grundsätze die hauptsächlichsten gegenseitigen Zoll-Interessen der Kantone berücksichtigt. Sie stimmen im Wesentlichen ganz mit demjenigen überein, was auch für eine hierseitige abgesonderte Zollordnung hätte als entsprechend anempfohlen werden können. Sie konnten demnach als der zuverlässigste Leitfaden zu nunmehrigem ungesäumtem Entwurf eines besondern Kantonal-Zoll-Systems angesehen werden, welches auf jeden Fall, zu gehöriger Vollziehung des obigen Zoll-Konkordates, gleichzeitig mit diesem hätte zur Exekution gefördert werden sollen.

Unter solchen Verumständungen wurde unterm 6. Januar 1830 durch die Zollverwaltung der Entwurf einer neuen Zollordnung an die obere Behörde eingegeben, welcher, nach reiflicher Vor-

berathung und Berücksichtigung der auf der letztjährigen Tagung statt gefundenen Verhandlungen in Zollsachen, dem Großen Rathe in seiner periodischen Wintersitzung vorgelegt werden sollte.

Auf ein einfaches vollständiges Grenz-Zoll-System gegründet, sollte dieser Entwurf, durch mäßige Zoll-Ansätze und vollständiges Anschließen an die durch die eidgenössische Zoll-Revision vorgeschlagenen Erleichterungen, sowohl dem gemeinsamen schweizerischen Interesse entsprechen, als auch durch eine mit ziemlicher Einbuße für die Staats-Kassa verbundene vollständige Aufhebung aller übrigen bisher bestandenen Zoll-Gefälle, dem Lande selbst die längst bezweckte Begünstigung des innern Verkehrs, in billiger Berücksichtigung der mit den Straßen-Unterhalte verbundenen großen Beschwerden, in vollem Maße gewähren.

Die seitherigen Ereignisse haben sowohl die Ausführung des Konkordats als auch die Berathung des projektirten neuen Zollgesetzes verhindert. Bei der letztern würde die Frage, ob allfällig ein Waarenzoll, oder ein System von Einfuhrgebühren, nach Art der Waaren, wie solches im Kanton Waadt besteht, dem angerathenen bloßen Gewichtzolle vorzuziehen oder mit demselben zu verbinden sey, einer gründlichen Erörterung bedürfen.

Neben der Umgestaltung des Zollwesens im Allgemeinen, welche hier wegen ihrer Wichtigkeit und mannigfaltigen Beziehungen eine etwas ausführlichere Darstellung veranlaßte, verdienen noch folgende speziellere Verfügungen eine Stelle in dem gegenwärtigen Berichte.

Besondere
Zoll-Gegen-
stände.

Zu allmäliger Beseitigung des aus den bestehenden Privatzöllen der Durchführung eines allgemeinen Zoll-Systems sich entgegenstellenden Hemmnisses, ohne zu einer, zwar durch das Gesetz für dergleichen Fälle sanktionirten Zwangsmaßnahme zu schreiten, war das stete Augenmerk der Regierung auf den Ankauf solcher Gerechtigkeiten gerichtet, sobald die besitzenden Korporationen sich mit ihren Forderungen den hierseitigen vortheilhaften — auf der Basis einer Kapitalisirung des Mittel-

Ankauf von
Zollgerechtig-
keiten.

Ertrags der zehn letzten Jahre zu hundert für drei beruhenden — Kaufs-Anträge annäherten.

So wie bereits unter der Mediations-Verfassung im Jahr 1808 und 1809 die Zollgerechtigkeit der Stadt Bern um Fr. 470,000, und in den Jahren 1812 und 1813 die Zollgerechtigkeit der Stadt Burgdorf um Fr. 133,000 auf solche Weise angekauft worden, so kam auch nach langen Unterhandlungen im Jahre 1818 der Ankauf der Zollgerechtigkeit der Stadt Büren mit einer Kapital-Summe von Fr. 160,000 zu Stande.

Der Ankauf dieses Zollrechts war für das Frachtfuhrwesen überhaupt, so wie für die dortige Gegend im Besondern, sehr wichtig, indem er zu Ausbesserung der früher vernachlässigten Verbindungs-Straße zwischen Solothurn und Narberg ermunterte, die seither, hauptsächlich für den Transit, eine der befahrensten Handelsstraßen des Kantons geworden ist.

Gleiche Kaufs-Unterhandlungen wurden zu verschiedenen Malen auch mit den Stadt-Gemeinden Thun — wo der Zoll nur zur Hälfte dem Staate angehört — Biel und Hutmühl angehoben, und mit beiden erstern namentlich noch im verflossenen Jahre fortgesetzt, ohne daß eine gewünschte Annäherung daraus hervorgegangen wäre.

Neben den vorbemerkten sind im Lande noch einige andere Privat-Zoll-Rechte vorhanden, die, von weit geringerem Belang, keine bedeutende Hindernisse für die Acquisition dargeboten haben würden, oder aber meist nur spezielle örtliche Verhältnisse betreffend, der Ausführung einer neuen Zoll-Einrichtung keinen merklichen Eintrag gethan hätten.

Die so angekauften Zollrechte können, in Betrachtung der großen darauf verwendeten Kapital-Summen, als Bestandtheile des eigentlichen Dominial-Vermögens angesehen werden; sie wurden seither jedes für sich nach seinen titelfesten Befugnissen ausgeübt und bilden mit einigen andern, ihrer speziellen Bestimmung wegen, wie Brückengeld u. dgl. nicht unter dem Tarif von 1743 begriffenen ältern Zollrechten, die in der Rechnung aufgenommene Rubrik von innern und besondern Zollgerechtigkeiten. Sie sind als Hauptgegenstand der neuern Beschwerden

über allzu große Belästigung des innern Verkehrs anzusehen, denen aber, außer einzelnen Modifikationen der Tarife, billiger Weise erst dann angemessene Rechnung hätte getragen werden können, wenn die daherigen Verfügungen sich auch auf die übrigen Privat-Zollrechte gleicher Natur hätten anwenden lassen, und die gleichzeitige Einführung eines allgemeinen Zollsystems die Möglichkeit eines etwelchen Ersatzes, für die, mit einer vorzeitigen Aufhebung dieser speziellen Rechte verbundene allzu große Finanz-Einbuße dargeboten hätte.

Nach erfolgter Vereinigung der ehemaligen bischof-baselschen Landesheile mit dem Kanton, mußte auch daselbst, da die alten Zölle unter der französischen Administration verschwunden waren, für eine angemessene neue Zoll-Einrichtung gesorgt werden, welche zu dem Zoll-Ertrag im alten Kanton in billigem Verhältniß stehe. Der erste Versuch eines Weg- oder Chaussée-Geldes war nur von kurzer Dauer, und mußte dem Grenz-Zoll-System für die fünf leberbergischen Aemter weichen, welches vorerst durch die Verordnung vom 13. Dezember 1816 eingeführt, und nachwärts mit den nöthig befundenen Modifikationen, als Folge gegenseitiger Vereinbarung mit den angrenzenden Ständen durch die bestehende Verordnung vom 20. Herbstmonat 1820 definitiv geordnet wurde. Dieses durch die seitherige Anwendung sich vollkommen bewährte System hat auch dem neuen Zoll-Ordnungs-Entwurfe für den gesammten Kanton als Vorbild gedient. Es wird in demselben die Zollpflichtigkeit durch das Ueberschreiten der Grenzen gedachter fünf Aemter bedingt; der innere Verkehr innert denselben frei gegeben; für Transit, Ein- und Ausfuhr, ein fixer Gewicht-Zoll, nämlich:

für Waaren überhaupt zu	8 Kr. vom Zentn.
„ Getreide, Mehl zu	5 „ „ „
„ Wein und übrige geistige Getränke zu	4 „ „ „

vorgeschrieben. Einzig für das Eisen wurde zu Begünstigung dortiger großer Eisenwerke im Tarif eine Modifikation dahin gemacht, daß der Transit gleich den übrigen Waaren 8 Kreuzer, die Einfuhr aber 12 Kreuzer, und die Ausfuhr nur 4 Kreuzer von Zentner zu entrichten habe.

Alle übrigen Artikel wurden, unter etwelcher Modifikation des Tarifs, zu Gunsten der dortigen Industrie und Bedürfnisse, mäßigen Zollansätzen vom Stück Vorspann unterworfen; Salz, Erdäpfel und Gemüse, so wie unter Vorbehalt des Gegenrechtes, auch die von jenseitigen Grenzbewohnern auf ihren dießseits gelegenen Gütern eingeernteten Produkte, und was für ihren Hausgebrauch ein- oder ausgeführt wird, zollfrei erklärt.

Für die gegenseitige Verbindung der neuen Landestheile mit dem alten Kanton endlich, wird zu Sonceboz auch von den Waaren nur der kleine Zoll vom Stück Vorspann bezogen, so wie gleichmäßig zu Nidau dieselben von Entrichtung der Geleitsgebühr für den alten Kanton enthoben sind.

Einzig zu Pruntrut, von wo aus mehrere große und viele kleine Straßen-Ausmündungen gegen Frankreich ausgehen, und woselbst, der Natur des dortigen Handels gemäß, die ankommenden und zur Ausfuhr bestimmten großen Waarenladungen sich in sehr viele kleinere an der Grenze selbst schwer zu beaufsichtigende Transporte vertheilen, wurde durch Dekret vom 30. Herbstmonat 1818 die Anordnung eines Kaufhauses und obrigkeitlichen Waarenniederlage zum Behuf genauerer Kontrollierung und Verzollung getroffen, gegen welches erst in jüngster Zeit beschwerende Vorstellungen und Anträge zu Wiederaufhebung von Seite der Handelschaft daselbst eingelangt sind.

Die leberbergische Zollordnung gehört übrigens ihrer Natur nach als allgemeine obrigkeitliche Verordnung unter die Klasse der Kantonalzölle.

Die in Anlage enthaltene Uebersicht erzeigt, wie hoch der Ertrag derselben von Jahr zu Jahr sich belaufen hat. *)

Da die Frist von 10 Jahren, auf welche die Zustimmung der Tagsatzung zu diesem leberbergischen Zolltarife bedingt war, nunmehr verflossen ist, so wäre auch der Zeitpunkt eingetreten, die Erneuerung derselben nachzusuchen.

Brückengelder.

Zu den bereits bestandenen älteren Brückenzöllen ist unter der bisherigen Staatsverwaltung ein einziger neuer hinzugekom-

*) S. Beilage No. XXXIX.

men, nämlich der von der Tagsatzung im Jahre 1820 zu Deckung der Kosten des neuen Brückenbaus auf zehn Jahre genehmigte Tarif für den Brückenzoll zu Büren. Die Kosten dieses Brückenbaus sind angestiegen auf Fr. 34,353 Rp. 95
 Der Brückenzoll hat vom 1. Januar 1822 hinweg, wo er in Wirkung getreten ist, bis Ende Jahrs 1830 im Ganzen abgeworfen nur „ 3,020 „ 41
 so daß der Ueberschuß der Baukosten damals noch betragen hat Fr. 31,333 Rp. 54

Die Weggelder sind unter der bisherigen Staatsverwaltung entstanden, und beruhen auf zwei besondern Tarifen. Diese sind :

1) Daß durch die Tagsatzung 1818 auf zehn Jahre bewilligte Weggeld für die neue Straße über den Sustenberg, welche in dem Berichte über die Straßenbauten des Nähern zum Vorschein kommen wird. 7. Aug. und 1. Sept. 1818.

Dieses Weggeld hat vom 24. Juni 1818, als dem Zeitpunkte seiner Einführung hinweg bis Ende Jahrs 1830, nach Abzug von Fr. 528 Rp. 21 Bezugskosten mehr nicht als Fr. 881 Rp. 54 an reinem Ertrag abgeworfen.

2) Daß durch die Tagsatzung von 1821 auf zehn Jahre zu Deckung der Kosten bewilligte Weggeld für die Laubeckstraße, welches zur Hälfte der Landschaft Obersimmenthal für die selbst besorgten Arbeiten, und zur Hälfte der Regierung als allmähliche Vergütung des dazu gelieferten Vorschusses von Fr. Rp. 25,000. — dienen soll. Vom Jahr 1821 bis und mit 1830 hat nun dieses Weggeld an reinem Ertrage geliefert 2,367. 8¾
 so daß noch an restanzlichem Vorschusse verbleibt 22,632. 91¼

Zu obigen, im engeren Sinne die eigentlichen Zollgefälle bildenden Bestandtheilen sind noch einige auf allgemeinen Regierungsdekreten beruhende Anordnungen dem Zolldepartemente zur Vollziehung beigegeben worden.

Tabak-Impost.

Die Auflage auf den Tabak schreibt sich noch von ältern Zeiten her, wo der Tabak als schädlich für die Gesundheit und bloßer Luxusartikel vorerst ganz verboten, nachwärts mit hohen und nur allmählig gemilderten Imposten belegt wurde. Die gegenwärtige Auflage von Bk. 7½ für den Zentner auf der Einfuhr dieses Artikels ist noch aus dem verflossenen Jahrhundert auf unsere Zeiten übergegangen, und gleichzeitig mit den Zöllen selbst im Jahre 1804 wieder bestätigt worden.

Trattengeld.

Das auch aus frühern Zeiten herstammende Trattens- und Ausfuhrgeld für Pferde und Viehwaare wurde durch die Verordnungen von 1745 und 1746 genauer bestimmt, und unter 21. April 1806. der Mediationsverfassung durch ein eigenes Dekret bestätigt, zufolge welches, neben dem gewohnten Zoll, von Pferden für die Ausfuhr aus dem Kanton Bk. 15 vom Stück, für den Transit durch denselben, mit Ausnahme des Hausgebrauchs in der Eidgenossenschaft Bk. 7½ vom Stück, von der Viehwaare für die Ausfuhr außerhalb der Eidgenossenschaft je nach der Art und Alter Bk. 7½, 5 oder 2½ vom Stück zu entrichten war.

In Betrachtung aber, daß diese Auflage nachtheilig auf den Viehhandel einwirke, der besonders auch durch die neuern französischen hohen Einfuhrzölle übermäßig belästigt worden, demnach hierseitiger möglichster Erleichterung bedürfe, wurde 15. Febr. 1823. durch Verordnung vom Jahre 1823 nicht nur das bemeldte Trattens- und Ausfuhrgeld ganz aufgehoben, sondern gleichzeitig auch die Ausfuhr von Pferden und Viehwaaren von jeglicher Zollentrichtung und Anmeldung auf den Grenzposten befreit, welches im Ganzen für die Staatskasse nach dem gemachten Voranschlag eine Einbuße von Fr. 12,000 bis 13,000 betragen mochte.

Fuhr- und Lizenz-
Gelder.

Um die Landstraßen vor der schädlichen Einwirkung allzu großer, auf einem Wagen konzentrirter Lasten sicher zu stellen, wurde schon durch das unterm 1. Februar 1804 wieder bestätigte Fuhr- und Lizenzmandat von 1788 das Gewicht der Ladungen bedingt, nämlich für die Güter- und Bagagewagen mit Inbegriff des Wagens auf 52 Zentner, und für die Weinwagen auf 800 Maß, unter Verstattung jedoch, gegen Entrichtung

einer Gebühr von 1 und 2 Kreuzer für jede Stunde Wegs, von jedem Zentner oder Saum der Mehrladung, dieselbe bis auf das Maximum von 64 Zentner für die Waaren und 1000 Maß für die Weinfuhren erhöhen zu dürfen. 1819 wurden diese Ladungs-Bewilligungen bis auf 82 Zentner für die Waaren, und 1200 Maß für den Wein, gegen eine progressive Mehrgebühr für die gewöhnlichen schmalschienigen Wagen verstatet, diese Gebühr aber um einen Drittheil für die den Straßen weit vortheilhafteren breitschienigen Wagen herabgesetzt. 23. Juni 1819.

Um das allgemeine Aufkommen dieser breiträdri gen Fuhrwerke, deren Vorzüglichkeit sich durch die Erfahrung immer mehr bewährte, noch kräftiger zu befördern, und ihnen gegen die schmalschienigen Wagen einen entscheidenden Vorzug zu geben, wurde später die Last für einen Wagen mit 7 französischen zollbreiten Radschienen auf 120 Zentner, und für fünfzöllige Räder auf 100 Zentner ausgedehnt, unter Gleichstellung der Weinfuhren mit den Güterfuhren, und endlich durch die letzte erneuerte Fuhrlizenz-Ordnung die allzuhoch sich ausgewiesene Gebühr für siebenzöllige Räder ganz nachgelassen, für fünfzöllige nur von 85 Zentner hinweg beibehalten, für die schmalschienigen aber bei der frühern Vorschrift belassen. Durch den merklichen Einfluß dieser letzten Verfügung auf die fortwährende Ueberhandnahme breitschieniger Frachtwagen, hat sie dem dabei vorgehabten Zwecke bisher vollkommen entsprochen, als natürliche Folge aber den durch die früheren Anordnungen allmählig bis auf Fr. 30,000 gesteigerten Lizenz-Geldertrag wieder auf den Ertrag unter dem ersten Mandate von beiläufig Fr. 11,000 zurückgebracht, wie solches auf der diesem Berichte angebogenen Uebersicht des Zollertrags von 1815 bis 1830 ersichtlich ist. *) 25. Juni 1823. 17. Juni 1825.

Der schon in dem allgemeinen Finanzberichte berührte Konsumo-Impost, oder die im Jahre 1820 erkannte außerordentliche Eintrittsgebühr von den in den Kanton eingeführten, und daselbst zum Verbrauch oder Verkauf bestimmten Waaren bildete eine der Hülfquellen zu allmählicher Abbezahlung der Staats- Konsumo-Impost.

*) S. Beilage No. XL.

schulden, und zu Wiederergänzung des zu diesem Zwecke angegriffenen Staatsvermögens. Dieser Impost ist demnach von einer dem Zollwesen ganz fremdartigen Natur, und nur in so weit im Fall hier angeregt zu werden, als er der Zoll-Administration neben ihrem eigentlichen Pensum und unter abgesonderter Komptabilität zur Vollziehung übertragen worden ist. Die in Anlage enthaltene tabellarische Uebersicht*) zeigt, wie viel diese außerordentliche Waarenbelegung vom Jahre 1820 hinweg bis zum 31. Dezember 1830, mit welchem sie laut Dekret des Großen Rathes vom 6. Dezember ganz aufgehört, von Jahr zu Jahr bei den stattgefundenen vielfachen Modifikationen derselben abgeworfen hat.

Waaren-Kontrolle.

Dem von dem Kommerzienrathe ausgegangenen Antrag entsprechend, zu richtigerer Beurtheilung des Handels und der Industrie im Kanton genauere Angaben über den Betrag der jährlichen Einfuhr und Ausfuhr mit Spezifikation der Haupt-Handelsartikel einzuziehen, wurde, in Folge alljährlich erneuerten Auftrags des Kleinen Rathes, vom Jahre 1826 hinweg eine solche Waaren-Kontrollierung durch die Grenz-Zollbeamten in Verbindung mit den Kaufhäusern besorgt, durch die Zollverwaltung alljährlich auf eine Gesammttabelle zusammengezogen und an Behörde abgegeben.

Wenn schon die Beamten im Allgemeinen ihr Möglichstes zur Genauigkeit dieser Kontrollierung beigetragen haben, so muß indessen der zu wünschenden Vollständigkeit derselben noch Manches abgehen, weil nur auf die Hauptklassen der vorzüglichsten Handelsartikel Rücksicht genommen werden konnte, weil die Spezifikation der Artikel nur auf den in den Fuhrbriefen enthaltenen Angaben beruht, und endlich, weil die Kantons Grenzen nicht vollständig und genau beaufsichtigt werden, auch namentlich die wichtige Viehausfuhr des Anmeldens bei den Grenzposten enthoben ist. Die in Anlage enthaltene Tabelle liefert das Ergebniß dieser Waaren-Kontrollierung der fünf letzten

*) S. Beilage Nro. XLI.

Jahre, während welcher sie statt gefunden. *) Derselben sind in einer unmittelbar darauf folgenden Anlage die Hauptsummen des gleichzeitig kontrollierten Waarentransits durch den Kanton beigefügt, und zeigen, daß sich letzterer, ungeachtet der so oft gerügten mangelhaften Einrichtung keineswegs vermindert hat. **)

Die in der Verordnung vom 18. Januar 1749 für jegliche Zollfrevel ausgesprochene Konfiskations-Strafe mußte seit langem schon unpassend erfunden werden, einerseits weil sie selbst für die bedeutenderen und grelleren Fälle allzu scharf und außer allem Verhältniß zu dem bei durchgehends niedrigen Zollansätzen auch nicht sehr beträchtlichen Defraudationsbetrag vorkam; anderseits aber, weil eben aus diesem Grunde die Strafe nur selten und immer mit Widerwillen angewendet, und in Ermangelung mildernder Vorschriften viele geringere Vergehen mit allzuwenigem Nachdruck geahndet wurden. Diesem Uebelstande abzuhelpen, wurde bereits im Jahre 1818, und sechs Jahre später durch die jetzt bestehende vervollständigte Verordnung, welche zugleich die nöthigen Exekutions-Vorschriften näher bestimmte, die Konfiskations-Strafe für Zollvergehen abgeschafft, und durch eine Bußvorschrift von höchstens sechzig, mindestens zwanzig Franken ersetzt, so daß bei seitheriger Anwendung das Minimum von zwanzig Franken beinahe durchgängig zur Regel diente, und nur bei rezidiven oder gröberen Vergehen der Richter von der höhern Strafkompetenz Gebrauch machte.

Straf-Bestimmungen.

30. Jan. 1818.

7. Jan. 1824.

Unter der Mediations-Regierung, und noch einige Jahre später, war die Zollkommission, wie vor 1798, zugleich mit der Sorge für den Straßenbau beauftragt, weil dieser, wie oben bemerkt worden, sich aus den Verbesserungen des Zollsystems gebildet hatte.

Zoll-Administration.

Da aber das aus so verschiedenen Hauptbestandtheilen zusammengesetzte Zollwesen einer immer sich mehrenden und umfassendern Aufsicht bedurfte, und auch die Obliegenheiten des Straßen-Departements gleichmäßig zugenommen, so wurde die

8. April 1818.

*) S. Beilage Nro. XLII.

**) S. Beilage Nro. XLIII.

Trennung dieser beiden bisher vereinigten Administrationen erkannt, und erstere der Leitung einer eigenen unter dem Finanzrath stehenden Behörde — Zoll-Kommission — übertragen. Bei der Schwierigkeit unter den obwaltenden Umständen, die angemessenen allgemeineren Verbesserungen auszuführen, mußte die Aufgabe der Behörde vorzüglich darin bestehen, den hergebrachten Bestand getreulich aufrecht zu erhalten, auf Abhülfe der einzelnen Mängel, so viel es sich thun ließ, einzuwirken, und dem Verkehr überhaupt die mit der bestehenden Einrichtung vereinbaren Erleichterungen zu verschaffen.

Die jetzigen Zölle könnten allerdings besser vertheilt seyn; drückend können sie nicht genannt werden. Aus der durch den eidgenössischen Zollrevisor veranstalteten Berechnung der jetzigen Zölle auf den Straßenzügen zwischen Rorschach und Genf ergibt sich, daß die Ansätze auf den Straßen des hiesigen Kantons, im Verhältniß zu den Stundenlängen, noch etwas weniges unter dem Mittel des gesammten schweizerischen Zollbetrags auf diesen Straßen verblieben sind.

Die schon hievor angezogene Tabelle zeigt, wie der Zollertrag nach seinen Hauptbestandtheilen vom Jahre 1815 bis und mit 1830, von Jahr zu Jahr zugenommen hat, und von Fr. 76,567 Rp. 30 bis auf Fr. 170,623 Rp. 90 angestiegen ist, welches dem hinzugekommenen Ertrage des leberbergischen und des Burenzollens, und neben dem Einfluß einer sorgfältigen Beaufsichtigung und Kontrollierung, hauptsächlich der in diesem Zeitraume der Ruhe und des Friedens auffallenden Zunahme des Handelsverkehrs zugeschrieben werden muß.

Zur Vollständigkeit endlich wird in einer besondern Anlage verzeigt, wie die gesammte Zolleinnahme vom Jahre 1830 sich aus dem Ertrage der einzelnen Zollposten gestaltete, welche sämmtlich nach der angenommenen Klassifikation aufgezählt sich befinden. *)

*) S. Beilage No. XLIV.

n. S t e m p e l t a r e.

Sowohl das von der Mediations-Regierung den 22. Mai 1805 erlassene Stempelgesetz als die nachher über dasselbe noch herausgekommenen näheren Bestimmungen und Erläuterungen wurden im Jahre 1814 unverändert beibehalten, und bestanden bis den 1. Juli 1820 in Kraft:

Im Frühjahr 1820 fand sich die Regierung, wie schon oben gemeldet worden, auf den Rapport der wegen Verbesserung Hievon S. 247. der Staats-Finanzen außerordentlich niedergesetzten Standes-Kommission bewogen, zum Behufe der Verzinsung und allmählichen Tilgung der Staatsschulden, zugleich mit der Konsumo-Gebühr, eine Erhöhung der Stempeltare einzuführen, welche den 1. Juli 1820 ihren Anfang genommen; jedoch mit der bestimmten Erklärung, daß dieselbe nur so lange bestehen solle, bis die sämtlichen Staatsschulden getilgt seyn werden; der erhöhte Stempelbetrag wurde daher von den gewöhnlichen Stempel-Einkünften getrennt, und statt an die Staatskasse, an den zu Abbezahlung der Staatsschulden bestimmten Tilgungsfonds abgeliefert.

Ob schon zwar die unzinzbare Staatsschuld noch nicht gänzlich getilgt ist, so wurde dennoch in Folge Beschlusses vom 6. Dezember 1830 der erhöhte Stempel, so wie die Konsumo-Gebühr mit dem 1. Januar 1831 aufgehoben, und bis zu Erlassung eines neuen Stempelgesetzes die Verordnung von 1805 für einstweilen wieder in Kraft gerufen. Wegen den seither eingetretenen Umständen, ist aber die Behandlung eines neuen, im Entwurfe bereits ausgearbeiteten und neue Erleichterungen, zumal eine Ausdehnung der von der Gebühr zu enthebenden Gegenstände vorschlagenden Stempelgesetzes unterlassen worden, so daß bis auf fernere Verfügung die Verordnung von 1805 in Vollziehung bleibt.

Nach der Bestimmung des Stempelgesetzes von 1805 wurde der Preis des Stempelpapiers folgendermaßen festgesetzt, als:

Großdoppelfolio	der	Bogen	zu	.	Bk.	5
Klein	„	„	„	„	„	3
Einfachfolio	„	„	„	„	„	2

Quart der Bogen zu . „ 1

Oktav „ „ „ . „ ½

für Drucksachen, als Zeitungen, Wochenblätter, Ankündigungen, so im Kanton gedruckt und ausgegeben werden :

der Foliobogen à Rp. 2

und die kleineren Blätter . à „ 1

Für die außer dem Kanton gedruckten Zeitungen und Journale, die in den Kanton gebracht werden, werden nach ihrem Format und der Zahl der wöchentlichen Erscheinung von Fr. 4 bis Bg. 2½ per Quartal an Stempelgebühren erhoben, und endlich ist jedes Kartenspiel einer Stempeltaxe von Bg. 1 unterworfen, und daher der Verkauf derselben dem Stempelamt zu den durch das Gesetz bestimmten Preisen übertragen.

Ueber den Gebrauch des höhern oder geringern Stempelpapiers enthält die Verordnung von 1805 eine einzige Bestimmung, daß nämlich die geschwornen Schreiber zu Ausfertigung aller Arten von Kontrakten und Instrumenten, Obligationen, Vergabungen und Testamenten, von dem Großdoppelfolio à 5 Bg. gebrauchen sollen, für alle andern, durch das Gesetz dem Stempel unterworfenen Gegenstände, ist jedem überlassen, sich desjenigen Stempelpapiers zu bedienen, das er vonnöthen hat.

Das nunmehr wieder aufgehobene Stempelgesetz von 1820 enthielt über den Gebrauch von Stempelpapier im Wesentlichen die nämlichen Bestimmungen, wie dasjenige von 1805; nur in Betreff der Ausfertigungen von Transaktionen und Schuldverschreibungen mit Zinsverpflichtungen, so wie für die Wechsel war dasselbe bedeutend strenger; sonst bestand die Veränderung des Gesetzes mehr in der Erhöhung der Taxe als in einer größern Ausdehnung, da auch die Rechnungen und Quittungen von Fr. 20 und darunter dem Stempel enthoben blieben; statt der frühern Preise wurden dieselben folgendermaßen bestimmt :

Großdoppelfolio der Bogen zu Bg. 10 u. Bg. 5

Klein „ „ „ „ 4

Einfachfolio „ „ „ „ 2

Quart „ „ „ „ 1½

Oktav „ „ „ „ 1

Die Taxen der Drucksachen, Zeitungen und Kartenspiele blieben unverändert.

Wie hingegen das frühere Gesetz bloß die geschwornen Schreiber verbindlich machte, für alle Transaktionen und Schuldverschreibungen mit Zins-Verpflichtungen, von dem höhern Stempelpapier zu gebrauchen, so wurde durch die spätere Verordnung diese Vorschrift auch auf die Partikularen ausgedehnt, und zwar mit folgender Bestimmung, daß für alle Schuldverschreibungen über Fr. 1000 an Werth, zehnbaziger, und für diejenigen von Fr. 1000 und darunter bis Fr. 20 fünfbaziger Stempel gebraucht werde.

Die Wechselbriefe und Assignationen waren folgender Stempeltaxe unterworfen:

Von Fr. 20 bis unter Fr. 300 Bz. 1

„ „ 300 „ „ „ 1000 „ 2

„ „ 1000 und darüber . . „ 4

Gegenwärtig werden sie nun wieder ohne Unterscheid des Werthes mit dem 5 Rp. Stempel wie ein Oktavblatt versehen.

So wie nun das Stempelgesetz gegenwärtig besteht, ist es weder für den Geschäfts- oder Handelsmann noch für den Landmann drückend; und wenn dasselbe schon während zehn Jahren sowohl wegen seiner Ausdehnung als der Taxe bedeutend strenger war, so blieb es auch damals unter dem Verhältniß in Vergleichung mit andern Stempelgesetzen der Eidgenossenschaft, z. B. des Kantons Waadt, wo nach den dortigen Bestimmungen vom Jahre 1829 alle Schuldverschreibungen, sie mögen verzinßbar oder unverzinßbar seyn, nach dem Betrag der Summe auf Stufen-Stempelpapier ausgefertigt werden müssen:

als von Fr. 20 à Fr. 100 auf Stempel à Bz. 1

„ „ 100 „ 200 „ „ „ 2

„ „ 200 „ 300 „ „ „ 3

„ „ 300 „ 400 „ „ „ 4

„ „ 400 „ 600 „ „ „ 6

„ „ 600 „ 1000 „ „ „ à Fr. 1

„ „ 1000 „ 2000 „ „ „ „ 2

und so weiters je für Fr. 1000 einen Franken mehr, so daß für eine Obligation von Fr. 50,000 an Stempelgebühr Fr. 50 bezahlt werden muß, während dem hier für eine gleiche nach der erhöhten Taxe nie mehr als Fr. 1 bezahlt wurde, und jetzt nur noch Bk. 5. Auch sind im Kanton Waadt alle Register der Notarien und die Handelsbücher dem Stempel unterworfen.

Aus der Uebersicht der Stempel-Einkünfte vom Jahr 1814 bis 1830*) ersieht man, daß während den 17 Jahren der wirkliche Stempelertrag sich auf . . . Fr. 1,025,877 Rp. 97¾ beläuft, oder im Durchschnitt per Jahr auf . . . „ 60,345 „ 76 worunter aber der erhöhte Stempel, welcher auf Fr. 247,129 Rp. 5 sich beläuft, nicht begriffen ist.

o. D h m g e l d.

S. 55 u. f.

Die staatsrechtlichen Verhandlungen über das Dhmgeld sind bereits in dem Berichte des Geheimen Rathes berührt worden. Hier ist also nur dasjenige nachzuholen, was zur Kenntniß dieser Staatsabgabe als Zweig der Finanzverwaltung dienen kann. Anfangs 1814 bestand nach den damaligen Verordnungen**) als Dhmgeldabgabe bezogen: Rp. 3 pr. Maß vom Schweizerwein; eben so viel vom Kantonswein, sobald er den Ort seiner Erzeugung verließ; Rp. 10 pr. Maß von allen fremden Weinen, mit begünstigender Ausnahme für Biel und Neuenburg; Rp. 3 vom Bier; Bk. 2½ vom Branntwein, und Bk. 5 vom Weingeist.

Die Belegung des inländischen Gewächses war Folge der Mediationsakte gewesen; durch das erhöhte Dhmgeld von fremden Weinen hatte man vorzüglich die Hebung des inländischen Weinbaues bezweckt. Allein es zeigte sich bald, daß diese Maßregel mehr den Nebgeländen der benachbarten Kantone, als den

*) S. Beilage Nro. XLV.

**) Verordnungen vom 6. Mai 1805, 2. Oktober gleichen Jahrs, 23. Mai 1807, 19. Oktober 1808, 15. März und 7. April 1829, zu welchen noch einige speziellere Vorschriften kamen.

unsrigen zu statten komme; daß ferner das einzige Unterscheidungsmittel, die Ursprungsscheine, jeden Handel aus zweiter Hand empfindlich lähme, und doch höchst unsicher sey; und daß endlich diese Verfügung den Wein für die große Zahl seiner hiesigen Konsumenten vertheuere, deren Interesse man doch vorzugsweise vor demjenigen der äußern und innern Rebgeländer zu berücksichtigen hatte. Von der so hohen Abgabe auf den gebrannten Wassern erwartete die Regierung keine besondern finanziellen Vortheile, da sie wohl wußte, daß hohe Abgaben nicht zu großen Einnahmen führen. Ihr Zweck war ausschließlich die Hemmung des überhand genommenen Branntwein-Verbrauchs, den man für schädlich hielt.

Nach Auflösung der Mediations-Akte erließ nun die Regierung eine neue Verordnung, welche, um den Ohmgelds-Ertrag durch die Enthebungen nicht zu vermindern, die Weinabgabe auf Rp. 5, den Branntwein auf Bg. 3, und den Weingeist auf Bg. 6 erhöhte, aber dagegen auch das Ohmgeld von allem inländischen Wein und Bier, so wie jeden Unterschied in der Belegung der auswärtigen Weine aufhob. Diese Verordnung wurde später zu Gunsten der inländischen Wasserbrenner und zu Gunsten des Weinhandels in mehreren Punkten modifizirt oder vervollständigt. Sie besteht in dieser Form noch jetzt; denn die Retorsionsanstalten in den Jahren 1822, 1823 und 1824 machten eine bloße Episode in dem vor- und nachher gleich einfachen Gange der Ohmgeldsgeschäfte. Bei Aufhebung der Retorsion war eine neue Ohmgeld-Erhöhung für nicht schweizerische Weine vorgeschlagen worden; allein zu den Gründen, die im Jahre 1815 die Aufhebung dieser damals bestandenen verschiedenen Belegung äußerer Weine bewirkten, war seither noch die Vereinigung des Leberbergs als neues Hinderniß hinzugekommen, da der neu vereinigte Landestheil seinen Weinbedarf fast ganz aus Frankreich ziehen muß; und daher durch eine solche Maßregel entweder auffallend benachtheiligt, oder aber zum Theil davon enthoben, und in Folge dessen eine den innern Handel hindernde Mauthlinie zwischen beide Landestheile gelegt werden mußte.

24. Mai 1815.

26. Nov. 1823.

7. Jan. 1824.

19. Sept. 1827.

9. Juni 1830.

Die Rechnungen zeigen den Ertrag des Ohmgelds, wie folgt:

1814 . . .	Fr. 110,534	1822 . . .	Fr. 204,775
1815 . . .	„ 102,385	1823 . . .	„ 197,242
1816 . . .	„ 195,224	1824 . . .	„ 270,924
1817 . . .	„ 128,131	1825 . . .	„ 252,896
1818 . . .	„ 171,969	1826 . . .	„ 258,709
1819 . . .	„ 244,424	1827 . . .	„ 270,351
1820 . . .	„ 297,513	1828 . . .	„ 350,147
1821 . . .	„ 222,364	1829 . . .	„ 343,593

Jede Auflage ist zwar eine Belästigung der Landesangehörigen, und so auch das Ohmgeld; — allein, als Auflage betrachtet, mußte die Regierung dasselbe in seiner gegenwärtigen Gestaltung, welche durch Erstattung des bezahlten Ohmgelds bei der Wiederausfuhr des Weins, und durch Anweisung der Kaufhäuser zu Entrepôts dem Weinhandel wesentliche Erleichterung gewährt, allen billigen Erfordernissen einer zweckmäßigen Finanzverwaltung ziemlich entsprechend finden; denn nach allgemeinen finanziellen Grundsätzen ist bei Erhebung von Abgaben diejenige vorzuziehen, die bei verhältnißmäßig geringsten Bezugskosten und wenigsten Belästigungen am meisten einträgt, und der Industrie am wenigsten schadet. Diesen Erfordernissen durch eine andere Abgabe besser zu entsprechen, als es das Ohmgeld thut, dürfte keine leichte Aufgabe seyn, obschon auch die jetzige Einrichtung desselben vielleicht noch in einigen Punkten, namentlich mittelst Herabsetzung der Auflage auf die Einfuhr gebrannter Wasser, zumal des Weingeists,*) sich verbessern lassen wird.

p. Handänderungsgebühren, Kanzlei-, Polizei- und Gerichts-Sporteln.

Diese Gebühren beruhen hauptsächlich auf dem Emolumenten-Tarife von 1813, von welchem schon hievor in dem

*) Die hohe Einfuhrgebühr reizte zu Defraudationen, und hat schon zu manchen unbeliebigen Untersuchungen gegen sonst wohlbeleumdete Personen Anlaß gegeben.

Berichte über die Geseze die Rede gewesen. Insofern sie zu Handen des Staats verrechnet werden, sind die hauptsächlichsten derselben:

a) Die Handänderungsgebühren, welche an die Stelle der ehemaligen progressiven Siegelgelder getreten, und jährlich ungefähr Fr. 40,000 abtragen; sie werden von allen Liegenschaftshandänderungen, mit Ausnahme der geldstaglichen Liquidationen, Motherbschaften und Theilungen bezogen, und betragen $\frac{1}{2}$ % des Capitalwerths oder des Kaufpreises.

b) Die Kanzlei-Emolumente und Patent-Gebühren, von jährlich ungefähr Fr. 18,000 Ertrag.

c) Die Sporteln des Ober-Appellationsgerichts von beläufig Fr. 4300 pr. Jahr.

d) Die Ober-Geherichts-Sporteln, welche zur Besoldung des Ober-Geherichtsschreibers, der Bezahlung seiner Bureau-Kosten, der Besoldung des Offizials, und zu einer kleinen Zulage für den Präsidenten *) direkt angewiesen sind, und daher so wenig als obige dadurch gedeckten Kosten in der Staatsrechnung erscheinen.

e) Die Sporteln der oberamtlichen Audienzen und Amtsgerichte zusammen von c. Fr. 4,000 pr. Jahr.

Neben diesen eigentlichen Einnahmen des Staats genießt derselbe aber noch indirekt bedeutende Vortheile von denjenigen Sporteln und Stipulationsgebühren, welche den Amtsschreibern und Oberamtleuten angewiesen sind.

Die Amtsschreibereien sind die Kanzleien der Oberämter, aber der Staat liefert ihnen nur die Wohnung, besoldet dagegen weder die Amtsschreiber **) noch ihre Angestellten, und bezahlt sogar nur einen Theil ihrer Auslagen für die oberamtliche Kanzlei.

Sie sind für ihr ganzes Honorar sammt Kosten auf die obgedachten, ihnen überlassenen Stipulationsgebühren und Spor-

*) Der aber jährlich nicht auf Fr. 300 ansteigt.

**) Unter besondern Umständen erhalten einige Amtsschreiber, zumal in den oberländischen Aemtern, jährlich kleine Gratifikationen.

teln angewiesen, welche also dem Staate indirekt eben so viel eintragen, als ihm die Amtsschreibereien ohne das kosten würden.

Auch die oberamtlichen Sporteln gewähren dem Staate indirekten Ertrag. Sie machen einen Theil der oberamtlichen Besoldung aus, und bei Abwesenheiten oder Krankheiten des Oberamtmanns bildet ihre Ueberlassung an den seine Stelle vertretenden Amtsstatthalter, dessen Remuneration für seine Verrichtungen, wesswegen auch die Amtsstatthalter als solche keinen besondern Gehalt beziehen.

Ausnahmen von obiger Einrichtung machen die drei Aemter von Pruntrut, Delsberg und Freibergen. Hier bestehen größtentheils noch die französischen Geseze und die mit denselben in enger Verbindung stehende Registersteuer. Letztere ist eine ziemlich produktive Abgabe, welche die gedachten drei Aemter zu ihren eigenen Händen erhoben, und um deren Beibehaltung sie die Regierung wiederholt ersucht haben. Da nun diejenigen Handlungen und Verträge, auf welchen der Staat in den übrigen Aemtern seine Handänderungsgebühren bezieht, oder deren Sporteln und Stipulationsgebühren er den Amtsschreibern als Honorar anweist, hier durch diese Registersteuer belegt werden, und dieß nach einem weit höhern Tarife, wie denn z. B. die Handänderungen daselbst 2 % bezahlen, so konnte der Staat nicht neben diesen hohen Gebühren noch kumulativ seine Handänderungsgebühr und die Amtsschreiberei-Einkünfte beziehen, und mußte vielmehr die Besoldung der drei dortigen Amtsschreiber übernehmen. Dagegen erhebt er den vierten Theil der Registersteuer von den nämlichen Handänderungen, die im übrigen Kanton $\frac{1}{2}$ % Handänderungsgebühr bezahlen, wonach dieses Verhältniß demjenigen im alten Kanton in Rücksicht auf die Staatseinnahme genau gleichgestellt wird. Die Besoldung der drei Amtsschreiber beträgt ohne die Wohnung . . . Fr. 6985 und die Besoldung der beiden Amtsschreiber von Pruntrut und Delsberg, als Sekretärs der dortigen Amtsgerichte, mit Einschluß ihrer fixen Bureaukosten „ 2079

Zusammen . . . Fr. 9064

Vortrag Fr. 9064

Als Ersatz für diese Kosten, welche dem Staate bloß als Folge der Beibehaltung der Register-Steuer auffallen, bezieht er von derselben $\frac{1}{10}$ ihres reinen Ertrags, was in den Jahren 1827, 1828, 1829 im Durchschnitt abtrug „ 2458

Der Staat verliert also jährlich durch die Beibehaltung dieser Einrichtung Fr. 6606

q. Militär-Dispensationsgelder.

Für diese Gebühren, welche im Jahre 1820 gegen Aufhebung der Auszüge und Dragoner-Gelder eingeführt wurden, bezieht man sich hier auf den Bericht des Kriegsdepartements. Oben S. 201.

Ihren Ertrag zeigen die Auszüge der Landesrechnung.

r. Verhältnisse des Staats mit den Brand- und Hagel-Affekuranz-Anstalten.

Zufolge der Verordnung über die Brandversicherungs-Anstalt, von welcher weiter unten in einem besondern Abschnitte die Rede seyn wird, hat der Staat alle seine Gebäude in dieselbe einschreiben lassen, und insoweit steht er gegen dieselbe im gleichen Verhältnisse, wie jeder versicherte Privatmann; überdieß aber gewährt er der Anstalt noch Unterstützung in der Verwaltung. Die Staatskassen bezahlen alle auf Anweisung der Brandaffekuranz-Kammer zu leistenden Vergütungen, und erhalten dagegen ebenfalls die von der Brandaffekuranz-Kammer jährlich ausgeschriebenen Beiträge. Halbjährlich rechnet die Staatskasse mit der Brandaffekuranz-Kammer ab, wobei es sich gewöhnlich findet, daß sie für dieselben Kassen in mehr oder minder großem Vorschusse bleibt. So hatte Ende 1827 die Staatskasse restanzlich herauszufordern . Fr. 67,658 Rp. 45

1828	„ 29,528	„ 85
1829	„ 56,954	„ 29

Brand-Affekuranz.

Die Hagelaffekuranz ist eine besondere Gesellschaft mehrerer Kantone und der Regierung insofern fremd. Indessen hat die Regierung dem Wunsche der Gesellschaft gemäß und zu Unter-

Hagel-Affekuranz.

stüzung der Anstalt ihre Domainen und Zehnten durch dieselbe versichern lassen. Sie hat dabei fast alle Jahre verloren, und muß verlieren, weil die Gesellschaft bloß die bezogenen Beiträge auf die Hagelschaden vertheilt, so weit sie reichen mögen, aber vorerst die sehr bedeutenden Kosten abzieht, und also das Land im Durchschnitt nur die bezahlten Summen nach Abzug der als reiner Verlust erscheinenden Verwaltungskosten zurückerhält.

Allerdings ist also diese Versicherung dem Staatsschatze nachtheilig, auch wurden in den 3 Jahren 1827, 1828 und 1829 Fr. 6567 Rp. 74, also im Durchschnitte Fr. 2189 Rp. 25 im Jahr eingebüßt, und der erlittene Hagelschaden bleibt dennoch ungedeckt auf dem Ertrag der Zehnten und Domainen abgezogen. Man glaubte, die Anstalt könne, wenn schon nicht für die Regierung, doch für die einzelnen Privaten vortheilhaft seyn, und sey also einer Unterstützung von Seite der Regierung werth.

s. Lehen-Kommissariat. *)

Das deutsche Kommissariat wurde 1786 nach dem Vorbilde des viel ältern waadtländischen, für die Besorgung aller Herrschafts-, Lehen-, Bodenzins-, Zehnt- und Domainen-Angelegenheiten, und für die Aufbewahrung aller obrigkeitlichen Titel und Urkunden errichtet. Die Arbeiten dieser neuen Beamtung waren in Vereinigung der Bodenzinse nach einem neuen, vollständigen, aber zugleich kostspieligen System, und in Ordnung des Archivs schon weit vorgerückt, als die Revolution sie unterbrach. Die Mediations-Regierung stellte das Kommissariat, bestehend aus einer obern, einer untern und einer jetzt eingegangenen Archivarstelle, wieder her; es hatte die Vollziehung der neuen Gesetze über die Kostäuflichkeit der Zehnten, Bodenzinse und übrigen ablösslichen Gefälle, die Vereinigung der beibehal-

*) Dieser Abschnitt hätte schicklicher oben nach demjenigen über die Zehnt- und Bodenzinsgefälle eingeschaltet werden können, wenn nicht, so viel möglich, die Rubriken der Standesrechnung wären befolgt worden, unter welchen das Lehen-Kommissariat natürlich nur im Ausgeben erscheint.

tenen, die Planimetrationen und Vermessungen der Lehengüter und Domainen, die neue Urbarisirung der Pfarrgüter und damit verbundenen Gefälle, und endlich die Fortsetzung der archivarischen Arbeiten zu besorgen; sein Geschäftskreis war, besonders in den ersten Zeiten, wo alles neu begründet werden mußte, sehr mühsam, und erforderte die volle Thätigkeit der damit beauftragten Beamten, deren einer noch über jene Arbeiten hinaus, das Archiv mit einer urkundlichen Geschichte des Kantons und der Stadt bereichert hat. *)

Was nun in diesen verschiedenen Geschäftszweigen seit 1814, und besonders seit 1816, in welchem Jahre der jetzige Lehenkommissair seine Stelle angetreten, geleistet worden ist, macht den Vorwurf der nachfolgenden gedrängten Darstellung aus.

Das Kommissariat ist Referent des Finanzraths über alle Streitigkeiten und Erörterungen, welche Kantonsgrenzen, Domainen, mit Ausschluß der Waldungen, Zehnten, Lehen, Grundzinse betreffen; Berechnung und Entwerfung aller Loskäufe, Sackzehnten, Verstückelungs- und Land-Konzession; Kaufanträge von Kollaturen, Zehnten, Bodenzinsen; Loskaufstreitigkeiten zwischen Partikularen, die der Finanzrath besprüchet; Belehnungsbriefe für Mannlehen; und alle nachfolgenden besondern Gegenstände. Hiezu kam in neuesten Zeiten, die Berichterstattung über die Vorschläge und Meldungen des leberbergischen Obereinnehmers über das Katasterwesen des Jura. — Dieser wichtigste Gesamtzweig der Kommissariatsgeschäfte veranlaßt jährlich etwa 450 Berichte und Projekte, und ist übrigens seiner Natur nach keiner nähern Auseinandersetzung fähig.

Die Aufsicht über das Archiv führen nun die beiden Lehenkommissarien, ohne eigenen Archivar. Eine Instruktion vom 28. April 1821 umfaßt diesen Theil ihrer Geschäfte. Jährliche oder etwas seltenere Revisionen; Einlegung neuer Titel, Bücher, Pläne; Einschreibung aller neuen Aktenstücke, Verbale, Titel

*) Die Arbeit des verstorbenen Hrn. Unter-Kommissärs Ryhiner besteht aus 4 Foliobänden Geschichte des Kantons Bern bis 1414 und aus 5 Foliobänden Geschichte der Stadt Bern bis 1475.

und Anmerkung am geeigneten Orte; theilweise neue Ordnungen; Nachführung aller Registraturen; Führung der Kontrolle über Ausgabe und Rückempfang u. a. m. beschäftigen fortdauernd.

Das eigentliche Titelarhiv wurde schon von 1804 an, den Aemtern nach geordnet, mit Amtsinventarien und alphabetischen 197 Bände füllenden Personal- und Realregistern versehen. Diese Arbeit ist nun vervollständigt und vor einigen Jahren noch revidirt worden, so daß dieser Theil des Archivs, welcher immer neuen Zuwachs erhält, nun als gänzlich geordnet angesehen werden kann.

Nach dem gleichen System wurden auch die Verträge mit der Eidgenossenschaft, andern Kantonen und fremden Staaten, ganz neu, nach den jetzigen politischen Ländereinteilungen, geordnet und die Revision aller Amtssarchive besorgt, so weit sie das Lehen-Kommissariat berühren; auch die Masse alter, nun noch bloß historisches Interesse darbietender Korrespondenz, suchte man nach Ländern, Kantonen und fürs Innere nach Materien zu ordnen. Wenn aber auch die beiden Kommissarien diesem Theil ihres Geschäftskreises mehr Zeit widmen könnten, so wäre noch auf lange Zeit Arbeit vorhanden, die sich indessen für den Geschichtsforscher reichlich lohnen dürfte, wie die Benützung der zahlreichen bis in das frühe Mittelalter hinaufgehenden, und meist wohlerhaltenen Urkunden, schon gezeigt hat.

Die gesammten Bureau-Auslagen betragen seit 1803 durchschnittlich jährlich, ohne die Gehalte der Kommissarien, Fr. 3900. In den letzten Jahren jedoch nur noch bei Fr. 3300.

Bezugs-Stat.

Vor 1798 sollte der deutsche Ober-Kommissär jährlich die sämmtlichen Amts- und Schaffnerei-Rechnungen einsehen, und prüfen, ob die Grundgefälle richtig verrechnet seyen. Wenige Jahre vor 1816 fieng das Kommissariat an, der Buchhalterei einen jährlichen Etat der Veränderungen der Gefälle, zur Rechnungsprüfung, zu übergeben. Die neuen Bodenzinsheischrödel wurden nach genauer Vergleichung mit den Urbarien im Lehen-Kommissariate gemacht. Auch wurden Zehnrödel, die den Zehntertrag seit 1803 Aemterweise enthalten, zusammenzutragen angefangen.

Dieser Zweig des Lehen-Kommissariats hat nun folgende Verbesserungen erhalten. Alle Oberämter und Schaffnereien besitzen jetzt gleichförmige Zehnrödel, welche im Lehen-Kommissariat und auf den Oberämtern und Schaffnereien jährlich nachgeführt werden. Rechnungen und Urbarien sind dadurch in genaue Verbindung gebracht, und für Loskäufe, Sackzehnten und selbst für einen Kapital-Etat können jeden Augenblick die Durchschnitte des Ertrags seit 1803 berechnet werden. Die Bodenzinsheischrödel aller Schaffnereien sind revidiert und genau mit den Urbarien verglichen worden; von jedem ist eine spezifizierte Bodenzinstabelle für alle Oberämter und Schaffnereien im Lehen-Kommissariat. Am Ende jeden Jahrs wird, vermittelt der Kontrolle über alle Einschreibungen und Anmerkungen, jede Veränderung, Vermehrung und Verminderung in Zehnrödel- und Heischrödel-Tabellen eingetragen. Endlich wird hiezu mit zusammenhängend, und mit viel größerer Sicherheit als früher geschah, die jährliche Veränderungskontrolle der Gefälle verfertigt, und alles mit der Buchhalterei zu erörtern, daß die Rechnungen und obige Tabellen immer gleichförmig bleiben, und also nie mehr Irrthum einschleichen kann, was früher so leicht und oft geschah.

So wie der Bezug der Mannlehen-Ehrschätze nur periodisch, etwa alle 5 oder 10 Jahre revidiert werden kann, so ist hingegen vor einigen Jahren der Bezug der Ehrschätze im Emmen- und Ober-Aargau, durch ein neues Reglement, und durch genaue Untersuchung, welche Urbarien und welche Lehengüter ehrschatzpflichtig seyen, neu geregelt worden.

Die Kantons Grenzen sind nun nach und nach gemeinschaftlich mit Frankreich und mit den angrenzenden Kantonen genauer festgesetzt, überall wo es noch fehlte mit Steinen bezeichnet, durch neuere zusammenhängende Verbale und zum Theil auch durch Pläne gesichert worden. Noch sind bloß die Streitigkeiten mit Wallis auf Gemmi und Sanetsch und mit Freiburg auf dem großen Moose zu beseitigen, und zusammenhängende Verbale fehlen nur noch gegen Wallis und Luzern.

Ueber die Domainen der Schlösser und übrigen Pachtgüter

Renovationen.

wurden einige Domainen-Urbarien, zum Theil mit Plänen, aufgenommen, so wie Veranlassung dazu da war; so von Erlach, Nydau, Büren, Narberg, Friesenberg, Fraubrunnen, Narwangen, Burgdorf, Thorberg, Signau, Wimmis, Blankenburg. Es würde wenig fehlen, diese Domainen-Bereine vollständig zu machen.

Auf gleiche Weise wurden Pfarrgüter-Urbarien aufgenommen, da wo es aus besondern Gründen verlangt ward. Nur in den Amtsbezirken Thun und Interlaken ward die Maßregel schon früher und in Saanen unter der jetzigen Beamtung generalisirt.

Bei Gelegenheit der Errichtung der Zehnrödel wurden nach und nach alle Zehnten, welche bisher keine guten Verbale besaßen, gründlich ausgemarchet, so daß nun sämtliche Zehnten des Staates entweder ältere oder neuere Verbalien besitzen. Seit 1816 wurden Zehnturbarien der Aemter Wangen, Narwangen, Trachselwald, Signau, Schwarzenburg, Wimmis, Laupen, Büren, Nydau, Erlach verfertigt oder angeordnet.

Die Bodenzinse wurden, mochten die Urbarien auch noch so alt seyn, selten anders als auf Verlangen der Träger bereinigt, in welchem Falle der Staat etwa $\frac{1}{3}$ an die Kosten zu bezahlen pflegt. Nur im Seelande ward wegen großer Verstückelung und Unordnung ein Generalberein nöthig. Ein wichtiges neues System ward in Bezug auf die Bodenzinse erst ganz neulich einzuführen angefangen. Es sollen nämlich Aemterweise die Trägersrödel erneuert, oder da wo sie ganz fehlen, neue errichtet, und zum Nachführen eingerichtet werden. Ist es möglich, bei dieser Gelegenheit die Beschreibungen der Bodenzinsgüter auf Parcellair-Pläne zu stützen, so wird es nicht unterlassen. Eine Instruktion schreibt die Nachführung dieser Trägersrödel so vor, und unterlegt sie der Controlle der Fertiggerichte, daß sie ganz garantiert ist. Die Verstückelung wird sodann, bis auf ein Minimum von etwa einer halben Tuchart freigegeben. Dieses System kann sehr bald auf alle Oberämter angewandt werden. Es befreit die Finanzbehörde von der zeitraubenden Behandlung der einzelnen Lehnverstückelungs-Gesuche,

sichert den Trägern den richtigen Bezug der Bodenzinse, und wird alle künftigen Bodenzins-Vereine überflüssig machen.

Die Direktion dieser Vermessungs-, Marchungs- und Renovations-Arbeiten, und die genaue Untersuchung der Pläne und Renovations-Aufsätze ist ein Hauptgeschäft des Lehen-Commissariates, für welches es mit seinen Arbeitern und den Oberämtern in Korrespondenz steht.

Die jährlichen Kosten hiefür sind im Voranschlage auf Fr. 4000 berechnet; im Durchschnitte betrugen sie seit 1803 jährlich Fr. 5300; seit 1823 betrugen sie jedoch Fr. 5000 bis 8000.

Es waren aber hierin außerordentliche Auslagen für Stempelung aller neuen Urbarien, und diejenigen für die Kantons-grenzen (mit Ausnahme derjenigen gegen Frankreich), endlich alle Marchungen und Vermessungen, welche die Oberämter selbst anordneten, begriffen.

Ein ganz neuer Zweig der Kommissariatsgeschäfte war seit 1809 die Landesvermessung. Herr Professor Trechsel begann diese Arbeit mit einer auf die 44,516 Fuß lange Basis auf dem Chablais-Moose gegründeten großen Triangulation, welche vorzüglich die Punkte Eugiez, Röthiflüh, Napf, Bantiger, Gurten, Hohgant, Niesen, Bern umfaßte. An diese große Triangulation wurden Sekundair-Triangulationen im Seelande, am Thuner- und Brienzensee, im Oberhasle und in den Amtsbezirken Bern und Laupen geknüpft. Endlich wurden Kultur-Massen-Pläne der Kirchgemeinden des Amtsbezirkes Bern begonnen, bis diese Arbeiten durch die Grenzzüge einige Unterbrechung erlitten. Der Maßstab war 1 Königszoll auf 800 Bernschuh.

Seit 1816 wurden nun die Sekundar-Triangulationen, und zur bessern Begründung dieser die Aufnahme einiger Hauptdreiecke, in alle übrigen Theile des alten Kantons ausgedehnt, so daß der ganze deutsche Theil des Kantons vollständig triangulirt ist. Viele Berechnungshefte wurden nachgerechnet, unvollkommene der ersten Sekundar-Triangulationen verbessert. Alle trigonometrischen Punkte wurden mit Steinen oder Pfäh-

len versichert. Jedoch wird die ganze Triangulation durch allmähliges Verschwinden dieser Punkte zu Grunde gehen, wenn man sie nicht benutzt, oder sonst für die Erhaltung der Steine sorgt.

Die Planimetration des Amtsbezirkes Bern wurde nach dem angenommenen Maßstabe fortgesetzt und beendet. Von jeder Kirchhore ist ein schöner Kulturmassenplan in einem oder mehreren Blättern da, und ein sehr schöner Generalplan des Amtsbezirkes in zwei Blättern.

Die Vermessung kostete von 1809 bis 1828:

Triangulation	Fr. 38,729 Rp. 80
Planimetration	„ 29,312 „ 95

Zusammen . Fr. 68,042 Rp. 75

Es standen jährlich dafür auf dem Staatsbudget Fr. 6000, welche aber seit 1818, da man über die Fortsetzung der Arbeit unentschlossen war, nie ganz gebraucht worden sind.

Man glaubte nämlich bald zu beobachten, daß die Planimetration des Amtes Bern nicht auf richtigen Grundsätzen beruhe. Schon das Taggelder-System war ökonomisch verwerflich, indem allzu kostbare Arbeit herauskam, welche nicht einmal irgend einer Verifikation unterlag. Sodann war der Zweck dieser Landes-Vermessung nicht bestimmt ausgemittelt; man konnte also nicht wissen, ob und nach welchem System fortgefahren werden sollte. Endlich waren Maßstab und Meßinstruktion gegen einander im Widerspruch; für den Detail, welchen die Instruktion zu messen befahl, war der Maßstab zu klein, nicht nach der wahren Größe bestimmt, nicht ein einfaches Bruchverhältniß.

Statt auf Fortsetzung anzutragen, legte das Kommissariat daher dem Finanzrathe im Jahre 1823 ein weitläufiges Memorial über die Landesvermessung vor, welches aber sehr widersprechende Meinungen rege machte, und ohne Erfolg blieb. Ein zweites, die auf jenes erstere erfolgten Finanzrath- und Rathesmeinungen berücksichtigendes Memorial von 1828 konnte seither noch nicht behandelt werden. Und so gerieth die Landesvermessung in Stocken.

Das Kommissariat gieng von dem Grundsatz aus, eine Landesvermessung müsse entweder seyn eine geographisch-militairische, um eine sehr genaue Detailkarte eines Landes zu erhalten, mit allen Vorzügen, welche die Ingenieurkunst bisher auf solche Vermessungen, in stäter Vervollkommnung, angewandt hat. Ein besserer und kleinerer Maßstab, und eine ganz veränderte Instruktion, nebst sehr bedeutender Kostenreduktion, hätten unsere Messung zu einer solchen machen können, deren militairischen und geographischen Nutzen man klar vor Augen gehabt hätte. Oder sie müsse seyn eine Messung nach Kulturmassen, wie die Idee wirklich vorgeschwebt zu haben scheint, und wie sie viel besser für den Kataster im Jura ausgeführt ward; hiezu war nun besonders der Maßstab zu klein, und die Instruktion ungenügend. Oder endlich eine Parcellair-Vermessung, welche die einzelnen Grundstücke umfaßt, und daher viel höher zu stehen kommt.

Das Memorial gieng ferner vom Grundsatz aus, eine Messung nach Kulturmassen könne nie in den Zwecken der Regierung liegen, weil im alten Kanton kein Staatskataster bearbeitet wird, und Massenpläne für die Gemeinskataster nicht passen; auch weil für Staatskataster Massenpläne als eine halbe Maßregel zu betrachten sind. Es ward also vorgeschlagen, entweder bloß geographisch-militairische Messung, zur Benutzung der sonst ganz vergeblichen Triangulation und zu bestimmt vor Augen liegenden Zwecken in kleinem Maßstabe. Oder Parzellair-Vermessung für Staat und Gemeinden zugleich, auf halbe Kosten, zum Zwecke der Gemeinskataster, des Bodenzinswesens, des Hypothekarwesens und vieler anderen Nebenzwecke.

Zugleich wurde auf Einführung eines Systems examinierter, patentierter, geschwornener Feldmesser, und eines eigenen Verifikators angetragen, damit Ordnung und Zuverlässigkeit in diesem Fache eingeführt werden.

Diesem Berichte über das Vermessungswesen ist nur noch beizufügen, daß Doppel der Massenpläne der Gemeinden des Jura im Lehenkommissariate aufbewahrt sind.

t. Besoldung der Beamten.

Da die Einrückung eines vollständigen Besoldungsetats der sämtlichen Regierungsbeamten seiner Weitläufigkeit wegen unmöglich wird, so folgen hier bloß die Besoldungen der obersten Behörden.

Kleiner Rath.	Der Amtsschultheiß erhält nebst freier Wohnung .	Fr. 5000
	Der nicht regierende Schultheiß " " "	" 2600
	Der Seckelmeister " " "	" 2200
	Jedes andere Rathsglied " " "	" 1000
	Zulagen erhalten die Präsidenten des Appellationsgerichts, des Justizraths und der Akademie, jeder "	800
	Der Amtsschultheiß, wenn er Präsident der Tag- sagung ist	" 8000
Appell. Gericht.	Jeder Appellations-Richter erhält	" 800
Ehegericht.	Jeder Ober-Eherichter	" 300
Die Oberamt- männer.	Die Oberamt männer zu Saanen und Oberhasle Fr. 1000, alle andern des alten Kantons Fr. 2500, zu Pruntrut Fr. 6000, zu Delsberg Fr. 5000, zu Freibergen, Courtlary und Münster Fr. 4000, nebst Wohnung und Beholzung.	
Amtsgerichte.	Die Amtsrichter erhalten je nach der Größe des Amtes	Fr. 200 — Fr. 300
	Die Amtsrichter von Freibergen, Münster und Courtlary jeder	Fr. 270.
	" " von Delsberg und Pruntrut jeder	Fr. 600.
Amtschreiber.	Für die Amtschreiber wird auf den vorhergehenden Artikel über die Sporteln hingewiesen.	
Gerichtsstatthalter.	Die Gerichtsstatthalter im alten Kanton nach der Bevölkerung ihrer Gerichtsbezirke in vier Klassen zu Fr. 100, 125, 150 und 200. Im Leberberge von Fr. 60¾ bis Fr. 230.	

Bei allen obigen und mehreren anderen Besoldungen, so wie bei den Besoldungen der protestantischen Geistlichkeit, besteht $\frac{1}{3}$ in Getreide; d. h. wenn der Marktmittelpreis des Dinkels um Martini Fr. 10 per Mütt oder darunter ist, so bleibt die Besoldung unverändert; ist aber gedachter Getreidepreis höher,

so wird den Beamten von einem Drittel ihrer Besoldung, für je Fr. 10 ein Mütt Dinkel, nach obigem Marktpreise in Geld bezahlt.

u. Staats-Budget und Standes-Rechnungen.

Den gesetzlichen Vorschriften gemäß soll allemal im Spätjahre ein Budget über die muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben des künftigen Jahres entworfen, und dem Großen Rathe zur Genehmigung vorgelegt werden. Die verschiedenen Departemente bearbeiten jedes ihr Fach, und die Buchhalterei fügt ihren Eingaben die Fächer der allgemeinen Staats- und Gerichts-Verwaltung und aller übrigen allgemeinen Gegenstände, die wichtigsten Theile des Kirchendepartementes und das Fach des Finanzdepartementes bei. Die in ein Ganzes vereinigten Budgets werden nun von dem Finanzrathe mit seinen Bemerkungen begleitet, vor Großen Rath gebracht, und wenn das Budget die oberste Sanction erhalten hat, so wird jedem Departement von der Annahme oder Abänderung seiner Vorschläge Kenntniß gegeben, und den ausgebenden Departementen die ihnen bewilligten Kredite inner den Grenzen der gesetzmäßigen Befugnisse eröffnet und übertragen. Bei den nachherigen Rechnungsablagen werden denn die effektiven Ertragenheiten und Verwendungen mit ihren daheringen Budgets-Ansätzen verglichen, und die Gründe, welche die Unterschiede herbeiführten, mit möglichster Genauigkeit herausgehoben.

Budget.

So wie sich im Privatleben jede Haushaltung nach ihren Hülfsmitteln einrichten muß, um nicht in Verfall zu kommen, so ist dieß auch mit der Staatshaushaltung der Fall. Der Staat muß seine Ausgaben nach seinen Hülfsmitteln einrichten, oder aber, wenn er dieß nicht kann, sich neue Hülfquellen eröffnen, um die erforderlichen oder sonst beabsichtigten Mehrausgaben damit zu decken. In beiden Fällen wird eine vorläufige Berechnung und Ausgleichung der muthmaßlichen Einkünfte und Ausgaben des Staats erforderlich, ohne welche die Erreichung des gedachten Zwecks nicht denkbar seyn kann. Diese Arbeiten sind es, welche unter dem Namen der Staatsbudgets

gegenwärtig in allen konstitutionellen Staaten bestehen. Sie sind eine wesentliche Verbesserung in der Verwaltungs- Theorie der Staatsfinanzen, und wurden deswegen im Jahre 1820 auch bei uns eingeführt. Hier haben nun die Budgets allerdings mehrere der Vortheile gewährt, welche man sich von ihnen versprach; sie haben aber auch die ganze Finanz- Verwaltung und manche Theile der übrigen Staatsverwaltung bedeutend erschwert und verwickelt, und eine finanzielle Absonderung unter die Departemente gebracht, die dem Staatsinteresse nicht immer günstig war. Ihre auffallenden Unzuverlässigkeiten in vielen Beziehungen, über welche man sich fast alle Jahre beklagte, hatten unsere Staatsbudgets übrigens mit den Budgets aller Staaten und den Vorausberechnungen aller Privaten gemein. Alle Möglichkeiten und Verhältnisse lassen sich nicht immer zum voraus richtig beurtheilen, und was denn gar noch die einer verschlossenen Zukunft aufbehaltenen Begebenheiten betrifft, so lassen sich dieselben nur nach Wahrscheinlichkeitsgründen, und öfters gar nicht berechnen. Die Voranschlagungen von Einnahmen und Ausgaben fallen daher, auch bei dem besten Willen, bald zu hoch, bald zu niedrig aus, und alles dieses muß denn natürlich auch die Departemente bewegen, sich auf alle Weise so einzurichten, daß die Einnahmen nicht unter ihre Voranschläge fallen, und die Ausgaben nicht darüber gehen mögen. Daher kam es denn, daß die Resultate der Budgets und der nachherigen Rechnungen der gleichen Jahre nicht besser zusammentrafen, und die Rechnungs-Resultate durchgehends weit günstiger waren, als die Budgets.

Standesrechnung.

Die Standesrechnung, welche jährlich unter dem Namen des jeweiligen Secfelmeisters in der Buchhalterei verfertigt wird, ist nicht die Kassarechnung eines einzelnen Beamten, da weder der Secfelmeister noch der Buchhalter Kassen führen, und also auch keine Rechnungen für eigene Geldverhandlungen abzulegen haben; sie ist nichts anders, als die Vereinigung aller dem Staate von den Beamten und Departementen abgelegten, und vom Finanzrath passierten Jahresrechnungen, eine Darstellung der Resultate der finanziellen Staatsverwaltung, in welchen

alles dasjenige, was sich in den zahlreichen Jahres-Rechnungen zerstreut befindet, in systematischem Zusammenhange geordnet erscheint.

Es ergibt sich hieraus, daß sie erst verfertigt werden kann, wenn alle die zahlreichen und weitläufigen Rechnungen, deren Gesamttinhalt sie eben darstellen soll, eingelangt, geprüft und passiert sind, was sich alles nie vor dem Spätjahre beendigen läßt, und daß folglich auch die Ständesrechnung erst nach diesem Zeitpunkte erscheinen kann. Ihre Verspätung liegt daher in der Natur der Sache selbst; sie ist bei der gegenwärtigen Einrichtung des Rechnungswesens unvermeidlich, und dieß ist auch der Grund, warum bei gegenwärtigem Berichte die Rechnung des Jahres 1830 noch nicht aufgenommen, und nur bei einzelnen Zweigen desselben ihrer Erwähnung geschehen konnte.

Der Finanzrath verfügt die Prüfung der Ständesrechnung durch ihre Vergleichung mit sämmtlichen in ihr substantiell vereinigten Jahresrechnungen der Beamten, worauf denn dieselbe successive den Passationen des Finanzraths, des Kleinen Rathes und des Großen Rathes unterliegt. Vor letztern gelangt sie begleitet von einem ausführlichen Berichte des Finanzraths; aber außerdem noch mit dem Berichte einer eigenen, alle Jahre neu erwählten Ständekommission, welche die Rechnung in ihren verschiedenen Beziehungen untersucht. Letztere Institution hat sich im Ganzen als sehr zweckmäßig bewährt, und ist eine der schätzbarsten Verbesserungen, welche 1820 in der Finanz-Verwaltung vorgenommen worden sind.

Was übrigens die Sorgfalt und Genauigkeit der Abfassung der Ständesrechnung betrifft, so hat dieselbe stets von den Untersuchungs-Kommissionen das verdiente Lob erhalten. Ihre Form ist durch fortwährende Verbesserungen zu einem solchen Grade von Deutlichkeit und leichter Uebersicht gebracht worden, daß sie wesentlich nicht mehr viel gewinnen kann.

Zum Schlusse dieses Finanzberichts folgt hier der Vermögens-Etat am Schlusse des Jahres 1829.

Vermögens-
Etat 1829.

Mit Ausschluß derjenigen Vermögens-Bestandtheile, welche im Etat vom 1. Januar 1814 ebenfalls nicht enthalten, und

dort als solche namentlich benannt sind, betrug das Vermögen des Staates an Geld, Naturalien, Zinsschriften und Erstanzen am Schlusse des Jahres 1829 folgende Summen:

A. A k t i v a.

	Fr.	Rp.
Kassa = Restanzen und Ausstände . . .	1,847,557.	39
Naturalien: Getreid- und Wein = Vor-		
räthe	754,121.	42
Handelsfonds:	Fr.	Rp.
Holzspeditions = Anstalt . . .	19,293.	25
Salzhandlung . . .	1,055,823.	21
Pulverhandlung . . .	175,606.	43
Bergwerke . . .	27,136.	14
Zusammen	1,277,859.	03

Zinsrödel:

Obrigkeittlicher Pfrund = Zins-		
rodel und inländische Ka-		
pitalien, die zu den äußern	Fr.	Rp.
Geldern gehören . . .	1,020,962.	56
Ausländische Fonds . . .	4,712,141.	62
Separatfonds	699,788.	83

Zusammen 6,432,896. 01

Domainen = Kassa	220,831.	77
	<u>10,533,265.</u>	<u>77</u>

B. P a s s i v a.

Schuld an die Domainen = Kassa		
und das kleine sogenannte	Fr.	Rp.
Glasholzer = Kapital . . .	438,541.	72
Abzug der unzinzbaren Anspra-		
chen	197,377.	39
Zusammen	<u>241,164.</u>	<u>33</u>

Vermögens = Bestand auf Ende 1829

Summa . 10,292,101. 44

Der Vermögens = Etat vom 1. April 1814

betrug 2,920,252. 97

Es hat sich also seither vermehrt um . . . 7,371,848. 47